Stadt
Langenfeld

Beteiligungsbericht 2023

www.langenfeld.de

Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2023
der Stadt Langenfeld

Herausgeber:
Stadt Langenfeld Rheinland
Der Bürgermeister
Referat Finanzen

Konrad-Adenauer-Platz 1
Tel.: 02173/794-6503
Fax: 02173/794-96503
E-Mail: benjamin.portugall@langenfeld.de

Internet: www.langenfeld.de

Stand: 07.11.2024

Abkürzungsverzeichnis

abH	Ausbildungsbegleitende Hilfen
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AGH	Arbeitsgelegenheit
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
Bildung³	Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein
BVBpro	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz
Co. KG	Compagnie Kommanditgesellschaft
Dip.-Ing.	Diplom-Ingenieur
DIL	Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH
Dr.	Doktor
e. V.	eingetragener Verein
EE-Steuern	Steuern vom Einkommen und Ertrag
FfF	Förderzentrum für Flüchtlinge
Gewst.	Gewerbesteuer
ggü.	gegenüber
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GPW GmbH	Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH
GPW	Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG
HGB	Handelsgesetzbuch
JAplus	Jugend in Arbeit Plus
KAoA	Kein Abschluss ohne Anschluss
KomHVO	Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen
KSt	Körperschaftssteuer
KStG	Körperschaftssteuergesetz
kWh	Kilowattstunde
Lokalradio	Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
LWL Netz	Lichtwellenleiter Netz (Glasfaser)

Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MVV	Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-(GmbH)
MWh	Megawattstunde
p. a.	Per annum / pro anno
PerjuF	Perspektiven für junge Flüchtlinge
rd.	Rund
Rhld.	Rheinland
SE	Socieatas Europea
SEG	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH
SGB	Sozialgesetzbuch
SKE	Steinkohleeinheit
SolZ	Solidaritätszuschlag
SPL	Schauplatz Langenfeld GmbH
stv.	stellvertretend
SWL	Stadtwerke Langenfeld GmbH
T €	Tausend Euro
TG	Tiefgarage
Ur-Nr.	Urkundenrollen-Nummer
VWW GmbH	Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH
VWW	Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG
ZAG	Zukunft aktiv gestalten
zzgl.	zuzüglich

Einführung

Wenn in den Medien vom „Konzern Stadt Langenfeld“ die Rede ist, stellen sich viele Personen die Frage: Was verbirgt sich eigentlich hinter dem Begriff? Dieser Beteiligungsbericht gibt darauf eine Antwort.

Hier findet sich ein Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungen der Beteiligungen der Stadt Langenfeld und ihrer Unternehmen. Zugleich soll dieser Bericht auch Arbeitsgrundlage für die vom Rat gewählten oder von der Verwaltung bestellten Personen sein, die die Stadt Langenfeld in den Aufsichtsgremien der Unternehmen vertreten. Diese kompakte Darstellung gibt einen Überblick über das auf die Beteiligungen übertragene Aufgabenspektrum des „Konzerns Stadt Langenfeld“. Es reicht von der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen der Wasser- und Energieversorgung über den Bildungsbereich, der Digitalisierung und den Betrieb der Straßenbeleuchtung (ab 2020) bis zur Stadtgestaltung und Stadtentwicklung. Der vorliegende Bericht stellt die nach § 7 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) geforderten Angaben zu haushaltswirtschaftlichen Belastungen aus den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Kommune an den Unternehmen dar. Gemäß § 53 KomHVO NRW sind im Beteiligungsbericht anzugeben und zu erläutern: 1. die Beteiligungsverhältnisse, 2. die Ziele der Beteiligung und 3. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks. Zudem enthält der Bericht bereits wesentliche Angaben gem. § 117 GO.

Zudem hat der Rat der Stadt Langenfeld im Juni 2024 beschlossen, dass der Gesamtabschluss 2023 zugunsten einer Konzentration auf die rasche Erstellung eines Beteiligungsberichtes nicht erstellt werden soll. Entsprechende Befreiungsvoraussetzungen sind in der Langenfelder Konzernstruktur gegeben. Des Weiteren erfolgte in 2020 durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW auch eine umfassende Prüfung des Beteiligungswesens. Die GPA NRW begrüßt die Ausrichtung des Beteiligungsmanagements und den im Juni 2020 erfolgten Beschluss der Beteiligungsrichtlinie. Daraus ergeben sich für die Beteiligungen entsprechende unterjährige Berichtspflichten, die eine zeitnahe Information des Rates über kurzfristige Steuerungsnotwendigkeiten ermöglicht.

Dargestellt werden in der Regel die Zahlen aus den testierten Jahresabschlüssen 2023 der städtischen Beteiligungen mit den Langenfelder Mitgliedern der jeweiligen Gremien. Die in den Beteiligungsunternehmen aufgeführten Mitglieder des Aufsichtsrates geben ebenfalls den Stand zum 31.12.2023 wieder. In den Fällen, in denen noch kein Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 vorgelegen hat, wurden die letzten testierten Jahresabschlüsse verwendet.

Die geforderte Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen wird über die Lageberichte und Wirtschaftspläne gegeben. Zu Zwecken der Übersichtlichkeit sind die Zahlen überwiegend in Tausend Euro (T €) und auf ganze Zahlen gerundet ausgewiesen. Daher können sich vereinzelt Rundungsdifferenzen ergeben. Zielsetzung des Berichtes ist eine weitere Erhöhung der Transparenz der Beteiligungen der Stadt sowie ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Aus diesem Grunde wird der Beteiligungsbericht im Internet unter www.langenfeld.de veröffentlicht.

Langenfeld, 07.11.2024

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	2
2	Beteiligungsbericht 2023	2
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	2
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	2
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Langenfeld	2
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	2
3.2	Beteiligungsstruktur	2
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	2
3.4	Einzeldarstellung	2
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld zum 31. Dezember 2021	2
3.4.1.1	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	2
3.4.1.2	Schauplatz Langenfeld GmbH	2
3.4.1.3	Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein	2
3.4.1.4	Stiftung Haus Graven gGmbH	2
3.4.1.5	Bauverein Langenfeld eG	2
3.4.1.6	Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & CO. KG	2
3.4.1.7	Zweckverband Gesamtschule Langenfeld-Hilden	2
3.4.1.8	Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld-Monheim	2
3.4.1.9	Zweckverband Berufsbildende Schulen Opladen	2
3.4.1.10	PD – Partnerschaft der öffentlichen Hand GmbH	2

3.4.1.11	Regio IT-Beteiligungsgenossenschaft eG	2
3.4.1.12	d-NRW AöR - Anstalt des öffentlichen Rechts	2
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld Rhld. zum 31.12.2023	2
3.4.2.1	Stadtwerke Langenfeld GmbH	2
3.4.2.2	Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG	2
3.4.2.3	Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH	2
3.4.2.4	Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	2
3.4.2.5	Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH	2
3.4.2.6	Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld	2
3.4.2.7	Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH	2
3.4.2.8	Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH	2

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2023

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Langenfeld hat am 11.06.2024 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Langenfeld gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Langenfeld. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen,

indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Langenfeld, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Langenfeld durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Langenfeld durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Langenfeld insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

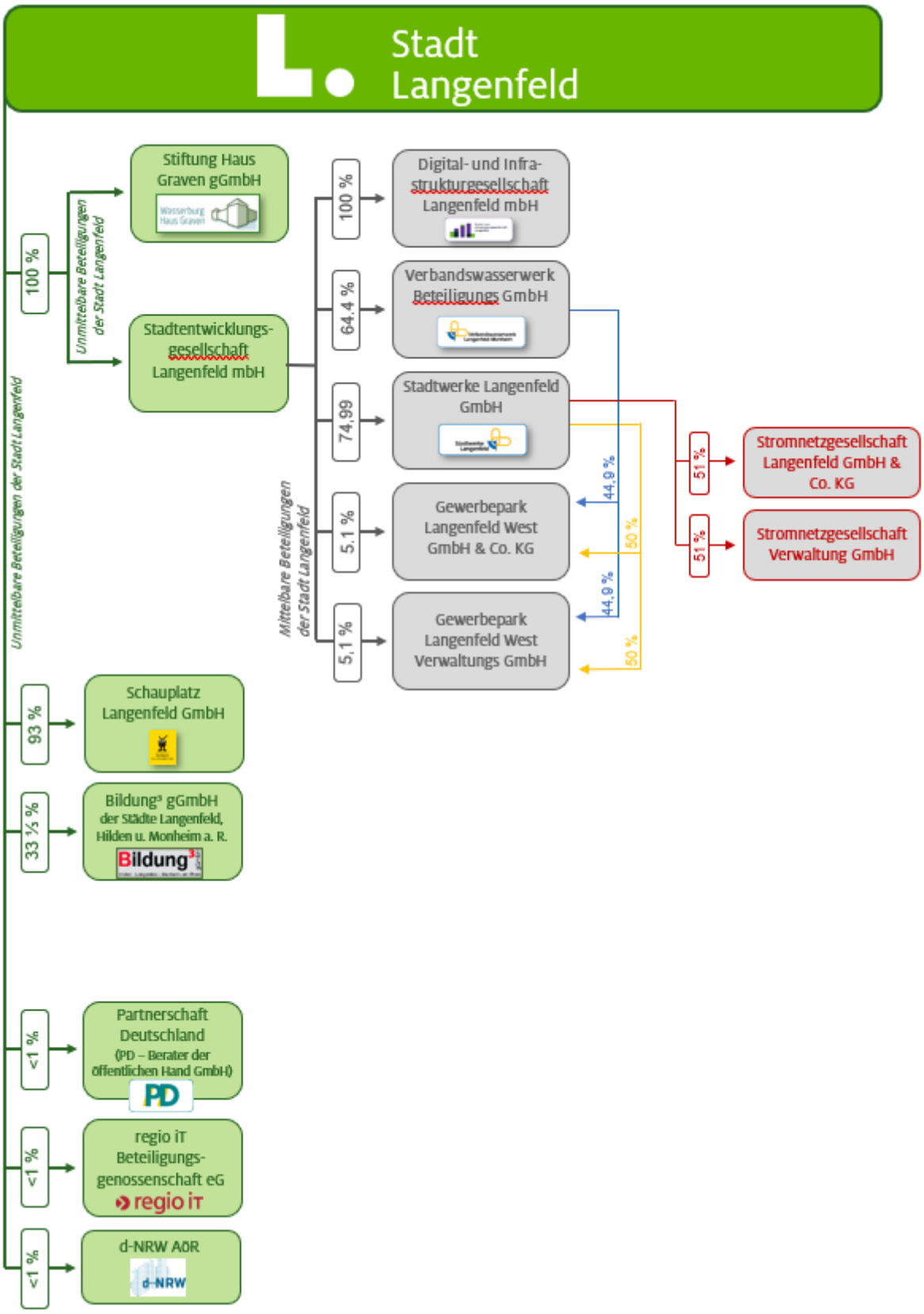
Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Langenfeld. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Langenfeld die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Langenfeld unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten und Lageberichte beruhen auf den festgestellten Abschlüssen der einzelnen Gesellschaften für das **Geschäftsjahr 2023**. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus.

Die Darstellungen der Geschäftsentwicklungen der einzelnen Gesellschaften wurden in der Regel den entsprechenden Berichten über die Prüfung des Jahresabschlusses bzw. den Geschäftsberichten entnommen.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Langenfeld



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2023 hat der Gesellschafter Thüga seine Anteile an der Stadtwerke Langenfeld GmbH an die übrigen Gesellschafter veräußert. Hierdurch hält die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH nun 74,99 % der Anteile an der Stadtwerke Langenfeld GmbH. Die Anteile der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG wurden zum 01.01.2024 auf den Kreis Mettmann übertragen. Die Digital- und Infrastrukturgesellschaft mbH wurde rückwirkend zum 31.12.2023 auf die Stadtwerke Langenfeld GmbH aufgeschmolzen. Darüber hinaus ergaben sich keine Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Langenfeld.

3.2 Beteiligungsstruktur

Tabelle 1: Übersicht der Beteiligungen der Stadt Langenfeld mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses (gerundet) am 31.12.2022	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Langenfeld am Stammkapital (gerundet)		Beteiligungsart
		Euro	Euro	%	
1	**Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH**	150.000	150.000	100	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-134.000			
2	**Schauplatz Langenfeld GmbH**	26.000	23.000	93	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-871.000			
3	**Bildung³ gGmbH**	78.000	26.000	33,3	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+34.000			
4	**Stiftung Haus Graven gGmbH**	25.000	25.000	100	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-35.000			
5	**Bauverein Langenfeld eG**	2.968.000	324.000	9,17	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+34.000			
6	**Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & CO. KG**	520.000	11.000	2,1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+107.584			
7	**Zweckverband Gesamtschule Langenfeld-Hilden**	-	-	59,47	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	-227.654			

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses (gerundet) am 31.12.2023	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Langenfeld am Stammkapital (gerundet)		Beteiligungsart
		Euro	Euro	%	
8	**Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld-Monheim**	-	-	50	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+103.000			
9	**Zweckverband Berufsbildende Schulen Opladen**	-	-	20	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2021	+358.000			
10	**PD-Partnerschaft Deutschland GmbH**	2.004.000	2.000	<1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+10.660.000			
11	**Regio iT Beteiligungsgenossenschaft eG**	491.000	25.000	5,1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+51.000			
12	**d-NRW AöR – Anstalt**	1.368.000	1.000	<1	Unmittelbar
	Jahresergebnis 2023	+10			
13	**Stadtwerke Langenfeld GmbH**	4.338.000	3.253.000	74,99	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+3.083.000			
14	**Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG**	4.035.000	1.234.000	37,5	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+613.610,00			
15	**Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH**	27.000	8.262	37,5	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+2.000			
16	**Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG**	5.150.000	3.317.000	64,4	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+728.000			
17	**Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH**	25.000	16.000	64,4	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-600			

18	**Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG**	796.000	509.000	71,5	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	+195.000			
19	**Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH**	25.000	16.000	71,5	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-500			
20	**Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH**	25.000	25.000	100	Mittelbar
	Jahresergebnis 2023	-639.000			

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 2:

Übersicht über wesentliche und unwesentliche finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt im Jahr 2023 (aus der Sicht der Stadt Langenfeld)[1] auf Basis der Ergebnisrechnung 2023 – zum 31.12.2023.

Die Wertgrenze für wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bei der Einzeldarstellung der Gesellschaften ab 3.4. liegt bei 100.000,00 €.

(ohne Berücksichtigung von Gewerbesteuern, Grundsteuern, Gebühren wie Abfall-, Straßenreinigungs- oder Kanalbenutzungsgebühren, Mieten, Pachten, Energielieferung etc. sowie Liquiditätskredite)

[1] Ohne diverse Abgaben (insbesondere Grundsteuern, Gewerbesteuern, Gebühren, Beiträge – auch ohne Erschließungsbeiträge – Wasser-, Strom-, Gasbezug)

Beteiligung	Produkt	Bezeichnung	Ertrag RE 2023 €	Aufwand RE 2023 €
Schauplatz Langenfeld GmbH	01.04.01	Verlustabdeckung		865.000,00
	01.04.01	Investitionszuschuss		17.000,00
Bildung[3] gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein	06.03.02	Jährlicher Zuschuss		130.000,00
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.04.01	Gewinnablieferung 2023	0,00	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.06.01	Personal- / Sachkosten-erstattung	123.000	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.06.04	Personalkostenerstattung städt. Mitarbeiter Stadtbad	227.000	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	01.08.04	Personalkostenerstattung Unterhaltung und Bewirtschaftung von Gebäuden	21.000[2]	
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	03.01.02 u.a.	Ausgleichszahlung für Schul-schwimmen		46.000
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	08.01.01	Ausgleichszahlung durch Vereine		41.000
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	12.01.03	Preisausgleich Parkraumbewirtschaftung		255.000
Stadtwerke Langenfeld GmbH	16.01.01	Konzessionsabgabe	447.000	
		Zinserträge Darlehen	110.000	
Verbandswasserwerk Langenfeld- Monheim GmbH & Co. KG	16.01.01	Konzessionsabgabe	807.000	
Zweckverband Gesamtschule Langenfeld - Hilden	01.06.01	Personalkostenerstattung für Verwaltungsmitarbeiter	326.000	
	01.06.01	Personalkostenerstattung	33.000	
	03.01.01	Umlage an Zweckverband		1.031.000
	03.01.01	Zuwendung für Investitionen		129.000
	03.01.01	Schülerbeförderungskosten Zweckverband		101.000
Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld – Monheim	06.02.01	Umlage Zweckverband		470.000
		Personalkostenerstattung	24.000	
Zweckverband der Berufs-bildenden Schulen Opladen	03.01.01	Zweckverbandsumlage		771.000

[2] USK 06100.16500

Bauverein Langenfeld eG	01.04.01	Dividende aus Bauvereinsanteilen	13.000	
Digital- und Infrastrukturgesellschaft	01.01.04	Dienstleistungsaufwand	140.000	
	12.01.01	Erweiterung Straßenbeleuchtung	123.000	
	12.01.01	Kosten der Straßenbeleuchtung	790.000	

Tabelle 3: Weitere Finanzbeziehungen (Bilanzpositionen) aus Sicht der Stadt Langenfeld

Beteiligung	Sachverhalt	Betrag in EUR
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Darlehen gegenüber der Stadt Langenfeld aus 2017 über ursprünglich 3.700.000 EUR	Stand: 31.12.2023: 2.731.000
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Darlehen gegenüber der Stadt Langenfeld aus 2019 über ursprünglich 2.750.000 EUR	Stand 31.12.2023: 2.303.000

Tabelle 4: Finanzbeziehungen (GuV-Positionen) zwischen einzelnen Beteiligungen

Beteiligung	Sachverhalt	Betrag in EUR
Stadtwerke Langenfeld GmbH	Gewinnablieferung an Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (bereinigt um die Ausschüttung an Thüga AG)	3.083.000
VerbandswasserwerkLangenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Gewinnablieferung an Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH	437.000
Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Erträge aus Personalkostenerstattungen durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH (beschäftigen kein eigenes Personal)	3.949.000
Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Erträge aus Verwaltungskostenzuschläge durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH	118.000
Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG	Erträge aus Miete für Betriebseinrichtungen durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH	249.000

3.4 Einzeldarstellung

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld zum 31. Dezember 2021

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Langenfeld einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Langenfeld mehr als 50 % der Anteile hält,

- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.

- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Langenfeld geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,

- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Langenfeld zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Langenfeld gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Langenfeld dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH

Basisdaten

Anschrift	Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 100 %
Gegenstand	Die Gesellschaft hat die Aufgabe, der städtebaulichen und sozialen Entwicklung der Stadt Langenfeld zu dienen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt. Hierzu gehören insbesondere der An- und Verkauf und die Erschließung von Grundstücken, die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Planung und Durchführung von Hochbaumaßnahmen. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen oder sich an anderen Unternehmen beteiligen. Die Gesellschaft betreibt das kombinierte Hallen- und Freibad Langforter Straße 70, 40764 Langenfeld. Sie kann sich zur Erfüllung dieser Aufgabe Dritter bedienen.
Gründungsdatum	08.05.1989
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	150.000,00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadt Langenfeld Rhld. 150.000,00 €
Geschäftsführung	Gesamtvertretungsberechtigte Geschäftsführer Herr Frank Schneider, Bürgermeister Herr Thomas Küppers Gesamtprokura Herr Thomas Grieger und Herr Roy Wiltschut
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter-versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister Frau Hiltrud Markett, Ratsfrau Herr Dieter Braschoss, Ratsherr Herr Andreas Krömer, Ratsherr Herr Franz Janssen, Ratsherr Herr Tobias Bohn, Ratsherr Herr Georg Loer, Ratsherr Herr Marcus Rexfort, Ratsherr Herr Torsten Fuhrmann, Ratsherr Herr Dietmar Sonntag, Sachkundiger Bürger Herr Marc Schimmelpfennig, Ratsherr Frau Beate Wagner
Anzahl der Mitarbeiter	7 (davon 3 Mitarbeiter im Stadtbad)
Wirtschaftsprüfer	Schellhorn und Fuchs (EversheimStuible)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages definiert die globale „Aufgabe, der weiteren städtebaulichen und sozialen Entwicklung der Stadt Langenfeld zu dienen“. § 2 Abs. 2 und 3 führt konkreter aus, dass hierzu „insbesondere der An- und Verkauf und die Erschließung von Grundstücken, die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Durchführung von Hochbaumaßnahmen“ und der „Betrieb des kombinierten Hallen- und Freibades Langforter Straße“ gehören. Unter dieser teils eher abstrakten Definition des Unternehmensgegenstandes hat die Gesellschaft – und sicherlich im Sinne einer öffentlichen Zwecksetzung - im Schwerpunkt nachstehende Projekte abgewickelt:

a) Erschließung von Gewerbegrundstücken im: Gewerbegebiet „Fuhrkamp Süd“ (Beginn der Tiefbaumaßnahmen), Gewerbegebiet „Reusrath Nord-West“ (Fortführung der Vermarktung), Gewerbegebiet „Fuhrkamp Nord-West“ (Abschluss der Vermarktung)

b) Betreiben der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt von Langenfeld

c) Betrieb des Hallen- und Freibades Langforter Straße 70.

Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Langenfeld Rhld. Ist an der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit 100 % direkt beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist der Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Langenfeld GmbH. Durch diesen Vertrag vom 21.11.2005 und Änderung vom 04.11.2014 verpflichtet sich die Stadtwerke Langenfeld GmbH ab 01.01.2006 ihren Gewinn an die Stadtentwicklungsgesellschaft abzuführen. Entsprechend dieses Vertrags wurden, bereinigt um die Ausschüttung an die Thüga AG, 2.596.000 € (2022 1.883.000 €) an die Stadtentwicklungsgesellschaft abgeführt.

Gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages des Verbandswasserwerks Langenfeld-Monheim ist Grundlage für die Gewinnverteilung unter den Gesellschaftern das Verhältnis der Wasserabnahme zwischen den Städten Langenfeld und Monheim am Rhein. Für das Jahr 2023 beträgt der Anteil der Stadt Langenfeld somit einem Bilanzgewinn von 437.000 € (2022 351.000 €).

Der Aufwand für Personalkostenerstattungen der städt. Mitarbeiter Stadtbad beträgt 226.715,23 € (2022 217.623,46 €), Erträge für den Preisausgleich der Parkraumbewirtschaftung betragen 255.004,99 € (2022 230.859,90 €).

Darüber hinaus finden nachfolgende Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Durch o.g. Ergebnisabführungsvertrag mit den Stadtwerken Langenfeld GmbH verpflichtet sich die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH zur Ausgleichszahlung an die Minderheitsgesellschafter der Stadtwerke Langenfeld GmbH. Diese Ausgleichszahlungen betrugen 486.000 € (2022 241.000 €).

Weitere Aufwendungen bestehen für Personal- und Sachkostenerstattungen in Höhe von Netto 122.539,70 € (2022 25.000,00 €) und Personalkostenerstattungen für den Unterhalt und die Bewirtschaftung von Gebäuden in Höhe von Netto 21.000 € (2022 10.000 €). Erträge werden erzielt durch Ausgleichszahlungen im Bereich Schulschwimmen 46.000 € (2022 46.000 €) und durch Vereine 41.000 € (2022 41.000 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVSEITE

		31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		7,00	1.179,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	640.072,51		740.571,51
2. Technische Anlagen und Maschinen	477.162,30		511.290,30
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.655,00		18.206,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.352,57		3.595,00
		1.178.242,38	1.273.662,81
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	18.171.841,27		13.878.411,68
2. Beteiligungen	88.435,39		88.435,39
		18.260.276,66	13.966.847,07
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Grundstücksprojektierungen	2.431.468,48		2.709.544,86
2. Grundstücke	17.258.580,66		0,00
		19.690.049,14	2.709.544,86
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.948,59		5.906,98
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.294.204,94		2.459.590,55
3. sonstige Vermögensgegenstände	117.993,24		109.997,21
		3.422.146,77	2.575.494,74
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		262.143,82	546.263,27
		42.812.865,77	21.072.991,75

PASSIVSEITE

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	150.000,00	150.000,00
II. Kapitalrücklage	21.597.452,07	16.867.452,07
III. Gewinnvortrag	1.068.933,11	1.033.891,89
IV. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-133.755,97	35.041,22
	22.682.629,21	18.086.385,18
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	1.298.243,00	1.052.677,00
2. Sonstige Rückstellungen	69.600,00	68.200,00
	1.367.843,00	1.120.877,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 0,00 € (i.Vj.: 152,59 €)	13.548.730,10	152,59
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 318.793,08 € (i.Vj.: 110.182,95 €)	318.793,08	110.182,95
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 4.085.983,56 € (i.Vj.: 1.053.541,71 €)	4.085.983,56	1.053.541,71
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 33.076,28 € (i.Vj.: 0,00 €)	33.076,28	0,00
5. sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 589.737,54 € (i.Vj.: 507.980,32 €) davon aus Steuern: 89.456,90 € (i.Vj.: 45.190,78 €)	589.737,54	507.980,32
	18.576.320,56	1.671.857,57
E. Passive latente Steuern	186.073,00	193.872,00
	42.812.865,77	21.072.991,75

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse		2.174.431,62	1.568.995,69
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Bauten und Leistungen		296.730,65	-59.522,62
3. Sonstige betriebliche Erträge		11.822,31	4.766,88
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	690.131,05		408.839,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.055.052,50		1.689.285,99
		2.745.183,55	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	298.091,18		214.039,22
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: 13.513,76 € (i.Vj.: 13.393,63 €)	57.886,18		51.107,37
		355.977,36	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		140.821,95	156.640,00
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		325.100,76	171.497,00
8. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 437.415,47 € (i.Vj.: 351.053,35 €)		437.415,47	351.053,35
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		2.596.457,72	1.882.887,72
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: 6.152,19 € (i.Vj.: 3.004,46 €)		6.152,19	3.299,46
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		638.510,64	386.273,91
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		481.961,52	6.171,27
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus der Auflösung / Zuführung passiver latenter Steuern: -7.799,00 € (i.Vj.: -563.194,00 €)		962.914,04	629.351,78
14. Ergebnis nach Steuern		-127.459,86	38.274,61
15. Sonstige Steuern		6.296,11	3.233,39
16. Jahresfehlbetrag / -überschuss		-133.755,97	35.041,22

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	52,98	85,83	-32,85
Eigenkapitalrentabilität	-3,86	0,19	-4,05
Anlagendeckungsgrad 2	186,39	118,67	+67,72
Verschuldungsgrad	87,93	16,52	+71,41
Umsatzrentabilität	-6,15	2,23	-8,38

Personalbestand

Im Kalenderjahr beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 7 Angestellten und 3 aufgrund des Personalgestellungsvertrags überlassene Mitarbeiter im Stadtbad.

Geschäftsentwicklung

1. Grundlagen der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (SEG) erbringt neben der Holdingfunktion des Stadtkonzerns Langenfelds mit den entsprechenden Versorgungsunternehmen ebenso Leistungen für die Langenfelder Stadtgesellschaft in den Sparten Gebietsentwicklung Gewerbe und Wohnen, Bäder sowie innenstädtisches Parkraummanagement. Neben der langfristigen strategischen Positionierung der Gesellschaft im Zuge der künftigen Weiterentwicklung der Arbeits- und Lebensstandorte für Unternehmen und Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Langenfeld stehen operative Leistungen wie nachfrageorientierte und moderne Angebote von Parkraum in der Innenstadt und ausreichende Schwimmzeiten für die Langenfelder Bevölkerung im Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns. Insgesamt soll über alle Sparten ein wirtschaftlicher Erfolg ausgewiesen werden, der kostenintensive Leistungen mit profitablen Bereichen kombiniert.

2. Wirtschaftsbericht 2023

Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2023 war von verschiedenen Faktoren geprägt, die eine Holding, die in den Bereichen Stadtentwicklung, Gasversorgung, Stromversorgung, Wärmeversorgung, Parkraummanagement und Bäderbetrieb tätig ist, beeinflussen konnten. Nachfolgend sind die wichtigsten Aspekte aufgeführt.

Energieversorgung (Gas, Strom, Wärme)

<u>Energiekrise und geopolitische Spannungen</u>

Der Ukraine-Krieg und die daraus resultierenden Sanktionen gegen Russland führten zu Unsicherheiten in der Gasversorgung, insbesondere in Europa. Dies verursachte volatile Gaspreise und Druck auf die Versorgungssicherheit. Viele Länder diversifizierten ihre Energiequellen, investierten in erneuerbare Energien und suchten nach Alternativen zu russischem Gas.

Nachhaltigkeit und Energiewende

Der globale Trend zur Dekarbonisierung und die verstärkten Investitionen in erneuerbare Energien wie Solar- und Windkraft beeinflussten die Energiebranche. Dies führte zu einem erhöhten Wettbewerb und potenziell niedrigeren Preisen für erneuerbare Energien. Regierungen weltweit förderten grüne Technologien und Energieeffizienzmaßnahmen, was Investitionen in nachhaltige Projekte attraktiv machte.

Preisschwankungen und Inflation

Die weltweiten Energiepreise blieben volatil, was auf eine Mischung aus Nachfrageerholung nach der Pandemie, geopolitischen Spannungen und strukturellen Veränderungen im Energiesektor zurückzuführen war. Die Inflation beeinflusste die Betriebskosten und Kapitalaufwendungen in der Energiebranche, was zu einer erhöhten Unsicherheit bei Investitionsentscheidungen führte.

Parkraummanagement

Städte weltweit investierten in intelligente Verkehrssysteme und förderten die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, um den Verkehr und die Umweltbelastung zu reduzieren. Elektrofahrzeuge (EVs) und Ladeinfrastruktur erhielten vermehrte Unterstützung, was das Parkraummanagement beeinflusste, insbesondere durch die Notwendigkeit, Ladestationen zu integrieren. Fortschritte in der digitalen Technologie und der Implementierung von Smart-City-Lösungen verbesserten das Parkraummanagement durch automatisierte Systeme, Echtzeit-Datenanalyse und mobile Anwendungen.

Bäderbetrieb

Die Rückkehr zu normaleren Bedingungen nach der COVID-19-Pandemie führte zu einer Wiederbelebung des Freizeit- und Tourismussektors, einschließlich Bäderbetrieben. Dennoch blieb die Nachfrage teilweise volatil, da Inflation und wirtschaftliche Unsicherheiten das Verbraucherverhalten beeinflussten. Der Druck zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduktion von CO2-Emissionen betraf auch Bäderbetriebe. Investitionen in moderne Heizungs- und Filtersysteme sowie in erneuerbare Energien für den Betrieb von Schwimmbädern wurden verstärkt.

Stadtentwicklungsaufgaben

Die Inflation blieb in vielen Teilen der Welt hoch, was zu steigenden Baukosten führte. Dies betraf sowohl Materialkosten als auch Löhne. Zentralbanken erhöhten die Zinssätze, um die Inflation zu bekämpfen. Höhere Zinsen verteuerten die Finanzierung von Bauprojekten und Immobilienkrediten, was die Nachfrage nach neuen Wohn- und Gewerbeimmobilien dämpfen konnte. Die weltweiten Lieferketten erholten sich allmählich von den Störungen der COVID-19-Pandemie, waren aber weiterhin von Unsicherheiten geprägt. Engpässe bei Baumaterialien und längere Lieferzeiten blieben ein Problem, was die Bauzeiten und Kosten beeinflusste.

Wohnungsbau

Der Trend zur nachhaltigen Stadtentwicklung verstärkte sich. Regierungen und Verbraucher forderten zunehmend umweltfreundliche Bauweisen und energieeffiziente Gebäude. Investitionen in grüne

Infrastruktur und Technologien, wie etwa Solaranlagen, grüne Dächer und energieeffiziente Heiz- und Kühlsysteme, nahmen zu.

Trotz wirtschaftlicher Unsicherheiten blieb die Nachfrage nach Wohnraum in vielen Regionen hoch, insbesondere in urbanen Gebieten mit wachsender Bevölkerung. Trends wie Telearbeit und veränderte Lebensgewohnheiten beeinflussten die Nachfrage nach bestimmten Wohnungsarten, zum Beispiel nach größeren Wohnungen mit Homeoffice-Möglichkeiten. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum blieb ein zentrales Thema. Regierungen und private Entwickler mussten innovative Lösungen finden, um Wohnraum für verschiedene Einkommensgruppen bereitzustellen. Förderprogramme und Anreize für den Bau von Sozialwohnungen und preisgünstigen Wohnungen wurden verstärkt.

Gewerbestandorte und Gewerbeimmobilien

Der E-Commerce-Boom und veränderte Verbrauchergewohnheiten führten zu einer Neuausrichtung des Einzelhandelssektors. Traditionelle Einkaufszentren mussten sich anpassen oder neu erfinden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Mixed-Use-Entwicklungen, die Wohnen, Arbeiten und Freizeit integrieren, gewannen an Bedeutung.

Die Zukunft der Arbeit und der vermehrte Einsatz von Telearbeit beeinflussten die Nachfrage nach Büroflächen. Flexible Arbeitsmodelle führten zu einer geringeren Nachfrage nach traditionellen Büros, während flexible Bürolösungen und Co-Working-Spaces an Popularität gewannen.

Die SEG musste sich in 2023 insgesamt mit erheblichen Herausforderungen und Chancen auseinandersetzen. Geopolitische Spannungen und die Energiewende beeinflussten die Gas-, Strom- und Wärmeversorgung, während Digitalisierung und Nachhaltigkeitstrends das Parkraummanagement und den Bäderbetrieb prägten. In der Sparte Stadtentwicklung waren 2023 Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft entscheidend. Makroökonomische Faktoren wie Inflation und Zinsen, der Fokus auf Nachhaltigkeit und Digitalisierung sowie veränderte Nachfrage in den Wohn- und Gewerbeimmobilienmärkten stellten Herausforderungen und Chancen dar. Strategische Investitionen in nachhaltige und flexible Lösungen waren unerlässlich, um in diesem dynamischen Umfeld erfolgreich zu sein und zu bleiben.

3. Geschäftsverlauf

Insgesamt zeigt das Ergebnis der Geschäftstätigkeit der SEG in Jahr 2023 einen Jahresfehlbetrag von 134 TEuro. Aufgeteilt nach den entsprechenden Sparten der SEG ergibt sich das Ergebnis auf der Grundlage folgender Verteilung:

Jahresabschluss 2023
Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld

Erschließung	103 TEuro
Projektentwicklung / Vermietung	41 TEuro
Parkraumbewirtschaftung	-128 TEuro
Stadtbad	-1.732 TEuro
Versorgung	1.582 TEuro
Allg. Verw.	0 TEuro

Ergebnis 2023 **-134 TEuro**

Die Sparte **„Erschließung“** umfasst die noch zu vermarktenden Entwicklungsgebiete, in denen die SEG lediglich die Erschließungsanlagen zu erstellen hat. Die Grundstücksgeschäfte sind dabei Aufgaben der Stadt Langenfeld. Hier wurden konjunktur- und inflationsbedingt nicht die in der Planung

vorgesehenen Flächen vermarktet, so dass hier lediglich ein Überschuss von rund 103 TEuro erzielt werden konnte.

Die Sparte **„Projektentwicklung und Vermietung“** konnte ebenso wie die Sparte „Erschließung“ einen geringen positiven Deckungsbeitrag, hier rund 41 TEuro, zum Ergebnis beisteuern. Allerdings war die Entwicklung geprägt durch ergebnisneutrale, aber liquiditätsintensive Käufe der Grundstücke sowie durch die bereits begonnenen vorbereitenden Arbeiten zur Räumung und Verwertung der Projektgebiete ara und Neumann & Büren. Für das positive Ergebnis der Sparte waren die erfolgten Zwischenvermietungen der Projektflächen ausschlaggebend. Hauptsächlich wurde zusammen mit der Stadt Langenfeld an einer stadtplanerischen Ausrichtung der Projektentwicklung gearbeitet. Das Verfahren wurde seitens der SEG durch extern beauftragte Projektbegleitung und Projektmoderation unterstützt. Direkt auf die Entwicklungsprojekte zurechenbare Aufwendungen wurden dabei projektscharf aktiviert und abschließend als Bestandsveränderungen im Umlaufvermögen dargestellt.

Die Sparte **„Parkraumbewirtschaftung“** weist im Jahresabschluss 2023 ein Defizit in Höhe von 128 TEuro aus. Beeinflusst wurde das Ergebnis durch die Vorbereitung des zukunftsweisenden Umstiegs des Langenfelder Parkraummanagements im Jahr 2024 auf digitale Kameratechnik und bargeldlosen Zahlungsverkehr. Nicht zuletzt durch die Sprengung eines Bargeldzahlungsautomaten im Dezember 2023, die glücklicherweise ohne Personenschaden erfolgt ist, erweist sich das zukünftige Angebot ohne Barzahlungsmöglichkeiten als richtig.

Die Parkfrequenz stieg in 2023 wieder auf über 800.000 Parkvorgänge. Die entspricht bis auf 50.000 Ein- und Ausfahrten nahezu dem Stand der Frequenzzählung von vor der Coronapandemie. Im Rahmen der Parkbewirtschaftung wurden Erlöse von insgesamt rund 1.136 TEuro erzielt. Demgegenüber standen Aufwendungen und Steuern in Höhe von 1.263 TEuro, die bereits durch vorbereitende Arbeiten zur Umstellung leicht höher ausgefallen sind, wie in den Vorjahren.

Die Sparte **„Stadtbad“** wies im Jahr 2023 ein Defizit in Höhe von 1.732 TEuro aus. Dabei konnten rund 356 TEuro Erlöse erzielt werden. Bei Gesamtaufwendungen und Verrechnungen von 2.088 TEuro konnte durch Eintrittsgelder und Nutzungsgebühren eine Refinanzierungsquote in Höhe von 17,05 % erreicht werden. Dabei wurden rund 63.000 Tickets verkauft. Im Vergleich zum Jahr 2022 ist dies eine Steigerung von rund 10.000 Besucherinnen und Besucher, die im Jahr 2023 mehr im Stadtbad begrüßt werden konnten.

Die Ertragslage hat sich wieder der Höhe vor der Coronapandemie angenähert. Allerdings haben sich die Energie- und Personalaufwendungen, die zum Betrieb des Bades notwendig sind, extrem erhöht. Der Materialaufwand betrug im Jahr 2019 noch 1.039 TEuro. Im Jahr 2023 liegt er für das Stadtbad bei nunmehr 1.421 TEuro. Dies bedeutet eine Steigerung des Aufwands um 37 %.

Summiert lagen der Personalaufwand sowie die Kosten für den beauftragten Betreiber des Bades in 2019 noch bei 467 TEuro, in 2023 erhöhten sie sich auf insgesamt 671 TEuro, eine Steigerung um rund 43 %.

Die Sparte **„Versorgung“** umfasst die Ergebnisabführung der Stadtwerke Langenfeld GmbH, abzüglich der Ausgleichzahlungen an Mitgesellschafter im Rahmen der Ergebnisabführungsverträge sowie die Gewinnausschüttung des Langenfelder Anteils an der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG. Zusammen mit der Ausschüttung des Verbandswasserwerks sowie der Ergebnisabführung der Stadtwerke konnte hier ein positiver Ergebnisbeitrag in Höhe von rund 1.582 TEuro die Defizite anderer Sparten vermindern.

Die Sparte **„Allg. Verwaltung“** schließt mit einem Defizit von rund 889 TEuro ab. Neben den Kosten für Geschäftsführung, Abschlussprüfung und Rechnungswesen macht dort der Aufwand für die Abschreibung der Verluste der Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld (DIL) vor der in 2024 vorgesehenen Verschmelzung der Gesellschaft mit der Stadtwerke Langenfeld GmbH in Höhe von

rund 639 TEuro den Hauptanteil des Defizits aus. Das Defizit dieser Sparte wurde im Spartenergebnis auf die anderen Sparten per Verteilungsschlüssel aufgeteilt.

Über alle Sparten der SEG betrug die Gesamtleistung im Wirtschaftsjahr 2023 rund 2.483 TEuro. Dies war im Vergleich zum Vorjahr 2022 eine Steigerung um rund 969 TEuro (Vorjahr 1.514 TEuro). Der Materialaufwand stieg allerdings in 2023 um 647 TEuro von 2.098 TEuro in 2022 auf 2.745 TEuro.

Damit fiel das Rohergebnis 2023 mit einem Defizit von 262 TEuro etwas besser aus als in 2022 mit einem defizitären Rohergebnis in Höhe von 584 TEuro.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich auf 356 TEuro, im Vorjahr 2022 betrugen die Aufwendungen noch rund 265 TEuro. Die Abschreibungen erhöhen sich gegenüber dem Jahr 2022 für das Jahr 2023 um 236 TEuro auf 779 TEuro, hauptsächlich verursacht durch die Abschreibung aus den Verlusten der DIL. Die betrieblichen Aufwendungen stiegen durch die externe Begleitung der Neuausrichtung des Parkmanagements und des DIL-Aufschmelzungsprozess auf rund 325 TEuro. Die Erträge aus Beteiligungen und die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen konnten mit einem erfreulich hohen positiven Beitrag in Höhe von 3.034 TEuro die Defizite aus anderen Sparten nahezu ausgleichen. Die Zinsbelastung war erstmalig, insbesondere durch die strategische Neuausrichtung zur umfassenden Flächenentwicklung, inklusive Kauf der entsprechenden Grundstücke, auf hohem Niveau. Insgesamt wurden im Wirtschaftsjahr Zinsaufwendungen in Höhe von 482 TEuro berücksichtigt.

Summiert ergibt sich daraus für das Wirtschaftsjahr 2023 der SEG ein positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von immerhin 835 TEuro. Nach Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie durch die sonstigen Steuern in Höhe von rund 969 TEuro Euro durch die steuerlichen Effekte aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadtwerke Langenfeld GmbH ist abschließend für das Wirtschaftsjahr 2023 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 134 TEuro festzustellen.

Die Bilanzsumme der SEG stieg im Jahr 2023 auf 42.813 TEuro von noch 21.073 TEuro in 2022. Insbesondere durch den Kauf von Entwicklungsflächen sowie durch eine durchgeleitete Eigenkapitalstärkung der Stadtwerke Langenfeld GmbH ist der hohe Anstieg der Bilanzsumme zu erklären. Die Ankäufe sowie notwendige Liquidität bis zum Ausschüttungszeitpunkt der Beteiligungen wurden auf dem Kreditmarkt fremdfinanziert. Daraus ergibt sich der erhebliche Anstieg der Verbindlichkeiten auf der Passivseite von 1.672 TEuro auf 18.576 TEuro zum Bilanzierungsstichtag. Die Eigenkapitalquote geht somit von 86 % auf 53 % zurück.

Das Finanzmanagement der SEG ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist unter Berücksichtigung der Skontierungsregeln zu begleichen und Forderungen innerhalb der unternehmenseigenen Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die Liquiditätslage ist jederzeit über die Liquiditätssteuerung gesichert. Zum Bilanzstichtag verfügt die SEG über Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 262 TEuro.

Im Geschäftsjahr 2023 waren für die Gesellschaft zwei nebenamtliche Geschäftsführer sowie zwei nebenamtliche Prokuristen tätig. Weiterhin werden durch die Gesellschaft Personalkosten für Bäderangestellte, derzeit noch drei Mitarbeitende, übernommen. Im Jahr 2023 waren außerdem über geringfügige Beschäftigung drei weitere Mitarbeitende zeitlich befristet bei der SEG beschäftigt.

4. Prognose

Im laufenden Geschäftsjahr 2024 wird die neue Strategie in der Sparte „Parkraummanagement“ umgesetzt. Gleichzeitig werden die Parkentgelte, die seit 2013 unverändert waren, auf das Niveau von vor 2013 angepasst. Daher wird davon ausgegangen, dass mit entsprechenden Mehraufwendungen

für Überwachung und Reinigung der Parkeinrichtungen die Sparte mindestens ergebnisneutral gestaltet werden kann. Mittelfristig sind Überschüsse in der Sparte zu erwarten, trotz vergleichsweiser immer noch geringer Höhe der Parktarife.

Durch die im Jahr 2024 vorgesehene Modernisierung des Lehrschwimmbeckens wird die Sparte „Stadtbad“ für die kommenden Jahre als Schwimm- und Lehrbetrieb fit gemacht. Daneben wird in diesem Jahr eine extern begleitete Untersuchung zur Kosten- und Energieeffizienz sowie zu Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung durchgeführt, die weitere Maßnahmen zur Optimierung des Bades unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit auf den Weg bringen wird.

Der Sparte „Versorgung“ stehen in den kommenden Jahren erhebliche Herausforderungen und Veränderungen im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung sowie im Sektor „Wasserversorgung“ bevor. Die Verbandswasserwerke Langenfeld-Monheim haben in den kommenden Jahren hohe Investitionen in die Wasserspeicherung vorgesehen. Die Stadtwerke Langenfeld GmbH wird in zukunftsfähige Energie- und Breitbandversorgung investieren müssen. Für diese hohen Investitionsansprüche sind seitens der Gesellschafter zielgerichtete Eigenkapitalmaßnahmen wie weitere Eigenkapitalstärkungen sowie Eigenkapitalrücklagen durchgeführt worden und für die Zukunft vorgesehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Stadtwerke Langenfeld GmbH im Rahmen des steuerlichen Querverbundes weiterhin die Verluste der Sparte „Stadtbad“ ausgleichen wird.

Die Sparte „Vermietung und Projektentwicklung“ ist im Wesentlichen durch zwei Schlüssel-projekte geprägt, die sich bisher zwar plangemäß entwickeln, aber mit Blick auf die globalen Umfeldbedingungen und die Gesamtinvestitionskosten eines jeden Projektes besondere Herausforderungen im Projektmanagement und in der Projektsteuerung erfordern. Das durchgeführte Werkstattverfahren mit Mehrfachbeauftragung von insgesamt fünf renommierten Büros aus dem In – und Ausland hat in Ergebnis zu einem qualitativ hochwertigen städtebaulichen und freiraumplanerischen Konzept für die beiden Standorte „Neumann & Büren“ sowie „ara“ geführt. Diese konzeptionelle Grundlage gilt es nun durch eine Rahmenplanung weiter zu konkretisieren und dabei alle relevanten Aspekte, die in der Projektentwicklung abzuarbeiten sind und unter Umständen auch zu Störungen im Projektablauf führen könnten zu erfassen, so dass im direkten Anschluss die daraus abgeleiteten Ergebnisse in die bereits begonnenen Bauleitplanverfahren einfließen können. Sehr wesentlich wird für die Umsetzung der beiden Projekte die Nachfragesituation in den verschiedenen Teilmärkten des Wohnungsbaus (Wohnungseigentum und Mietwohnungsbau) und des Gewerbebaus (Büroflächen und kleinteilige Gewerbeeinheiten) sein, die mit der durch Baukostenentwicklungen sehr stark geprägten Angebotsseite korrespondiert.

In der Sparte „Allg. Verwaltung“ werden die Aufwandsbelastungen in den nächsten Jahren erheblich geringer ausfallen. Durch die Verschmelzung der Digital- und Infrastrukturgesellschaft mit den Stadtwerken Langenfeld GmbH sowie des abgeschlossenen strukturellen Umbaus der Gesellschafts- und Holdingstruktur der Stadtwerke Langenfeld GmbH entfallen zukünftig die Kosten für die entsprechende juristische Begleitung.

5. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit der **Erschließung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken** sind die üblichen Risiken der Gesellschaft verbunden, insbesondere bezogen auf die mitunter lange Zeitschiene. Derzeit stehen mit Reusrath Nord-West und Fuhrkamp Süd nach wie vor nur zwei Erschließungsflächen in der Vermarktung bzw. baulichen Entwicklung. Die Nachfrage ist stets vorhanden, allerdings weniger aus den für die Ansiedlung gewünschten Wirtschaftszweigen. Die in aller Regel sehr belastbare Kalkulation beim Start von Erschließungsmaßnahmen sowohl bei Aufwand und Ertrag bringt in der Gesamtschau unverändert positive Ergebnisbeiträge. Durch die beiden städtebaulichen Entwicklungsräume ara und Neumann & Büren werden erhebliche Entwicklungspotentiale für die Stadt Langenfeld gehoben. Für

die SEG ergeben sich dadurch wirtschaftliche Ertragspotentiale. Vermarktungschancen und die Belastungen der Projekte durch die Zinsentwicklung sind in starkem Maße abhängig von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen.

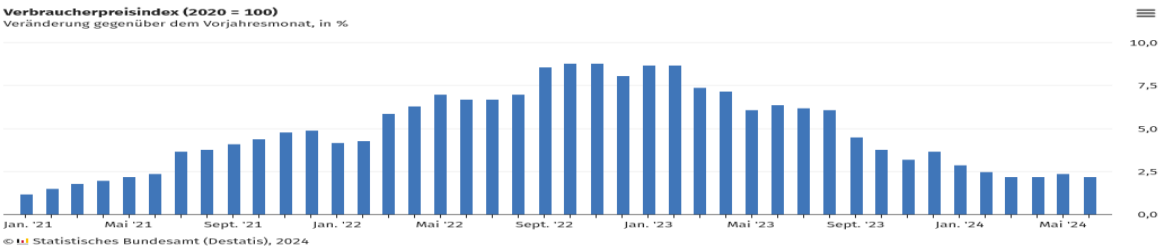
Die werthaltigen **verbundenen Unternehmen** Stadtwerke Langenfeld GmbH (insbesondere Strom- und Gasgeschäft) und Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG haben bisher eine stabile Ertragssituation der Gesellschaft gesichert. Nachdem das Verbandswasserwerk in den zurückliegenden Jahren hohe Überschüsse ausgeschüttet hat, ist in den kommenden Jahren ein Rückgang und das Verbleiben auf einem weitaus geringeren Niveau zu erwarten. Die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur des Wasserwerkes werden in den kommenden Jahren zu erhöhten Gewinnrücklagen führen müssen, die die Ausschüttungen nicht nur im folgenden Jahr, sondern auf absehbare Zeit reduzieren werden. Allerdings ist hier anzumerken, dass insbesondere durch den Gewinnabführungsvertrag bei den Stadtwerken und die Diskussionen zu Gewinnrücklagen in der Gesellschaft die volle Steuerschuld für die Rücklage auf die SEG verlagert wird und so die Liquidität weiter vermindert wird.

Nach der nun durchgeführten **Modernisierung des Parkraummanagements** bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die Entscheidungen hinsichtlich des Klimaschutzes auf den motorisierten Individualverkehr haben wird, insbesondere auf den PKW-Verkehr. Die Folgen für die Parkverkehre und die Auslastung der Parkflächen sollte damit einhergehend aufmerksam beobachtet, analysiert und neu beurteilt werden. Daraus werden sicherlich auch Konsequenzen für diese Sparte der SEG zu ziehen sein.

Die Zielsetzungen des Standortmarketings für die Langenfelder Innenstadt sind in die Überlegungen einzubeziehen.

Herausfordernd bleiben die **gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen**. Ausgehend vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich eine Energiekrise und eine hierdurch massiv getriebene Inflation ergeben. Nachdem bereits in 2021 die Inflation deutlich angezogen hat, sind die Inflationsraten in 2022 teilweise auf um die 8 % p.a. angestiegen

Die sich daraus ergebenden Kostenbelastungen treffen auch die Geschäftsfelder der SEG.



Die Inflationsraten normalisieren sich seit Anfang 2024 wieder auf ein Niveau knapp über der 2 %-Marke. Derzeit wird angenommen, dass sich auf dieser Grundlage die Inflation in den kommenden Jahren moderat entwickeln wird. Wichtig wäre aber, dass sich in der geopolitischen Lage Entspannungen ergeben, ohne dass weitere Krisen dazukommen oder sich bestehende Krisen, Ukrainekrieg, Nahostkonflikt oder Auseinandersetzungen zwischen Taiwan und China verstärken. Abzuwarten bleiben auch mögliche Auswirkungen der im Herbst 2024 stattfindenden Wahl in den Vereinigten Staaten für die europäische Wirtschaft.

Risiken bestehen jedoch bei länger andauernder kalter Witterung im Winter, Sabotageaktionen, sonstigen Angriffen, wie z. B. auch Cyber-Angriffen auf die (Energie-)Infrastruktur in Deutschland bzw. Europa. Die allgemeine Zinsentwicklung ist stetig zu beobachten, insbesondere im Hinblick auf die bestehenden Kreditfinanzierungen. Derzeit ist nach den Markteinschätzungen mit einer Reduzierung

der Leitzinsen zu rechnen. Aufgrund der weltpolitischen Lage und deren möglichen Auswirkungen auf die Inflationsentwicklung könnten sich jedoch kurzfristig andere Zinsszenarien ergeben.

Für die Jahre 2024 und 2025 wird mit Jahresfehlbeträgen von 343 TEuro und 454 TEuro geplant.

Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages definiert die globale „Aufgabe, der weiteren städtebaulichen und sozialen Entwicklung der Stadt Langenfeld zu dienen“.

§ 2 Abs. 2 und 3 führt konkreter aus, dass hierzu „insbesondere der An- und Verkauf und die Erschließung von Grundstücken, die Planung und Durchführung von Entwicklungsprojekten sowie die Durchführung von Hochbaumaßnahmen“ und der „Betrieb des kombinierten Hallen- und Freibades Langforter Straße“ gehören.

Unter dieser teils eher abstrakten Definition des Unternehmensgegenstandes hat die Gesellschaft in 2023 – und sicherlich im Sinne einer öffentlichen Zwecksetzung - im Schwerpunkt nachstehende Projekte abgewickelt:

a. Projektentwicklungen:
   - „Fuhrkamp Süd“
   - „Reusrath Nord-West“
   - „Neumann & Büren“
   - „ara“
b. Betreiben der Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt von Langenfeld
c. Betrieb des Hallen- und Freibades Langforter Straße 70.

3.4.1.2 Schauplatz Langenfeld GmbH

Basisdaten

Anschrift	Hauptstraße 129, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 93% Schützenverein Langenfeld 1834 e.V. 1,0% Sankt Sebastian Schützenbruderschaft Langenfeld-Immigrath e.V. 1,0% Kunstverein Langenfeld e.V. 1,0% Stadtsportverband der Stadt Langenfeld 1,0% Sophie Offenberg-Sersch 1,0% Karnevalsgesellschaft Prinzengarde Langenfeld 1,0% Festkomitee Langenfeld Karneval e.V. 1,0%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens sind die Verwaltung und der Betrieb der Stadthalle Langenfeld, der Kulturfabrik in Langenfeld sowie das Rex Kinocenter in Langenfeld. Damit verbunden ist insbesondere die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen kultureller, sozialer und kommerzieller Natur sowie öffentliche Versammlungen, Feste, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und Messen.
Gründungsdatum	11.01.1989
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 05.11.2003
Stammkapital	25.564,59 € (50.000,00 DM) **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadt Langenfeld Rhld. 23.775,07 € (46.500,00 DM) Schützenverein Langenfeld 1834 e.V. 255,65 € (500,00 DM) Sankt Sebastian Schützenbruderschaft Langenfeld-Immigrath e.V. 255,65 € (500,00 DM) Kunstverein Langenfeld e.V. 255,65 € (500,00 DM) Stadtsportverband der Stadt Langenfeld 255,65 € (500,00 DM) Sophie Offenberg-Sersch 255,65 € (500,00 DM)

	Karnevalsgesellschaft Prinzengarde Langenfeld 255,65 € (500,00 DM) Festkomitee Langenfeld Karneval e.V. 255,65 € (500,00 DM)
Geschäftsführung	Herrn Georg Huff
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Karsten Fröhlich Sophie Offenberg-Sersch Elke Horbach Rolf Kamp Thomas Kirbisch Bruno Kremer Dirk Schulz-Tillenburg Sven Lucht Harald Degner Casten Nummert
Anzahl der Mitarbeiter	34 (davon 17 Aushilfskräfte)
Wirtschaftsprüfer	Mark Ebbinghaus Michael Klima

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Beteiligung ist die kulturelle Grundversorgung der Stadt Langenfeld. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Langenfeld Rhld. ist an der Schauplatz Langenfeld GmbH mit 93% direkt beteiligt, die übrigen 7% verteilen sich zu je 1% auf den Schützenverein Langenfeld 1834 e.V., dem Sankt Sebastian Schützenbruderschaft e.V., dem Kunstverein Langenfeld e.V., dem Stadtsportverband der Stadt Langenfeld, der Karnevalsgesellschaft Prinzengarde Langenfeld, dem Festkomitee Langenfeld Karneval e.V. und Frau Sophie Offenberg-Sersch.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Verlustabdeckung bzw. Einstellung des Defizitausgleiches, diese erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Stadt Langenfeld und beträgt im Jahr 2023 865.000,00 €, hiervon wurden zum Ausgleich eines Defizits 865.000 € entnommen.

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Zu nennen ist hier die Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld vom 10.01.2001. Die Vereinbarung beinhaltet die Kostenübernahme der Stadt Langenfeld für die Betreuung und Verwaltung des Kulturhauses, Hauptstraße 133 in Langenfeld durch die Schauplatz Langenfeld GmbH. Für die Tätigkeit erstellt die Schauplatz Langenfeld GmbH quartalsweise eine Rechnung in Höhe von 11.250,00 €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren aus einem auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Mietvertag in Höhe von 55 T€ p.a. und aus einem Pachtvertrag in Höhe von 31 T€ p.a. Der Mietvertrag besteht mit einer Gesellschafterin. Der Pachtvertrag verlängerte sich ab dem 01.01.2019 mit einer festen Laufzeit von 20 Jahren bis zum 31.12.2039 und hat ein zweimaliges Optionsrecht von je 5 Jahren.

Darüber hinaus besteht durch die Stadt Langenfeld ein Investitionszuschuss an die Schauplatz GmbH in Höhe von 20.000,00 €, der im Jahre 2023 in Höhe von knapp 17.000 € abgerufen worden ist.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1,00	1,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	184.391,50		226.984,64
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	21.708,00		22.101,30
		206.099,50	249.085,94
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	500,00		500,00
2. fertige Erzeugnisse und Waren	13.595,48		11.905,96
		14.095,48	12.405,96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - davon gegen Gesellschafter Euro 24.673,14 (Euro 38.182,25)	72.042,73		101.057,78
2. sonstige Vermögensgegenstände	15.202,25		19.078,04
		87.244,98	120.135,82
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		80.217,04	87.990,31
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.721,00	480,00
		390.379,00	470.099,03

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage		12.437,87	18.403,60
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		146.942,98	185.547,88
C. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen		34.790,00	41.190,00
D. Verbindlichkeiten			
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 51.362,72 (Euro 77.906,17)	51.362,72		77.906,17
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon gegenüber Gesellschaftern Euro 0,00 (Euro 205,00) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 26.351,91 (Euro 47.989,50)	26.351,91		47.989,50
3. sonstige Verbindlichkeiten	92.928,93		73.497,29
		170.643,56	199.392,96
- davon aus Steuern Euro 20.553,96 (Euro 10.496,92) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 1.954,10 (Euro 831,34) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 92.253,03 (Euro 72.499,04) - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr Euro 675,90 (Euro 998,25)			
		390.379,00	470.099,03

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	1.213.536,96	806.329,07
2. Gesamtleistung	1.213.536,96	806.329,07
3. sonstige betriebliche Erträge	81.688,26	163.321,59
4. Materialaufwand Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	553.768,82	382.961,43
5. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	943.725,80	933.416,46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	185.878,07	181.994,93
	1.129.603,87	1.115.411,39
6. Abschreibungen	66.968,66	65.895,80
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	415.506,60	444.161,60
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5,00	0,00
9. Ergebnis nach Steuern	870.617,73-	1.038.779,56-
10. sonstige Steuern	348,00	348,00
11. Jahresfehlbetrag	870.965,73	1.039.127,56
12. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	870.965,73	1.039.127,56
13. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Kennzahlen

	2023	**2022**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	9,73	9,36	+0,37
Eigenkapitalrentabilität	-2.290,95	-2.361,36	+70,41
Anlagendeckungsgrad 2	18,77	18,07	+0,70
Verschuldungsgrad	540,58	545,45	-4,87
Umsatzrentabilität	-71,74	-128,91	+57,17

Personalbestand

Die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer betrug in 2023 insgesamt 34 Personen. Davon 17 Mitarbeiter festangestellt; 1 Geschäftsführer, 12 Angestellte, 4 Arbeiter. Darüber hinaus wurden 17 Aushilfskräfte beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Grundlagen des Unternehmens

Die Schauplatz Langenfeld GmbH betreibt den Schauplatz, den Schaustall, das REX-Kino in Langenfeld und erbringt Filmvorführungen in Kaarst, Düsseldorf-Garath und Meerbusch. Außerdem realisiert sie die gemeinnützige Theaterarbeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch „Die Blinklichter" und die „Studiobühne". Die Schauplatz Langenfeld GmbH bietet mit Kabarett, Kleinkunst, Kinder- und Jugendvorstellungen, Programmkino, Schul- und Sonderkonzerten, Ballett-, Musical- und Theatervorstellungen ein eigenes kulturelles Programm an und stellt Räumlichkeiten für Tagungen, Messen und andere Veranstaltungen zur Verfügung.

Sie führt die technische Betreuung des Kulturzentrums Langenfeld (Volkshochschule, Musikschule und Kunstverein) und der Bibliothek durch. Darüber hinaus betreut und organisiert sie den Flügelsaal. Kooperationen mit verschiedenen Referaten der Stadt Langenfeld und dem Kreis Mettmann runden das Kulturprogramm ab. Darüber hinaus hält sie eine eigene Gastronomie vor. Ortsansässige Nutzer mit kulturellem und gemeinnützigem Hintergrund wie städtische Vereine, Schulen, Parteien und Referate zahlen einen Mindestmietpreis und erhalten Rabattierungen auf gemietetes Inventar und auf Dienstleistungen.

Geschäftsverlauf 2023

Allgemein

Die allgemeine wirtschaftliche Lage war auch im Jahr 2023 durch eine Vielzahl von Unsicherheiten geprägt, die die Organisation und Planung des Geschäftsjahres erneut vor eine Herausforderung gestellt haben. Energiepreissteigerungen, Kostensteigerungen bei Sach- und Dienstleistungen, Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel führten zu schwer überschaubaren Kostenrisiken. Eine stetige Beobachtung der Krisenauswirkungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist dabei unbedingt notwendig.

Schauplatz / Schaustall

Eigene Veranstaltungen

Für 2023 konnte dem Langenfelder Publikum wieder ein attraktives Programm geboten werden. Es gab 51 Veranstaltungen im Schaustall und 30 im Schauplatz. Zu diesen Veranstaltungen kamen insgesamt 12.066 Besucher. Das Open-Air-Kino im Freizeitpark fand an zwei Wochenenden im August statt und lockte 707 Besucher an. Im Flügelsaal wurde die Konzertreihe „it's teatime" mit 5 Veranstaltungen fortgeführt, zu denen insgesamt 171 Besucher kamen. Die 90 Veranstaltungen in 2023 wurden von insgesamt 12.944 Gästen besucht. Das ist eine Steigerung von 46,86 % zum Vorjahr. Durchschnittlich kamen 144 Besucher pro Veranstaltung.

	2023	2022	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
Besucher mit Eintritt	12.944	8.664	4.280	49,40
Besucher ohne Eintritt	0	150	-150	-100,00
	12.944	**8.814**	**4.130**	**46,86**
Veranstaltungen	90	83	7	8,43
Besucher pro Veranstaltung (Ø)	144	106	38	35,44

Die positive Resonanz des Publikums macht sich auch bei den Umsatzerlösen deutlich bemerkbar. So stieg der Gesamtumsatz für die eigenen Veranstaltungen von 144.758,55 € in 2022 auf 268.148,32 € in 2023, was einer Steigerung um 85,24 % zum Vorjahr entspricht.

Veranstaltungen Schauplatz und Schaustall	2023	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Erlöse aus Eintritten	239.077,69	126.117,09	112.960,60	89,57
Erlöse VVK-Gebühren	26.657,18	17.788,93	8.868,25	49,85
Übrige Erlöse aus Veranstaltungen	2.413,45	852,53	1.560,92	183,09
	268.148,32	**144.758,55**	**123.389,77**	**85,24**

Die Schauplatz Langenfeld GmbH ist weiterhin in der Lage durch die erwirtschafteten Eintrittserlöse die Künstlergagen, das Catering für die Künstler sowie die technische Betreuung der Veranstaltungen finanziell zu tragen.

	2023	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Künstlergagen	174.243,70	108.307,29	65.936,41	60,88
Künstlernebenkosten	12.183,59	10.414,14	1.769,45	16,99
Technische VA-Betreuung	6.671,25	6.949,50	-278,25	-4,00
	193.098,54	**125.670,93**	**67.427,61**	**53,65**

Vermietungen / Dienstleistungen

Auch das Vermietungsgeschäft konnte in 2023 Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Viele geplante Vermietungen wie Messen, Märkte, Abibälle, Tagungen, Mitgliederversammlungen, Konzerte, Karnevalsveranstaltungen und Weihnachtsfeiern konnten stattfinden.

Vermietung / Dienstleistungen	2023	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Vermietung	66.275,65	62.079,22	4.196,43	6,76
Dienstleistungen	52.455,76	36.121,75	16.334,01	45,22
Technische Betreuung Kulturzentrum	45.000,00	45.000,00	0,00	0,00
	163.731,41	**143.200,97**	**20.530,44**	**14,34**

Insgesamt sind die Erlöse aus dem Vermietungsgeschäft von 143.200,97 € in 2022 um 14,34 % auf 163.731,41 € in 2023 gestiegen.

Im Laufe der Zeit ist es zu starken Abnutzungen des Gebäudes und des eingebauten Inventars gekommen. Dies schreckt viele potenzielle Nutzer ab. Um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Städten aufrechtzuerhalten, ist es dringend notwendig, dass die Stadt Langenfeld als Vermieter entsprechende Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten durchführt.

Die von der Stadt Langenfeld geleisteten Beiträge zur technischen Betreuung des Kulturzentrums sind seit Beginn der Übernahme dieser Aufgaben in 2001 unverändert geblieben, obwohl der Betreuungsaufwand in der Zwischenzeit unter anderem durch die verlängerten Öffnungszeiten des Kulturzentrums stark zugenommen hat. Auch wenn im Schauplatz keine Veranstaltungen stattfinden, muss für die Angebote im Kulturzentrum und der Bibliothek unser Hausmeisterpersonal im Zweischichtsystem eingesetzt werden. Ab 01.01.2024 wird der alte Betreuungsvertrag von 2001 durch eine mit dem Gebäudemanagement der Stadt Langenfeld und den Nutzern des Kulturzentrums und der Bibliothek abgestimmten neuen Fassung ersetzt.

Gastronomie

Der eigene Gastronomiebereich erzielt seine Umsätze direkt über die Veranstaltungen und Vermietungen im Schauplatz und dem Schaustall. 2023 konnte nach zweijähriger Coronapause die beim Publikum sehr beliebte Zochparty im Anschluss des Langenfelder Karnevalsumzugs wieder stattfinden. Insgesamt 550 Gäste haben im Foyer des Schauplatzes Karneval gefeiert. Auch fand im Juli 2023 die Langenfelder Karibiknacht statt. Die Schauplatz Langenfeld GmbH war im Verbund mit der Interessengemeinschaft Hauptstraße mit einem Ausschankwagen und buntem Rahmenprogramm beteiligt.

Die Gastronomieverkaufserlöse bei den eigenen Veranstaltungen sind mit 63.654,18 € in 2023 gegenüber 22.938,23 € in 2022 um 177,50 % erheblich gestiegen. Auch im Vermietungsgeschäft ist der Gastronomieumsatz mit 24.558,81 € in 2023 gegenüber 17.911,21 € in 2022 um 37,11 % gestiegen. Im Servicebereich der Gastronomie konnten die Umsätze von 10.923,75 € in 2022 auf 12.481,28 € in 2023 um 14,26 % leicht gesteigert werden.

Viele der Veranstaltungen verursachen einen hohen Personalaufwand, generieren aber nur einen geringen Umsatz. Das liegt unter anderem an der besonderen Situation, dass die Gastronomieumsätze nur während der Veranstaltungspausen und im Veranstaltungsvor- und nachlauf erbracht werden.

Gastronomie	**2023**	**2022**	**Veränderung**	
	€	**€**	**€**	**%**
Verkaufserlöse (eigene Veranstaltungen)	63.654,18	22.938,23	40.715,95	177,50
Verkaufserlöse (Vermietungsgeschäft)	24.558,81	17.911,21	6.647,60	37,11
Dienstleistungen (Garderobe + Service)	12.481,28	10.923,75	1.557,53	14,26
Eintritte	7.656,54	0,00	7.656,54	-
Vermietung	1.047,50	50,00	997,50	1.995,00
Sponsoring	370,00	0,00	370,00	-
	109.768,31	**51.823,19**	**57.945,12**	**111,81**

Nach wie vor rundet das Kundenangebot der hauseigenen Gastronomie mit einem kompetenten Service das gesamte Leistungspaket der Schauplatz Langenfeld GmbH ab.

Kinos (REX-Kino, Kino Kaarst, Kulturhaus Süd Garath, Mondscheinkino Erkrath, Kino am Wasserturm Meerbusch)

Das bereits gute Ergebnis im Bereich Kino von 2022 konnte in 2023 noch übertroffen werden. Mit 45.471 Besuchern kamen in 2023 insgesamt 18.122 Besucher mehr in unsere Kinosäle als 2022. Nach den Umbauarbeiten hat das Kino im Kulturhaus Süd in Garath im Dezember 2022 wieder geöffnet. Seit April 2023 wird das Kino im Forum am Wasserturm in Meerbusch in Kooperation mit der Stadt Meerbusch von uns bespielt. In Zusammenarbeit mit der Stadt Erkrath wurde im September 2023 erstmalig das Open-Air-Mondscheinkino durchgeführt.

Besucher*	2023	2022	Veränderung	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
REX-Kino	49.329	38.526	10.803	28,04
Kino Kaarst	8.706	6.623	2.083	31,45
Kino am Wasserturm Meerbusch**	3.072	0	3.072	-
Kulturhaus Süd Garath	2.327	322	2.005	622,67
Mondscheinkino Erkrath***	159	0	159	-
	63.593	**45.471**	**18.122**	**39,85**

* gemäß FFA-Kontoauszüge 2023
** ab April 2023
*** eine Vorstellung im September 2023

Neben dem vielfältigen Filmangebot der Filmverleiher war auch ein durchwachsenes Sommerwetter in den Sommerferien ein Grund für den Erfolg im Kinobereich.

Die drei umsatzstärksten Filme im Rex-Kino waren 2023:

1. Barbie (35.304,00 € Bruttoumsatz)
2. Der Super Mario Bros Film (34.010,00 € Bruttoumsatz)
3. Avatar 2 (26.994,00 € Bruttoumsatz)

Die Umsatzerlöse aus dem Kinobetrieb konnten insgesamt von 466.546,36 € in 2022 auf 671.888,92 € in 2023 um 205.342,56 € (44,01 %) gesteigert werden. Die Eintritts- und Konzessionpreise wurden moderat angepasst. Seit Anfang Dezember 2023 arbeitet das Rex-Kino mit dem Lieferservice „Rexpop“ zusammen. In diesem Onlineshop können Popcorn und Nachos bestellt werden. Ein Lieferservice bringt die Bestellungen dann zum Kunden nach Hause.

Kinos	2023	2022	Veränderung	
	€	€	€	%
Erlöse aus Eintritt	438.280,94	300.529,04	137.751,90	45,84
Erlöse aus Süßwarenverkauf	136.597,73	96.982,82	39.614,91	40,85
Erlöse aus Getränkeverkauf	81.452,53	57.458,86	23.993,67	41,76
Erlöse aus Kinowerbung	9.944,73	8.546,47	1.398,26	16,36
Erlöse aus Dienstleistungen	3.912,99	1.779,17	2.133,82	119,93
Erlöse aus Vermietung	1.700,00	1.250,00	450,00	36,00
	671.888,92	**466.546,36**	**205.342,56**	**44,01**

Die Vermietung der Kinosäle für private oder geschäftliche Anlässe wird zukünftig eine größere Rolle spielen. Eine entsprechende Nachfrage ist deutlich angestiegen.

Allgemein

Die Angebote der Schauplatz Langenfeld GmbH tragen zur kulturellen Grundversorgung der Stadt Langenfeld bei. Durch den finanziellen Rahmen, den die Stadt Langenfeld mit dem Leistungsbeitrag vorgibt, ist die Schauplatz Langenfeld GmbH in der Lage die direkten Veranstaltungskosten selbst zu finanzieren.

Die aktuellen Entwicklungen sowohl bei den Eigenveranstaltungen, dem Vermietungsgeschäft sowie den Kinoveranstaltungen lassen eine weiterhin zunehmende Akzeptanz der Schauplatz Langengeld GmbH als zuverlässigen und professionellen Geschäftspartner beim Publikum und bei den Kunden erkennen. Der Kinobereich konnte im Jahr 2023 von den Besucher- und Umsatzzahlen einen ausgesprochen erfolgreichen Abschluss präsentieren.

Das Rex-Kino ist kein kommunales Kino und erhält keine Subventionierung durch die Stadt Langenfeld. Die Umsatzerlöse werden durch das Rex-Kino, das Kino Kaarst, das Kino Süd Düsseldorf und das Kino im Forum Wasserturm in Meerbusch generiert. Durch die erzielten Umsatzerlöse ist das Kino in der Lage sich selbst zu tragen. Ausgenommen davon ist das Programmkino des Schaustalls, das zu den eigenen Veranstaltungen zählt.

Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge

Die Umsatzerlöse sind insgesamt von 806.329,07 € in 2022 auf 1.213.536,96 € in 2023 um 407.207,89 € gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von 50,50 % im Vergleich zum Vorjahr.

Umsatzerlöse	**2023**	**2022**	**Veränderung**	
	€	**€**	**€**	**%**
Kinos (REX, Kaarst, Garath, Meerbusch)	671.888,92	466.546,36	205.342,56	44,01
Veranstaltungen Schauplatz / Schaustall	268.148,32	144.758,55	123.389,77	85,24
Vermietungsgeschäft	163.731,41	143.200,97	20.530,44	14,34
Gastronomie	109.768,31	51.823,19	57.945,12	111,81
	1.213.536,96	**806.329,07**	**407.207,89**	**50,50**

Die Umsatzerlöse von 2023 verteilen sich wie folgt auf die Sparten:

	€	**%**
Kinos (REX, Kaarst, Garath, Meerbusch)	671.888,92	55,37
Veranstaltungen Schauplatz / Schaustall	268.148,32	22,10
Vermietungsgeschäft	163.731,41	13,49
Gastronomie	109.768,31	9,05
Summe	**1.213.536,96**	**100,00**

Den größten Bereich der Umsatzerlöse generiert die Sparte Kino mit 671.888,92 €, gefolgt von den eigenen Veranstaltungen und dem Vermietungsgeschäft. Das Veranstaltungs- und Vermietungsgeschäft wird durch die eigene Gastronomie unterstützt und ergänzt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind von 163.321,59 € in 2022 auf 81.688,26 € in 2023 um 49,98 % gesunken. Die größte Position der sonstigen Aufwendungen waren in der Vergangenheit die Reinigungskosten für das Kulturzentrum und die Bibliothek, die der Schauplatz Langenfeld GmbH von dem Reinigungsbetrieb in Rechnung gestellt wurden. Im Gegenzug dazu wurden die Kosten vollständig an das Gebäudemanagement der Stadt Langenfeld weiterberechnet und als sonstige Erträge erstattet. Der Vertrag mit der Reinigungsfirma, die die Reinigung des Kulturzentrums und der Bibliothek durchführt, wurde zum 31.12.2022 gekündigt. Das Gebäudemanagement hat die Stelle neu ausgeschrieben und verwaltet die Reinigungsarbeiten im Kulturzentrum und der Bibliothek selbst. Entsprechend fallen in diesem Zusammenhang keine Kosten und Erträge an.

Ein weiterer großer Posten der sonstigen Erträge sind die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Zuschüsse, die in direktem Zusammenhang mit den Abschreibungen stehen.

2023 konnten öffentliche und private Kultureinrichtungen, sofern sie ein öffentlich zugängliches Kulturangebot bereitstellen, eine Förderung des Kulturfonds Energie des Bundes aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds-Energie (WSF-E) beantragen. Ursprünglich sollte diese Förderung bis 31.03.2024 möglich sein. Infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 15.11.2023 endete diese Förderung zum Jahresende 2024. Mit Auslaufen des WSF-E endete auch der Kulturfonds Energie des Bundes. Die vierte und fünfte Fördertranche, deren Antragszeitraum im Jahr 2024 gelegen hätte, musste daher entfallen. In diesem Rahmen wurden für den Schauplatz und für das Rex Kino Zuschüsse in Höhe von 20.980,73 € gewährt.

sonstige betriebliche Erträge	**2023**	**2022**	**Veränderung**	
	€	**€**	**€**	**%**
Erträge Auflösung stl. Sonderabschr.	56.048,28	58.667,55	-2.619,27	-4,46
Zuschüsse	20.980,73	0,00	20.980,73	-
Erträge Auflösung von Rückstellungen	2.550,00	1.088,20	1.461,80	134,33
Erlöse aus der Kostenweiterbelastung	1.483,30	87.432,60	-85.949,30	-98,30
Sonstige Erträge	501,42	10.800,00	-10.298,58	-95,36
Periodenfremde Erträge	117,97	5.299,33	-5.181,36	-97,77
Betriebsfremde Erträge	6,56	0,00	6,56	-
	81.688,26	**163.287,68**	**-81.599,42**	**-49,97**

Materialaufwand

Bei dem Materialaufwand sind der Wareneinsatz, die Künstlergagen und die Künstlernebenkosten sowie die Filmmieten die größten Posten. Die Entwicklung dieser Posten steht in direktem Zusammenhang mit der Entwicklung der Umsatzerlöse. Der Materialaufwand ist von 382.961,43 € in 2022 auf 553.768,82 € in 2023 um 44,60 % gestiegen.

Investitionen und Zuschüsse

Die Stadt Langenfeld stellt der Schauplatz Langenfeld GmbH jährlich 20.000,00 € als Investitionszuschuss zur Verfügung. Da der von der Stadt Langenfeld zur Verfügung gestellte Investitionszuschuss nur für Investitionen für den eigenen Veranstaltungsbetrieb ausgezahlt wurde, mussten Investitionen für das Vermietungsgeschäft und das Rex-Kino von der Schauplatz Langenfeld GmbH allein getragen werden.

Insgesamt wurde in 2023 für 23.982,22 € Inventar angeschafft. Der Investitionszuschuss der Stadt Langenfeld betrug in 2023 17.443,38 €. Den größten Posten bildet dabei die Anschaffung eines neuen Gastrokassensystems mit 10.978,00 €. Außerdem wurde ein Sophos Sicherheitssystem für den Server neu angeschafft (2.100,00 €). Die übrigen von der Stadt bezuschussten Investitionen umfassten hauptsächlich Ersatzbeschaffungen für defekte oder veraltete Technik.

Personalaufwand

Der Personalaufwand beträgt in 2023 insgesamt 1.129.603,87 € und ist damit nur geringfügig gestiegen (1,27 %).

Die Personalkosten der Stelle der Geschäftsführung / künstlerische Leitung der Blinklichter werden von der Schauplatz Langenfeld GmbH geleistet.

Im Leistungsbereich der Betreuungsaufgaben des Kulturzentrums und der Bibliothek wurden auch 2023 erhöhte Personalkosten ausgelöst. Die Öffnungs- und Betriebszeiten des Kulturzentrums erstrecken sich über den Zeitraum von Montag bis Sonntag von 8:00 Uhr bis mindestens 22:00 Uhr und teilweise darüber hinaus. Das technische Personal wird vom Schauplatz Langenfeld für diese Zeit bereitgestellt. Es fallen vermehrt Kosten für die Zahlung der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit an. Auch wenn im Schauplatz keine Veranstaltungen möglich waren, musste für die stattfindenden Angebote im Kulturzentrum und der Bibliothek das Hausmeisterpersonal im Zweischichtsystem eingesetzt werden.

Ab 01.01.2024 wird der alte Betreuungsvertrag von 2001 durch eine mit dem Gebäudemanagement der Stadt Langenfeld und den Nutzern des Kulturzentrums und der Bibliothek abgestimmten neuen Fassung ersetzt.

Abschreibungen

Die Abschreibungen sind von 65.895,80 € in 2022 auf 66.968,66 € in 2023 um 1,63 % geringfügig gestiegen. Den Abschreibungen stehen die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Zuschüsse gegenüber.

Betriebliche Aufwendungen

Insgesamt sind die Kosten von 1.524.392,07 € in 2022 auf 1.603.254,35 € in 2023 um 5,17 % gestiegen.

Die Raumkosten sind von 219.590,83 € in 2022 auf 277.705,05 € in 2023 um 26,46 % gestiegen. Ursächlich liegt diese Steigerung in den stark gestiegenen Mietneben- und Energiekosten.

Mietneben- und Energiekosten	**2023**	**2022**	**Veränderung**	
	€	**€**	**€**	**%**
Mietnebenkosten	89.933,52	67.809,14	22.124,38	32,63
Gas, Strom, Wasser (Rex)	45.874,01	19.090,07	26.783,94	140,30
	135.807,53	**86.899,21**	**48.908,32**	**56,28**

In den Kosten für Versicherungen und Beiträgen sind auch die Abgabe an die Künstlersozialkasse enthalten. Diese Abgabe ist abhängig von den geleisteten Gagenzahlungen an die Künstler.

Das Firmenfahrzeug, ein Renault Trafic, ist in die Jahre gekommen. Mittelfristig sollte das alte Fahrzeug durch ein Neues ersetzt werden.

Die Kosten für Reparaturen und Instandhaltungen sowie die sonstigen Kosten konnten in 2023 gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.

Betriebliche Aufwendungen	**2023**	**2022**	**Veränderung**	
	€	**€**	**€**	**%**
Personalkosten	1.129.603,87	1.115.411,39	14.192,48	1,26%
Raumkosten	277.705,05	219.590,83	58.114,22	20,93%
Abschreibungen	66.968,66	65.895,80	1.072,86	1,60%
Sonstige Kosten	45.170,17	47.805,84	-2.635,67	-5,83%
Werbe- und Reisekosten	29.287,76	23.185,19	6.102,57	20,84%
Versicherungen, Beiträge	26.654,78	21.249,60	5.405,18	20,28%
Reparaturen, Instandhaltungen	22.461,84	29.663,94	-7.202,10	-32,06%
Fahrzeugkosten (ohne Steuern)	4.820,13	1.024,87	3.795,26	78,74%
Betriebliche Steuern	348,00	348,00	0,00	0,00%
Kosten der Warenabgabe	234,09	216,61	17,48	7,47%
	1.603.254,35	1.524.392,07	78.862,28	4,92%

Entwicklung der Kapitalrücklage

Um den Jahresfehlbetrag zum 31.12.2023 abzudecken wurde die Kapitalrücklage um 5.965,73 € aufgebraucht.

Stand 01.01.2023	Euro	18.403,60
Einstellung Defizitausgleich der Stadt Langenfeld	Euro	865.000,00
Entnahme Defizitausgleich	Euro	-870.965,73
Stand 31.12.2023	Euro	12.437,87

Zukünftige Entwicklung, Risiken und Chancen

Die Schauplatz Langenfeld GmbH erarbeitete sich in den vergangenen Jahren eine Marktposition, die Basis für eine positive Entwicklung ist. Sie bietet weiterhin ein exzellentes Kulturangebot und steht für interkommunale Zusammenarbeit und zukunftsweisende Kooperationen. Die Aufgabe der Schauplatz Langenfeld GmbH ist die vorhandene, gut ausgeprägte kulturelle Grundstruktur der Stadt Langenfeld zu erhalten. Durch den Leistungsbeitrag der Stadt Langenfeld wird die Schauplatz Langenfeld GmbH in die Lage versetzt, weiterhin auf einem angemessenen Niveau agieren zu können.

Im Laufe der Zeit ist es durch das hohe Besucheraufkommen im Schauplatz durch eigene Veranstaltungen und Vermietungen/Messen zu Abnutzungen des Gebäudes und des eingebauten Inventars gekommen. Um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Städten aufrechtzuerhalten, ist es dringend notwendig mit der Stadt Langenfeld als Vermieter über Renovierungs- und Instandhaltungsarbeiten zu sprechen.

Die Schauplatz Langenfeld GmbH wird von Künstlern gerne für die Vorstellungen ihrer Programme ausgesucht. Über die Jahre haben sich intensive Kontakte mit den Künstlern und Agenturen gebildet, die eine langfristige Planung hochwertiger Veranstaltungen möglich machen lässt.

Die Vereinbarung mit der Stadt Langenfeld von 2001 über die Betreuung des Kulturzentrums wurde in 2023 inhaltlich und kostenmäßig mit den Nutzern des Kulturzentrums überarbeitet. Die neugefasste Vereinbarung tritt mit dem 01.01.2024 in Kraft.

Kostenrisiken werden durch eine möglichst detaillierte, der Realität des zukünftigen Geschäftsjahres entsprechende Planung begrenzt.

Wegen des hohen Personalkostenanteils stellen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst generell ein beträchtliches Aufwandsrisiko für den Eigenbetrieb dar.

Infolge gesetzlicher Bestimmungen haben sich die Sicherheitsauflagen für Versammlungsstätten weiter erhöht. Für zahlreiche Veranstaltungen ist die Anwesenheit eines Meisters für Veranstaltungstechnik sowie fachlich ausgebildetes Personal wie Sicherheitspersonal notwendig. Die steigenden Personal- und Fremd-/Dienstleistungskosten mindern die Wirtschaftlichkeit des Veranstaltungsbetriebs erheblich.

Die Corona-Pandemie war in den letzten drei Jahren als erheblicher Risikofaktor hinzugekommen. Obwohl das Ereignis „Corona-Pandemie" länger als ursprünglich erwartet angehalten hat, gehen wir nicht von einer Wiederholung eines solchen Ereignisses in den nächsten Jahren aus. Die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der derzeit bestehenden Corona-Pandemie wird als gering eingestuft. Dennoch zeigte sich während der Corona-Pandemie, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind.

Ein wesentliches Risiko für die weltwirtschaftliche Lage stellt seit dem Geschäftsjahr 2022 der Russland-Ukraine-Krieg und deren Folgeeffekte dar. Energiepreissteigerungen, Kostensteigerungen bei Sach- und Dienstleistungen, Ressourcenknappheit und Fachkräftemangel führen zu derzeit schwer zu überschaubaren Kostenrisiken für Unternehmen und Kommunen. Eine stetige Beobachtung der Krisenauswirkungen hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist dabei unumgänglich.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nah § 5 LGG liegt für die Gesellschaft für das Jahr 2023 nicht vor.

3.4.1.3 Bildung³ gemeinnützige GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein

Basisdaten

Anschrift	Johann-Vaillant-Straße 8, 40721 Hilden
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 33,3 % Stadt Hilden 33,3 % Stadt Monheim 33,3 %
Gegenstand	1. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendberufshilfe und der beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigungsförderung. 2. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch a. die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen, die der Eingliederung erwerbsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in das Arbeitsleben dienen; b. die Entwicklung, Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten, die geeignet sind, von Arbeitslosigkeit bedrohte und betroffene Personen im regulären Arbeitsmarkt zu platzieren, die Position von Beschäftigten am Arbeitsmarkt durch Qualifizierung zu verbessern sowie Gelegenheit zur Beschäftigung anzubieten; c. die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Bildung, Beratung und Orientierung; d. die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe gem. § 13 SGB VIII Sozialgesetzbuch in der jeweils gültigen Fassung, die helfen, soziale Benachteiligung und individuelle Beeinträchtigungen von jungen Menschen zu verringern und ihre soziale, schulische und berufliche Integration zu fördern; e. die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der Fachkräftesicherung vor Ort, insbesondere der Begleitung in die Ausbildung und während der Ausbildung;

	f. die Integration von Behinderten, sozial Bedürftigen und Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen in Arbeitsförderungs-, Bildungsund Beschäftigungsmaßnahmen; g. die Zusammenarbeit mit Institutionen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Gesellschaftszweck widmen bzw. diesen förrern.
Gründungsdatum	02.10.1985
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 20.10.2022
Stammkapital	78.000,00 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadt Langenfeld Rhld.; 26.000,00 € Stadt Hilden; 26.000,00 € Stadt Monheim; 26.000,00 €
Geschäftsführung	Herr Olaf Schüren Prokura: Frau Silke Baurs-Krey (Einzelprokura)
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Gesellschafterversammlung	Herr Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Langenfeld Herr Daniel Zimmermann, Bürgermeister Stadt Monheim am Rhein Herr Dr. Claus Pommer, Bürgermeister Stadt Hilden
Aufsichtsrat	Florian Große-Allermann, Vorsitzender, Rechtsassessor Jürgen Brüne, stellvert. Vorsitzender, Polizeibeamter Sönke Eichner, Beigeordneter der Stadt Hilden Annegret Gronemeyer, Lehrerin im Ruhestand Sonja Wienecke, Fachbereichsleiterin Jugend, Schule und Sport der Stadt Langenfeld Andreas Menzel, Privatier Simone Feldmann, Bereichsleitung Kinder, Jugend und Familie der Stadt Monheim am Rhein.

	Susanne Brandenburg, Landesbeamtin Sarah Buchner, Regierungsoberinspektorin Stefanie Einheuser, Studentin Dirk Kapell, Hausmann Lina Schlupp, Sozialpädagogin
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2023 über 76 Arbeitnehmer
Wirtschaftsprüfer	U. Koch und S.Schäfer (beide 8P Treuhand GmbH)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendberufshilfe und der beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigungsförderung. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist der Geschäftsführer Herr Olaf Schüren. Gesellschafter sind die Städte Langenfeld Rhld., Stadt Monheim am Rhein und die Stadt Hilden mit einer Stammeinlage in Höhe von jeweils 26.000,00 € (33,3 %). Stammkapital gesamt 78.000,00€.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld besteht in Form eines Zuschusses der Stadt Langenfeld an die interkommunale gGmbH in Höhe von 130.000,00€. Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Es bestehen nach § 285 Nummer 3a HGB anzugebende, nicht in der Bilanz ausgewiesene oder zu vermerkende Verpflichtungen aus diversen Mietverträgen; zum Bilanzstichtag im Gesamtbetrag von rund TEUR 472. Die Mietverpflichtungen für die Geschäftsräume in Hilden betragen TEUR 99 p.a. zzgl. Mietnebenkosten. Der Mietvertrag läuft bis zum 30. Juni 2026. Für einen Mietvertrag mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten zum Quartalsende beträgt die Miethöhe TEUR 18 p.a. zzgl. Mietnebenkosten. Ferner wurden zwei Mietverträge mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Monatsende abgeschlossen, deren Mietverpflichtungen TEUR 16 p.a. zzgl. Mietnebenkosten betragen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

		31.12.2023 EUR		31.12.2022 EUR
A.	**ANLAGEVERMÖGEN**			
I.	Sachanlagen			
1.	Technische Anlagen und Maschinen	25,00		25,00
2.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.316,00		5.018,00
			2.341,00	5.043,00
			2.341,00	5.043,00
B.	**UMLAUFVERMÖGEN**			
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	163.689,85		217.916,19
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	882,99		6.790,68
			164.572,84	224.706,87
II.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		490.458,30	365.702,41
			655.031,14	590.409,28
C.	**RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**		2.371,00	2.532,00
			659.743,14	597.984,28

PASSIVA

		31.12.2023 EUR		31.12.2022 EUR
A.	**EIGENKAPITAL**			
I.	Gezeichnetes Kapital		78.000,00	78.000,00
II.	Kapitalrücklage		172.000,00	172.000,00
III.	Gewinnvortrag		288.251,55	275.501,41
IV.	Jahresüberschuss		34.119,70	12.750,14
			572.371,25	538.251,55
B.	**RÜCKSTELLUNGEN**			
1.	Sonstige Rückstellungen		21.242,00	32.616,00
C.	**VERBINDLICHKEITEN**			
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.117,41		4.417,98
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	22.012,48		22.698,75
			52.129,89	27.116,73
D.	**RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**		14.000,00	0,00
			659.743,14	597.984,28

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2023 EUR		Vorjahr EUR
1.	**Umsatzerlöse**		2.004.505,49	1.984.452,89
2.	**Sonstige betriebliche Erträge**		406.933,86	414.096,95
3.	**Rohergebnis**		2.411.439,35	2.398.549,84
4.	**Personalaufwand**			
	a. Löhne und Gehälter	-1.515.504,12		-1.452.730,58
	b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-402.451,89		-395.135,69
			-1.917.956,01	-1.847.866,27
5.	**Abschreibungen**			
	a. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-7.876,82	-5.340,80
6.	**Sonstige betriebliche Aufwendungen**		-451.380,82	-531.044,42
7.	**Betriebsergebnis**		34.225,70	14.298,35
8.	**Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**		1.291,69	0,00
9.	**Ergebnis nach Steuern**		35.517,39	14.298,35
10.	**Sonstige Steuern**		-1.397,69	-1.548,21
11.	**Jahresüberschuss**		34.119,70	12.750,14

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	86,76	89,97	-3,21
Eigenkapitalrentabilität	5,96	2,37	+3,59
Anlagendeckungsgrad 2	24.449,86	10.673,24	+13.776,62
Verschuldungsgrad	12,82	11,10	+1,72
Umsatzrentabilität	1,70	0,72	+0,98

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2023 über 76 Arbeitnehmer.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde zum 01.01.2015 gegründet. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung. Der Sitz der Gesellschaft ist in Hilden.

Der Zweck der Gesellschaft ist festgeschrieben im § 2 des Gesellschaftsvertrages „Zweck der Gesellschaft". Danach heißt es:

1. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Jugendberufshilfe und der beruflichen Weiterbildung sowie die Beschäftigungsförderung.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch
   a) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen, die der Eingliederung erwerbsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in das Arbeitsleben dienen;
   b) die Entwicklung, Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten, die geeignet sind, von Arbeitslosigkeit bedrohte und betroffene Personen im regulären Arbeitsmarkt zu platzieren, die Position von Beschäftigten am Arbeitsmarkt durch Qualifizierung zu verbessern sowie Gelegenheit zur Beschäftigung anzubieten;
   c) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der beruflichen Bildung, Beratung und Orientierung;
   d) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe gem. § 13 SGB VIII Sozialgesetzbuch in der jeweils gültigen Fassung, die helfen, soziale Benachteiligung und individuelle Beeinträchtigungen von jungen Menschen zu verringern und ihre soziale, schulische und berufliche Integration zu fördern;
   e) die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der Fachkräftesicherung vor Ort, insbesondere der Begleitung in die Ausbildung und während der Ausbildung;
   f) die Integration von Behinderten, sozial Bedürftigen und Benachteiligten und Langzeitarbeitslosen in Arbeitsförderungs-, Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen;
   g) die Zusammenarbeit mit Institutionen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Gesellschaftszweck widmen bzw. diesen fördern.

Vor diesem Hintergrund unterhält und entwickelt diese Gesellschaft daher u.a. umfangreiche und differenzierte Angebote zur beruflichen Orientierung und Qualifizierung, Beratung, Förderung schulischer Abschlüsse, Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung und Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und Beschäftigung.

Diese Angebote erfordern spezifische und sozialpädagogisch besonders qualifizierte Hilfen, die dem jeweiligen Bedarf an Förderung gerecht werden. Dazu kommen vorgegebene und eigenständige Konzepte und spezifische Methoden wie individuelle Förderplanung, Kompetenzfeststellung, Bildungsbegleitung, Case Management und Berufs- und Lebensplanung zum Einsatz.

Wichtige Leitlinie ist dabei die Kooperation mit den verantwortlichen Institutionen im Übergangsbereich von der Schule in den Beruf (Einrichtungen der Kommunen [Jugendhilfe usw.], Schulen, Arbeitsagentur und Jobcenter, Betriebe, Verbände, etc.).
Die Teilnehmer*innen sollten nach Abschluss der jeweiligen Maßnahmen in der Lage sein,

- ihr Leben eigenverantwortlich zu führen,
- eine Berufstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auszuüben,
- weiterführende Angebote im regulären Berufsbildungs- und Schulsystem wahrzunehmen.

Angestrebtes Ziel jeder Maßnahme ist letztendlich die nachhaltige Vermittlung in den Arbeitsmarkt oder in arbeitsmarktnahen Feldern.

II. Wirtschaftsbericht

1. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

„Sowohl die gemeldeten Ausbildungsstellen als auch die Zahl der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber bewegten sich auf Vorjahresniveau. *Die Passungsprobleme sind jedoch nicht kleiner geworden, sondern größer.* Es wird zunehmend herausfordernder, Ausbildungssuchende und Betriebe zusammenzubringen. Um hier voranzukommen, braucht es (noch) mehr Kompromissbereitschaft von beiden Seiten", *(Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Andrea Nahles, bei der Vorstellung der Bilanz des Berufsberatungsjahres 2022/23).*

Aus der Presseinfo Nr. 48, vom 02.11.2023 der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsmarktbilanz 2022/23:

„Am Ende des Beratungsjahres waren am 30. September 2023 noch 73.000 unbesetzte Ausbildungsstellen zu vermitteln. Gegenüber dem Vorjahr waren das knapp 5.000 mehr… Gleichzeitig waren 26.000 Bewerberinnen und Bewerber noch unversorgt, fast 4.000 mehr als im letzten Jahr. Damit blieben 6 Prozent der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber ohne Ausbildungsstelle oder alternatives Angebot… Die Tatsache, dass sich sowohl die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber als auch der unbesetzten Ausbildungsstellen erhöht haben, kann als Hinweis gewertet werden, dass die Passungsprobleme zugenommen haben."

Die Arbeitslosenquote in NRW lag im Dezember 23 bei 7,2 Prozent (Vorjahr 7,4 Prozent). Die Jugendarbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre) in Nordrhein-Westfalen lag 2023 bei 5,5 Prozent (Vorjahr 5,3 Prozent). Die Daten stammen von der Arbeitsagentur. Die Arbeitsagentur skizziert zudem, dass die Arbeitslosigkeit der 15- bis unter 25-Jährigen überwiegend auf den Problemen, die beim Übergang in das Ausbildungssystem und nach dem Abschluss der beruflichen Ausbildung entstehen beruht. In diesen Übergangsphasen gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit, die aber meist von relativ kurzer Dauer ist. Allerdings ist diese Erkenntnis nicht neu und die Jugendarbeitslosigkeit der Zielgruppe 15 bis 25 ist erneut angestiegen. (*Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)*. Im Kreis Mettmann stieg die Arbeitslosenquote auf 6,4 Prozent.

Einerseits erholt sich der Ausbildungsmarkt langsam von den starken Einbußen, die es mit Beginn der Coronapandemie zu verzeichnen gab. Auch die Nachfrage der Jugendlichen/ jungen Erwachsenen nach einer dualen Berufsausbildung stieg nach den Rückgängen in den Vorjahren leicht an und das Angebot an Ausbildungsstellen nahm leicht zu. Andererseits nahmen jedoch auch die Schwierigkeiten weiter zu, das Ausbildungsangebot der Betriebe und die Nachfrage der Jugendlichen zusammenzuführen. Sowohl der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen als auch der Anteil der erfolglos suchenden Ausbildungsplatznachfragenden ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen erreichte mit 73.400 einen neuen Höchststand. *(Quelle: www.bibb.de/de/pressemitteilung_183868).*

*Ungeachtet dessen, reduzieren Arbeitsagentur und Jobcenter des Kreises Mettmann weiter Förderkapazitäten, als ob die Bedarfe hier andere wären.** Fakt scheint zu sein, dass im Kreis Mettmann nach dem „Riss", den die Pandemie und die mit ihr einhergehenden Maßnahmen der räumlichen und sozialen Distanzierung mitbrachten, die betroffene Klientel nicht in dem Maße erreicht wird, wie es notwendig wäre. *Im Kreis Mettmann ist es Fakt, dass die von der Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen zur räumlichen sowie sozialen Distanzierung betroffene Klientel nicht in dem erforderlichen Maß erreicht wird.** Es gelingt also nicht, die Klientel wieder nachhaltig an die Beratung anzubinden. *Zudem wurde uns von Berater*innen des Jobcenters gespiegelt, dass viele Hilfeempfänger*innen die angebotenen Maßnahmen ablehnten und es kaum möglich sei hier - wie vor 2023 und der Einführung des Bürgergeldes - direkt Sanktionen auszusprechen.** Ob Sanktionen ein probates Mittel sind die Hilfeempfänger*innen zu überzeugen, darüber kann man geteilter Meinung sein. Ein Punkt der neuen Bürgergeld-Regelung ist allerdings, dass sich nur die Begrifflichkeiten ändern. Das Wort „Sanktionen" wurde gestrichen, stattdessen ist von „Leistungsminderungen" die Rede. Das ändert jedoch nicht die Begebenheit, dass finanzielle Einbußen bei der Sozialhilfe-Leistung stattfinden und bei einer Zuwiderhandlung nach wie vor eine Verringerung der Bezüge droht. Sanktionen sind, wie zuvor, ab dem ersten Tag möglich. Sie lassen abgestufte Leistungskürzungen von zehn bis 30 Prozent zu.

Festzuhalten bleibt, dass die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Jahr 2023 jahresdurchschnittlich deutlich gestiegen sind. Die Zahl der Erwerbslosen Menschen U25 stagniert weitestgehend. *Der Übergang nach Schulabschluss in den Beruf ist nach wie vor unbefriedigend organisiert*, die Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt haben sich verstärkt und die Einbindung von Menschen mit Fluchthintergrund in das Erwerbsleben funktioniert nicht so wie gewünscht.**

Unsere Aussage vom Vorjahr hat für uns Bestand:

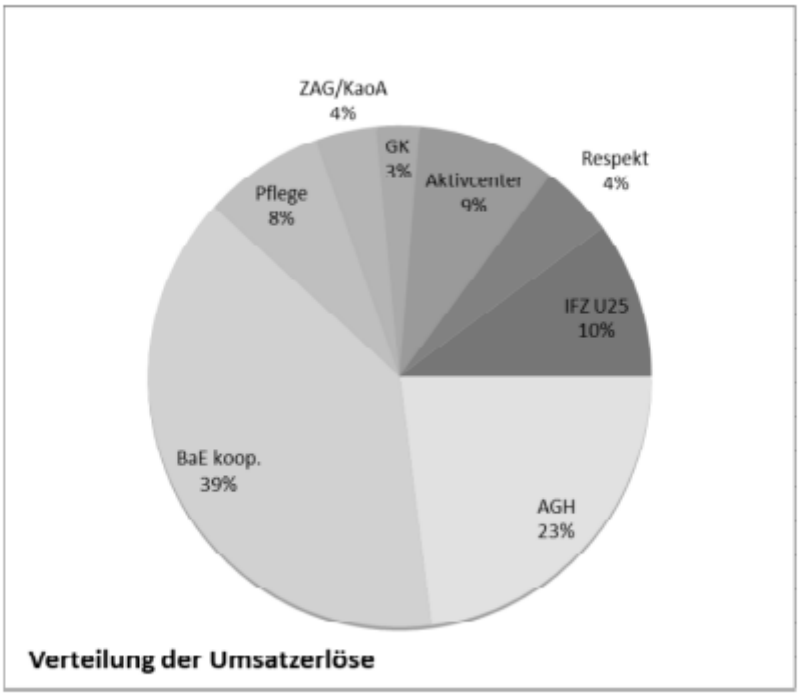
„In Hinsicht auf die Entwicklung am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und den jetzt schon zu beklagenden Arbeits- und Fachkräftemangel, könnte in den kommenden Jahren jedoch von einem erhöhten Bedarf an beruflicher Qualifikation ausgegangen werden. Tendenziell wäre dann mit einer besseren Marktlage für Einrichtungen der beruflichen Bildung zu rechnen, da die Zielgruppen für diese Einrichtungen für einen Arbeitsmarkt qualifiziert und vorbereitet werden müssen."

2. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2023 bildeten folgende Maßnahmen die wesentlichen Schwerpunkte unserer Förderarbeit:

	Projekt	*Gesetzliche Verankerung*
1.	AGH „für aktiv"	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
2.	AGH „SH-Möbellager" *bis März*	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
3.	AGH „Industriestr."	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
4.	AGH „Fahrradwerkstatt" Langenfeld	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
5.	AGH „Fahrradwerkstatt" Hilden	Arbeitsgelegenheiten, Zusätzliche Beschäftigung, gem. § 16d SGB II
6.	Aktivcenter U25	individuelles Aktivcenter, gem. § 16 I SGB II i.V.m. § 45 I S. 1 SGB III
7.	BaE koop	Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung nach § 76 SGB III – kooperatives Modell –
8.	Fahrradservice für Bedürftige *Sept. bis Dez.*	Im Rahmen des „Stärkungspakt NRW", verortet bei der Stadt Hilden
9.	Grundkompetenzen *ab Juli*	„Grundkompetenzen" nach § 81 Abs. 3a SGB III bzw. § 16 Abs. 3a SGB II i. V. m. § 81 Abs. 3a SGB III
10.	IFZ U25	„INDIVIDUELL UND FLEXIBEL FÜR DEINE ZUKUNFT" nach § 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 Abs. 1 S. 1 SGB III / U25
11.	KAoA	Potenzialanalyse für Schüler/-innen der Jahrgangsstufe 8 i.R. „Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf NRW"
12.	„Pflege"	„freie Förderung nach Förderantrag" auf Grundlage der §§ 16f SGB II und 23 und 44 BHO
13.	Respekt	Gem. § 16 F SGB II
13.	ZAG	Zukunft aktiv gestalten, i.R. der städt. Förderung der Stadt Hilden
14.	Module	z.B. Grundausbildungslehrgänge und Prüfungsvorbereitung für externe Betriebe

Die Verteilung der angebotenen Hilfemaßnahmen hat sich im Vergleich zum Vorjahr etwas mehr verteilt.



Verteilung der Umsatzerlöse

Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ist Herr Bürgermeister Dr. Claus Pommer. Das Ratsmitglied, Herr Florian Große-Allermann, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates. Herr Olaf Schüren ist alleiniger Geschäftsführer der Bildung³ gemeinnützigen GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein. Seine finanziellen Mittel erhielt der Betrieb - wie in den Jahren zuvor - im Wesentlichen von der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Mettmann (ME-aktiv), die die Kosten des betreuenden Personals weitgehend übernahm. Die Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein trugen im Jahr 2023 als Gesellschafter mit einem Zuschuss in Höhe von insgesamt 390.000 Euro zum Betrieb der Gesellschaft bei.

Im Jahr 2023 weisen wir einen Jahresüberschuss in Höhe von 34.120 Euro aus. Zum Ende des Jahres 2023 beschäftigte die Gesellschaft 30 Vollzeit- bzw. Teilzeitkräfte (incl. der einen städt. Angestellten der Stadt Monheim am Rhein) und zwei Honorarkräfte zur Durchführung der genannten Projekte. In den Projekten wurden Ø ca. 170 Teilnehmer*innen ausgebildet, qualifiziert oder anderweitig gefördert. Darüber hinaus befanden sich 32 Hildener Jugendliche in der Betreuung des Projektes KaoA.

3. Lage

a) Vermögens- und Finanzlage

Die Bildung³ gemeinnützigen GmbH der Städte Hilden, Langenfeld und Monheim am Rhein ist vom zuständigen Finanzamt als gemeinnützig anerkannt; Körperschaftssteuer ist deshalb nicht anzusetzen. Nach wie vor erfüllt die Gesellschaft den Gegenstand der Errichtung und des Betriebes von Einrichtungen, die der Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in das Arbeitsleben dienen.

Die Gesellschaft schloss zum Ende des Geschäftsjahres 2023 mit einem positiven Bilanzergebnis ab. Unsere Finanzlage ist z. Zt. als gesichert zu bezeichnen, die Kapitalstruktur ist nach wie vor ausgewogen. Im Verlauf des Geschäftsjahres verfügte die Gesellschaft über

eine gute, ausreichende Liquidität. Die Geschäftsführung ist bestrebt, in jedem Fall eine ausreichende Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, um den regelmäßigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Zu Liquiditätsengpässen ist es im Jahr 2023 nicht gekommen.

Das Umlaufvermögen betrug zum 31.12.2023, 655.031 Euro (im Vorjahr 590.409 Euro).

b) Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage ist den vorangegangenen Absätzen zu entnehmen. Im Wesentlichen generierten sich unsere Einnahmen aus den Angeboten, die wir für die Arbeitsagentur und das Jobcenter durchführten. Hier verteilen sich allerdings die Einnahmen auf mehrere Projekte, was sich bei einem Verlust einer oder mehrerer Maßnahmen weniger dramatisch auf die Gesamtsituation auswirkt.

Im Wirtschaftsplan 2023 gingen wir von Gesamterlösen in Höhe von 2.704.693 EUR aus. Der Jahresabschluss weist Umsatzerlöse inklusive sonstiger betrieblicher Erträge in Höhe von 2.411.439 EUR auf. Diese Abweichung ist im Wesentlichen dem Verlust von Bildungsmaßnahmen, bzw. der Reduzierung von Maßnahmeplätzen geschuldet.

Die Geschäftsführung bewertet die Gesamtvermögens- und Ertragslage als geordnet und den Umständen entsprechend als solide. Einnahmeverluste durch nichtsteuerbare Fehlbelegungen von Teilnehmerplätzen, Verlusten durch ganze Maßnahmen und Streichungen von Platzkontingenten, sowie Kostensteigerungen, vor allem im Personalbereich, konnten weitestgehend kompensiert werden.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzielle Leistungsindikatoren ziehen wir für unsere interne Unternehmenssteuerung insbesondere die Personalaufwandsquote (95,6% /Vorjahr 93,1%) und den Cash-Flow (Finanzmittelbestand am Ende der Periode TEUR 490.5 / Vorjahr TEUR 365,7) heran.

5. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die nicht finanziellen Leistungsindikatoren sind im Wesentlichen die hohe Qualifikation des Maßnahmenpersonals und das über die vielen Jahre hinaus erworbene fachliche Know-how. Die Bildung³ gGmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die Bemühungen hinsichtlich Integrationsquote und Teilnehmerzufriedenheit weiter intensiviert und das gesamte Handeln an diesen Qualitätskriterien ausgerichtet. Die Integrationsquote (IFZ, BaE, ZAG, Respekt, AC 25, Pflege) lag bei 48,4%. Die Teilnehmerzufriedenheit lag bei 97%. Bei der Integrationsquote ist zu beachten, dass sämtliche Maßnahmen nicht auskömmlich seitens der Auftraggeber besetzt wurden. Das bedeutet, dass die Mitarbeiter*innen auch nicht die Möglichkeit hatten, bedarfsgerecht und entsprechend der individuellen Voraussetzungen der Teilnehmer*innen zu agieren. Oder einfach gesagt: es bestand nicht die Möglichkeit auszuwählen. Von daher ist die erreichte Integrationsquote als gut zu bewerten.

III. Prognosebericht

Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 markiert in vielerlei Hinsicht eine Zeitenwende und wird auch langfristige ökonomische Auswirkungen haben. *Insgesamt hat Deutschland die wirtschaftlichen Folgen bislang gut bewältigt.** Weder ist es zu einer akuten Energieknappheit gekommen, noch mussten Betriebe flächendeckend ihre Produktion einstellen oder Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen. Vor dem Hintergrund des Krieges in Osteuropa sowie der daraus

resultierenden Inflations- und Kostendynamik ist eine Aussage über die Ergebnisentwicklung in 2024 mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Natürlich können die Entwicklungen auf diesem politischen Feld auch direkt Auswirkungen auf den Bildungsmarkt haben. Im Ergebnis der Haushaltsberatungen wurde der Beitrag für das Bürgergeld gegen die vorherigen Planungen defacto gekürzt. Die jetzt vorgenommenen Kürzungen werden mit „Verbesserungen beim Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten" begründet, die zu geringeren Ausgaben in Höhe von 500 Millionen Euro in 2024 führen sollen. Durch stärkere Sanktionen für „Totalverweigerer" werden zudem Minderausgaben in Höhe von 150 Millionen Euro erwartet. Gekürzt wird auch bei den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit - um 50 Millionen Euro auf 4,15 Milliarden Euro *(die Zahlen sind dem Gesetzentwurf - hib 42/2024 entnommen)*. Dies soll durch die Streichung des Bürgergeldbonus gelingen. Bisher erhielten erwerbsfähige Leistungsberechtigte einen Bonus in Höhe von 75 Euro für jeden Monat der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen. Inwieweit letztendlich unsere Arbeitsfelder betroffen sind, bleibt abzuwarten. Eine erste Auswirkung vor Ort ist die Ankündigung des Jobcenters, die AGH-Plätze kreisweit um 20% zu kürzen. Inwieweit weitere Eingriffe in die bestehende Angebotsstruktur erfolgen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erkennen und wird auch nicht kommuniziert.

Für das Jahr 2024 wurde ein ausgeglichener Wirtschaftsplan erstellt. Das Umsatzniveau für das Jahr 2024 kann zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht beziffert werden, da dies maßgeblich davon abhängt, welche Fördermaßnahmen letztendlich von den Bedarfsträgern weiter gefördert werden. War dies in der Vergangenheit für uns als Anbieter dieser Fördermaßnahmen wenigstens temporär noch halbwegs absehbar, so ist seit einiger Zeit das Handeln der Agentur für Arbeit und des Jobcenters kaum vorhersehbar. Mitunter werden ausgeschriebene Maßnahmen nach einem Jahr Laufzeit wieder eingestellt und ersatzlos gestrichen. Aus unserer Sicht dringend notwendige Fördermaßnahmen (z.B. außerbetriebliche Ausbildung, praxisorientierte Maßnahmen für Geflüchtete) werden zurückgefahren oder sind kaum mehr Thema. Bei den eventuellen Ausschreibungen in 2024 gehen wir von einer erneuten Auftragserteilung durch das Regionale Einkaufszentrum aus. Sollten Verluste oder Einschnitte erfolgen, müssen sowohl Erlöse als auch Kostenanpassungen ergebnisneutral vorgenommen werden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass Personal freigestellt werden müsste. Inwieweit ein ausgeglichenes Ergebnis für das Geschäftsjahr 2024 realistisch ist, hängt also hauptsächlich davon ab, ob die Bedarfsträger die Maßnahmeplätze auskömmlich mit Teilnehmer*innen bestücken und ob im Falle des Verlustes einiger Projekte durch einen Zugewinn neuer Fördermaßnahmen eine Kompensation realisiert werden kann. Es besteht natürlich weiterhin das Risiko, dass geplante Hilfemaßnahmen verschoben oder abgesagt werden.

Aufgrund der unbeständigen Rahmenbedingungen für unsere Geschäftsentwicklung ist es erforderlich, zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes und zum Erhalt des qualifizierten Personals, laufend für eine entsprechende Auslastung und damit Finanzierung der durchgeführten Projekte zu sorgen. Um dieses zu gewährleisten, werden die Projekte und insbesondere die Teilnehmerzahlen fortlaufend evaluiert, um rechtzeitig durch entsprechende Anpassungen (z. B. zeitnahe Meldung von Fehlbelegungen an die Bedarfsträger, Sichtung und Bewerbung auf neue Maßnahmen) auf Veränderungen reagieren zu können. Etwaige betriebliche Aufwendungen (Materialaufwendungen und Personalaufwand) entwickeln sich im Bedarfsfall im Wesentlichen analog zur Leistungsausweitung. Sie sind abhängig von stattfindenden oder nicht realisierten Projekten.

Wir behalten die o.g. finanziellen Leistungsindikatoren im Auge. Seit 2016 hat sich die Personalaufwandsquote kaum verändert. Sie lag zwischen 93% und 95%. Der Finanzmittelbestand ist auf einem hohen Niveau.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements nach DIN EN ISO 9001: 2015 und der Anerkennung unserer Gesellschaft als Trägerin nach AZAV steht für dieses mit besonderen Risiken behaftete Aufgabengebiet ein umfangreiches Risikomanagementsystem zur Verfügung. Die Ziele des Risikomanagementsystems der Gesellschaft liegen darin, eventuelle Risiken, die einen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit haben, frühzeitig zu erkennen und zu analysieren, um angemessen darauf reagieren zu können. Insgesamt ist die Gesellschaft solide aufgestellt, und die Fortführung des Unternehmens kann trotz Energiekrise und Krieg in der Ukraine als sichergestellt gelten, sofern die von Bund und Ländern vorgesehenen Maßnahmen zur Absicherung der Sozialwirtschaft ausreichend ausgestaltet sind und die Krisen sich nicht weiter zuspitzen.

IV. Chancen und Risikobericht

1. Risikobericht

Nach wie vor ist die Erreichung positiver operativer Ergebnisse im Wesentlichen von der Belegung der Maßnahmeplätze durch die Auftraggeber abhängig. Die restriktive Regelung der 70%igen „Durchfinanzierung" der Fördermaßnahmen macht eine passgenaue Personalplanung schwierig. Hinzu kommt ebenfalls der Fachkräftemangel im Bereich Bildung und Fortbildung. Durch die unbeeinflussbare Abhängigkeit von politischen Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die sich auf die Gestaltung der Fördermaßnahmen auswirken, unterliegt die Bildung³ gGmbH mit ihren Angeboten naturgemäß einem finanziellen Risiko. Die Gesellschaft konnte in den vergangenen Jahren die Risiken durch veränderte Rahmenbedingungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik weitestgehend erfolgreich auffangen. Die Angebotsstruktur wurde - wo möglich - bedarfsgerecht entsprechend weiterentwickelt oder angepasst. Der Wettbewerb bei den Ausschreibungen mit konkurrierenden Bildungsträgern ist allerdings nur die eine Hürde. Die Belegung der gewonnen Maßnahmeplätze durch die beauftragenden Behörden ist das größere Problem. Die Bedarfe für Fördermaßnahmen werden seitens des Jobcenters und der Arbeitsagentur zwar festgestellt. Im Nachgang sind die Fachkräfte beider Behörden allerdings kaum in der Lage die eingekauften Plätze durchgängig zu belegen. Somit liegen zum einen in den Projektausschreibungen der Bedarfsträger und im Nachgang in deren auskömmlichen Belegung der Plätze nach wie vor die größten Risiken. Die stringente Wettbewerbsorientierung und unsicher werdenden Projektbeauftragungen von Landes- und Bundesseite könnten sich negativ auf die Gesellschaft auswirken. Ob und welche Projektierungen an den Markt gebracht werden und ob diese auch regional ausgeschrieben werden, erfährt man erst am Tag der Veröffentlichung. Von daher ist die finanzielle Planung für das Jahr 2024 vorsichtig, auf der Grundlage der Belegungszahlen des Vorjahres vorgenommen worden. Mögliche Veränderungen, z. B. den Verlust von Maßnahmen oder Kürzungen der Platzkontingente, müssten durch Gegensteuerung kompensiert werden. Die Ertragslage des Unternehmens kann sich daher von Jahr zu Jahr verändern. Einen Ausgleich reduzierter oder wegfallender Zuschüsse durch eine Steigerung von Umsatzzahlen wie in anderen Unternehmen ist aufgrund des Geschäftsmodells, der Ausrichtung auf die Zielgruppe von jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen und die pädagogischen Aufgabenstellungen, nur bedingt zu realisieren.

Auf verschiedenen Ebenen lassen sich die o.g. Risiken skizzieren:

- Alle Maßnahmen werden im Rahmen der bundesweiten Ausschreibungen auf der sog. „e-Vergabe-Plattform" von den Regionalen Einkaufszentren an den Markt gebracht. Vertragspartner sind somit nicht die Arbeitsagenturen oder Jobcenter vor Ort, sondern die Regionalen Einkaufszentren
- Die Maßnahmen sind i.d.R. nicht durchfinanziert, das bedeutet, dass nur ein festgelegter Anteil der Platzkontingente (i.d.R. 70%) garantiert finanziert wird. Dies macht eine solide Personalplanung schwer möglich

- Die eingekauften Maßnahmeplätze werden von den Fachkräften der Arbeitsagentur und des Jobcenters vor Ort nicht ausschöpfend besetzt. Dies bedeutet eine Gefahr der ständigen Unterbelegung der Maßnahmen, bei gleichzeitigem Personalüberhang und somit die Gefahr nichtgedeckter Kosten für den anbietenden Träger
- Zudem drohen aufgrund der Nichtbesetzung der Teilnehmerplätze die Streichungen dieser Förderangebote *(Begründung: Für die Bedarfsträger ist die „Fehlbelegung" von Maßnahme-Plätzen in diversen Projekten gleichbedeutend mit einem fehlenden Bedarf am Markt für diese Leistung!)*
- Die Kommunikation mit den Fachkräften beider Bedarfsträger vor Ort reduziert sich weitestgehend auf restriktive Maßnahme Prüfungen. Ein kreativer, regelmäßiger Austausch zur Entwicklung der Förderarbeit findet selten statt. Hinzu kommt ein hoher Personalausfall aufgrund von Krankheit und eine zunehmende Fluktuation beim Personal der Behörden
- Die mittelfristige Planung von Projekten unsererseits ist nur schwer möglich, da zum einen die Bildungsträger des Kreises im Meinungsbildungsprozess der Arbeitsagentur und des Jobcenters keine Rolle spielen und zumindest aus unserer Perspektive keine klare „Masterplanung" stattfindet
- Geeignetes Personal ist unter diesen Umständen am Markt schwer zu generieren

Im Fall von rückläufigen Erträgen besteht das Risiko, dass sich der Personalaufwand nicht genauso schnell reduzieren lässt wie der Ertragsrückgang möglicherweise stattfindet. Das ist das größte Personalrisiko. Die zahlreichen, langjährigen Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen befristeter Arbeitsverträge bilden im Falle eines Klageweges, ebenfalls ein nicht zu unterschätzendes internes Risiko für die Gesellschaft. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und die damit verbundenen enormen Mehraufwendungen bestätigen die Geschäftsführung darin, dass die Bindung an den TVöD für die Gesellschaft langfristig ein Problem werden könnte. Umso mehr, da ja nach wie vor nicht klar ist, ob und wie der Plan der letzten großen Koalition, die Rahmenbedingungen befristeter Arbeitsverträge zu verändern (vergl. Entwurf KoaV S. 52), von einer neuen Regierung doch umgesetzt wird. Der unverhältnismäßig hohe Tarifabschluss im öffentlichen Dienst im Jahr 2023 bestätigt die Bedenken der Geschäftsführung. Für das Jahr 2024 wurden die städtischen Zuschüsse je Kommune um 20.000 Euro erhöht.

Äußeren Umständen wie einer Pandemie oder einer Energiekrise begegnen wir, wie andere Betriebe auch. Wir handeln aktiv im Rahmen unserer Möglichkeiten. Der Willfährigkeit unserer Auftraggeber bei der Entscheidung ob Fördermaßnahmen am Markt platziert werden oder nicht, sind wir allerdings vollends ausgeliefert. Solange wir die Möglichkeit haben uns aktiv in verändernde Prozesse einzubringen, helfen uns unsere Erfahrung, unsere Zielstrebigkeit und unsere Flexibilität dabei diesen Prozessen adäquat zu begegnen. Schwierig wird es, wenn uns die eigene Einflussnahme und die Gestaltungsmöglichkeit genommen werden. Eine langfristige Prognose ist - wie in den vielen Jahren zuvor - aufgrund der Entwicklung am und unserer Abhängigkeit vom Bildungsmarkt daher nicht möglich.

Bestandsgefährdende Risiken oder eine akute Gefährdung der Gesellschaft insbesondere mit Auswirkungen auf die Liquidität lässt die aktuelle Bilanz zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen.

2. Chancenbericht

Eine sehr positive Nachricht gegen Ende des letzten Jahres war, dass das Arbeitsministerium nach einer Protestwelle seinen Plan, junge Arbeitslose nicht mehr durch die Jobcenter betreuen zu lassen, verwarf. Ziel war, die Betreuung der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung zu finanzieren. Auf diese Weise sollten 900 Millionen Euro im Bundeshaushalt eingespart werden. Kritiker wie der Städtetag und der Landkreistag warnten vor einer schlechteren Betreuung für die rund 750.000 Betroffenen, weil die Arbeitsagenturen

in diesem Bereich nicht über die gleiche Expertise verfügten wie die spezialisierten Jobcenter. Auch der Bundesrechnungshof, die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Fraktionen von SPD und Grünen und die Opposition äußerten sich kritisch zu den Sparplänen, was letztendlich zu einem Umdenken bezüglich dieses Vorhabens führte. Diese Entscheidung hat natürlich einen nachhaltigen Einfluss auf möglichen Fördermaßnahmen die zukünftig im Südkreis Mettmann angeboten werden könnten. Die Zielgruppe U-25 ist auch in unserem Maßnahme Portfolio eine Dominante.

Vor diesem Hintergrund sind unsere Erkenntnisse bezüglich der Anforderungen an Auszubildende aufgrund der vielen Kooperationen mit der Wirtschaft ebenfalls wichtig. Fachliche Kenntnisse sind absolut wichtig - keine Frage. Sich entsprechendes Wissen im Laufe der Ausbildung anzueignen, ist essentiell. Darüber hinaus legen Arbeitgeber*innen aber auch immer größeren Wert auf sogenannte Soft Skills wie Kommunikationsfähigkeit, Teamwork und Flexibilität der Auszubildenden. Letzteres gilt vor allem in Bezug auf die bereits angesprochenen Themen KI und Digitalisierung: *Wer hier keine permanente Lernbereitschaft zeigt und offen für neue Entwicklungen ist, wird beruflich spätestens in ein paar Jahren kaum mehr mithalten können – unabhängig von der jeweiligen Branche, in der man beschäftigt ist. Solche Trainings scheinen ebenfalls ein neu zu entdeckendes Feld für Bildungsträger zu sein.**

Eine weitere Maßnahme lässt ebenfalls aufhorchen: Die Initiative „Jobturbo". Mit einem sog. Jobturbo will die Bundesregierung Geflüchtete schneller in Arbeit bringen. Sie sollen enger betreut und gezielter vermittelt werden. *Hatten wir als Träger die letzten Jahre kaum noch mit dieser Zielgruppe zu tun - schlicht und ergreifend, weil keine diesbezüglichen Fördermaßnahmen mehr von den Bedarfsträgern ausgeschrieben wurden - scheint sich im Jahr 2024 hier wieder etwas zu bewegen.**

Aus der Weisung der Bundesagentur für Arbeit, 202401004, vom 05.01.2024 - Beratung, Vermittlung und Förderung geflüchteter Menschen mit Arbeitsmarktzugang:

„Der Einstieg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kann, soweit sinnvoll und notwendig, mit integrationswirksamen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten unterstützt werden. Die Aufnahme einer Beschäftigung kann nach Prüfung des jeweiligen Einzelfalls zusätzlich mit einem Berufssprachkurs des BAMF unterstützt oder begleitet werden. […] Ziel ist es, dass Geflüchtete nach einem absolvierten Integrationskurs so schnell wie möglich Arbeitserfahrung sammeln und ihre Hilfebedürftigkeit verringern bzw. beenden. Um eine potenzialadäquate Integration in den Arbeitsmarkt zu erzielen, kann - wo möglich und sinnvoll - weiter qualifiziert werden."

*Das klingt zunächst einmal wenig spektakulär, ist es doch ohnehin die Aufgabe der Arbeitsagentur dafür zu sorgen, dass die Menschen mit Bleiberecht in den Arbeitsmarkt integriert werden.** Nach unserer Beobachtung wurden aber - zumindest im Kreis Mettmann - augenscheinlich andere Schwerpunkte bei anderer Klientel gesetzt. Die letzten Maßnahmen, die explizit für diese Klientel von uns durchgeführt wurden, endeten im Sommer 2019. Es ist möglich, dass aufgrund der bundesweiten Weisung auch hier vor Ort wieder Maßnahmen für Geflüchtete initiiert werden.

Zudem lässt sich sagen, dass eine ungedeckte Nachfrage nach qualifizierten Facharbeitenden einem Angebot geringqualifizierter Arbeitskräfte, auch mit Fluchthintergrund gegenübersteht, für welche die Nachfrage immer mehr abnimmt. Gleichzeitig wird formalen Qualifikationen nach wie vor ein hoher Stellenwert zugeschrieben; oft sind sie entscheidend für das persönliche Vorankommen. *Diese Tatsache erschwert den Arbeitsmarktzugang für Geringqualifizierte und Geflüchtete zusätzlich, da gesammelte Berufserfahrung ohne entsprechenden formalen Nachweis oftmals geringer angesehen und bewertet wird.** Auch hier liegt ein großes Potential an Möglichkeiten der Förderung.

Die Geschäftsführung kontrolliert zyklisch die Durchführung der Aufgaben und der daraus abzuleitenden Maßnahmen mit dem Ziel der ständigen Qualitätsverbesserung bestehender und vereinzelt

auch der Entwicklung neuer Angebote. Es geht hierbei nicht um den Ausbau, sondern um die Behauptung der Marktposition.

Bei möglichen Ausschreibungen in 2024 gehen wir von einer erneuten Auftragserteilung durch das Regionale Einkaufszentrum aus. Ob alle Verlängerungsoptionen von laufenden Maßnahmen gezogen werden ist noch nicht erkennbar.

3. Gesamtaussage

Die Gemeinsame Stellungnahme des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2023 skizziert einmal mehr die Aufgaben, die es mittelfristig zu bewältigen gibt:

„Verschiedene krisenhafte Entwicklungen haben in den vergangenen Jahren auf den Ausbildungsmarkt gewirkt oder wirken immer noch auf ihn ein. Hier sind insbesondere die Auswirkungen der Coronapandemie und aktuell der russische Angriffskrieg in der Ukraine mit den Folgen gestörter Lieferketten, steigender Energiepreise, Beschleunigung der Energiewende und massiver Fluchtbewegungen zu nennen. Auf dem Ausbildungsmarkt ist es trotz steigender Stellenangebote bei sinkender Nachfrage noch nicht gelungen, zum Vorkrisenniveau zurückzukehren. Mit Blick auf die Berufsbildung insgesamt muss es das Ziel sein, die Folgen der aktuellen Krisen zügig zu überwinden und gestärkt aus der Situation hervorzugehen. Deshalb sprechen sich die drei Bänke im BIBB-Hauptausschuss dafür aus, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, um alle Potenziale zu heben. Die Besetzung offener Ausbildungsplätze und die Versorgung von Bewerberinnen und Bewerbern schließen einander nicht aus, sondern sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen, ist eine frühzeitige, durchgängige und praxisorientierte berufliche Orientierung. Beim Übergang zwischen Schule und Beruf muss die Zahl der unbekannt Verbliebenen gesenkt werden. Ein funktionierender Datenaustausch zwischen den Schulen und den Agenturen für Arbeit sowie den Jobcentern schafft die Grundlage für eine gezielte und individuelle Unterstützung. In diesem Zusammenhang versprechen die Jugendberufsagenturen als rechtskreisübergreifende Zusammenschlüsse der beteiligten Verwaltungseinheiten viele Vorteile. Noch immer verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne Abschluss, was den Einstieg in Ausbildung erschwert. Sie laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren und in Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen. Auch hier ist eine wirkungsvollere individuelle Unterstützung in der Schule und beim Übergang in Ausbildung notwendig."

Die o.g. Problemfelder werden von der Bildung³ gGmbH bereits bedient. Die kommunale Jugendberufsagentur der Stadt Hilden ist sogar ein direktes Ergebnis unserer jahrelangen Arbeit des Projektes ZAG - Zukunft aktiv gestalten. Woran sowohl Auftraggeber, als auch Auftragnehmer weiterarbeiten müssen, ist der enge fachliche Austausch, um frühzeitig sich abzeichnende Trends und Problemlagen rechtzeitig zu erkennen und diesbezügliche Fördermöglichkeiten an den Markt zu bringen. Ein anspruchsvolles Jahr 2024 liegt vor uns.

V. Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem

Unser internes Kontrollsystem umfasst alle Formen von Überwachungsmaßnahmen, die unmittelbar oder mittelbar in die zu überwachenden Arbeitsabläufe integriert sind (prozessabhängige Überwachung). Beschrieben sind alle diesbezüglichen Maßnahmen in unserem Qualitätshandbuch (gem. DIN EN ISO 9001:2015 und Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung- AZAV). Zudem sind in den individuellen Stellenbeschreibungen die Zuständigkeiten und Aufgabengebiete aller Mitarbeiter*innen festgelegt.

Im Bereich Verwaltung überwacht die Geschäftsführung zeitnah, laufend alle Geschäftsvorfälle, insbesondere den laufenden Zahlungsverkehr. Zudem wertet ein externes Unternehmen (Steuerberater) laufend die Ergebnisse der Finanzbuchhaltung aus. Hierzu wird der Geschäftsführung eine periodische Berichterstattung - „Betriebswirtschaftliche Auswertungen" - zur Verfügung gestellt. Der Steuerberater begleitet zudem den jeweiligen Jahresabschluss, sowie die Lohn- und Finanzbuchhaltung.

Verwaltet wird die Finanzbuchhaltung über das Programm „DATEV-Rechnungswesen". Über dieses Programm werden ebenfalls alle Transaktionen getätigt. Die Lohnabrechnung erfolgt auch mit Hilfe eines Programmes der Firma DATEV.

VI. Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschlussstichtag eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB) sind nicht vorhanden.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von insgesamt 12 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 58,3 %). Damit wird dem in § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent entsprochen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nah § 5 LGG liegt für die Gesellschaft für das Jahr 2023 nicht vor.

3.4.1.4 Stiftung Haus Graven gGmbH

Basisdaten

Anschrift	Konrad-Adenauer-Platz 1, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadt Langenfeld Rhld. 100 %
Gegenstand	Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege (§ 52 Abs.2 Nr. 6 AO) und die Förderung von Kunst und Kultur (§ 52 Abs. 2 Nr. 5 AO) sowie die Förderung des Natur- und Umweltschutzes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder (§ 52 Abs. 2 Nr. 8 AO). Die Gesellschaft verwirklicht ihre Satzungszwecke durch den dauerhaften öffentlichen Erhalt des Baudenkmals „Wasserburg Haus Graven“, die Förderung, die Initiierung und /oder Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen insbesondere für Spender und Multiplikatoren, die Förderung von Kunst- und Geschichtsausstellungen sowie kulturellen und Geschichtlichen Bildungsveranstaltungen in den Räumlichkeiten des Baudenkmals „Wasserburg Haus Graven“. ;die Einrichtung eines Umwelt- und Klimaschutzzentrums sowie die Förderung von Bildung auf dem Gebiet des Natur-, Klima- und Umweltschutzes mit dem Ziel, vor allem Kinder und Jugendliche aber auch Erwachsene an die Themen Natur-, Umwelt- und Klimaschutz heranzuführen und zu sensibilisieren; die Durchführung von Umwelt- und Klimaschutzprojekten und -veranstaltungen.
Gründungsdatum	23.09.2020
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 04.09.2020
Stammkapital	25.000,00 € **<u>Aufteilung des Stammkapitals:</u>** Stadt Langenfeld 25.000,00 €

Geschäftsführung	Frau Dr. Hella-Sabrina Lange
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Gesellschafterversammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Herr Georg Loer Frau Jasna Franz Herr Dieter Braschoss Frau Hiltrud Markett Herr Sven Lucht Herr Andreas Krömer Herr Torsten Fuhrmann Frau Birgit Radke Herr Carsten Nummert Frau Elke Horbach Herr Frank Noack
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2023 über 1 Mitarbeiterin
Wirtschaftsprüfer	Herr Fuchs und Herr Schellhorn EversheimStuible Treueberater

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Stiftung Haus Graven gGmbH verfolgt das Ziel, die historische Wasserburg Haus Graven, dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, den Denkmalschutz zu pflegen und Haus Graven durch kulturelle Veranstaltungen sowie als Bildungsstätte für Umwelt- und Klimaschutz zu beleben. Es ist das Ziel, die dauerhafte Zugänglichkeit der historischen Wasserburg aufrechtzuhalten und das bedeutende Kulturdenkmal als lokalen und regionalen Identifikationsort zukünftigen Generationen zu erhalten. Dabei soll den sich wandelnden gesellschaftlichen Prozessen Rechnung getragen und die Wasserburg als intergenerationeller Begegnungsort erlebbar gemacht werden. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[3]

[3] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

AKTIVSEITE	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.422,00	4.492,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
sonstige Vermögensgegenstände	0,00	199,92
II. Guthaben bei Kreditinstituten	98.385,56	113.987,49
C. Rechnungsabgrenzung	285,60	0,00
	103.093,16	118.679,41

PASSIVSEITE	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	100.000,00	100.000,00
III. Bilanzergebnis	-35.307,52	-10.728,56
	89.692,48	114.271,44
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	5.300,00	4.000,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung	745,61	121,38
2. sonstige Verbindlichkeiten	655,07	286,59
(davon aus Steuern: 31.12.2023 655,07 € 31.12.2022 286,59 €)		
D. Rechnungsabgrenzung	6.700,00	0,00
	103.093,16	118.679,41

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse	34.596,60	38.009,00
2. sonstige betriebliche Erträge	20.952,00	40.000,00
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	46.206,53	39.617,06
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.286,44	7.822,42
davon für Altersversorgung: 0,00 €, Vorjahr: 0,00 €		
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.977,99	1.500,53
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	22.656,60	20.109,05
6. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-24.578,96	8.959,94
7. Ergebnisvortrag	-10.728,56	-19.688,50
8. Bilanzergebnis	**-35.307,52**	**-10.728,56**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	87,00	96,29	-9,29
Eigenkapitalrentabilität	-39,37	-9,39	-29,98
Anlagendeckungsgrad 2	2.028,32	2.543,89	-515,57
Verschuldungsgrad	7,47	3,86	+3,61
Umsatzrentabilität	-102,05	-28,23	-73,82

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

Ziel der im Jahr 2020 als 100%ige Tochter der Stadt Langenfeld gegründeten Stiftung Haus Graven gGmbH ist die dauerhafte Zugänglichmachung der historischen Wasserburg Haus Graven und die Pflege des Denkmalschutzes. Ferner besteht der Zweck darin, Haus Graven durch kulturelle Veranstaltungen sowie als Bildungsstätte für Umwelt- und Klimaschutz zu beleben. Zudem ist es gem. Satzung das Ziel, das bedeutende Kulturdenkmal als lokalen und regionalen Identifikationsort zukünftigen Generationen zu erhalten. Dabei soll den sich wandelnden gesellschaftlichen Prozessen Rechnung getragen und die Wasserburg als intergenerationeller Begegnungsort erlebbar gemacht werden.

Geschäftsverlauf 2023

Nachdem der reguläre Betrieb zum zweiten Quartal des Vorjahres nach umfangreichen Umbaumaßnahmen aufgenommen werden konnte, gestaltete sich das Jahr 2023 erstmalig als vollumfängliches Betriebsjahr mit der Einschränkung, dass aufgrund bestehender Personalvakanz im Bildungszentrum für Klima- und Umweltschutz keine Veranstaltungen entwickelt und gefördert werden konnten.
Hingegen hat die gGmbH im Rahmen ihrer koordinierenden und organisatorischen Tätigkeit für die Wasserburg Haus Graven insbesondere die Veranstaltungskoordination für den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. umgesetzt und zahlreiche Drittnutzungen (Trauungen, Feierlichkeiten und Firmenevents) ermöglicht.

II. Wirtschaftsbericht

Personalsituation

Neben der Geschäftsführung beschäftigte die Stiftung Haus Graven gGmbH im Geschäftsjahr 2023 eine Mitarbeiterin im Bereich für Projekt- und Veranstaltungsmanagement mit 0,5 VZÄ. Zudem war eine Hausmeisterstelle mit 15 Std. / wöchentlich besetzt. Für die Unterstützungen bei Veranstaltungen wurde ein Pool an freien Mitarbeitern zur Risikominimierung aufgebaut.

Finanzsituation

Die derzeitige Finanzsituation erweist sich als solide, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass die Stiftung Haus Graven gGmbH zusätzliche Kosten im Rahmen der kulturellen Förderung für den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. eingeschränkt auch weiterhin übernimmt. Dies betrifft insbesondere Pflege- und Reinigungsarbeiten. Ebenfalls werden einzelne Maßnahmen der Garten- und Außenanlagenpflege durch die Stiftung Haus Graven gGmbH übernommen.

Es wurden im Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023 Umsatzerlöse in Höhe von 34.596,60 € erzielt. Aufgrund von zeitlichen Mehransprüchen (ca. vier Buchungswochenenden) durch den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. waren die Erlöse im Vergleich zum Jahr 2022 leicht rückläufig.

Seitens der Stadt Langenfeld erhielt die Stiftung Haus Graven gGmbH im Jahr 2023 einen Zuschuss in Höhe von 20.000 €.

Weitere Zuwendungen sind für das Jahr 2023 nicht eingegangen.

Das Vermögen der Stiftung Haus Graven gGmbH besteht im Wesentlichen aus liquiden Mitteln.

Burgcafé
Bereits zum 01.06.2022 wurde ein Pachtvertrag für das Burgcafé für einen Zeitraum von 24 Monaten geschlossen. Aufgrund der besonderen Lage und den damit verbundenen Herausforderungen für einen gastronomischen Betrieb wird für diese ersten 24 Monate kein Pachtzins erhoben, so dass in 2023 keine Pacht gezahlt wurde. Wird der Pachtvertrag darüber hinaus fortgesetzt, wird ein Pachtzins auf der Grundlage der Jahresabschlüsse für das Burgcafé 2022/2023 und soweit für diesen Zeitpunkt vorliegender Steuerbescheide für das Burgcafé gemeinsam von Pächter und Verpächter festgelegt. Dieser Vertrag befindet sich derzeit im Abstimmungsprozess.

III. Tätigkeitsbericht

Im Rahmen ihrer organisatorischen Tätigkeit für die Wasserburg Haus Graven setzte die Stiftung Haus Graven gGmbH die Veranstaltungskoordination für den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. um.

Die Stiftung Haus Graven gGmbH vermietete die Räumlichkeiten für standesamtliche Trauungen, Feierlichkeiten und (Firmen-)Veranstaltungen.
Im Tätigkeitsfeld Vermietungen konnten in 2023 insgesamt 39 standesamtliche Trauungen realisiert werden. 27 weitere Vermietungen fanden statt. Weitere 27 Nutzungen für den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. (Konzerte, Vernissagen, Vortragsveranstaltungen etc.) wurden koordiniert. Im Bereich Klima- und Umweltschutz konnten aufgrund der Stellenvakanz keine Veranstaltungen realisiert werden.
Die Stiftung Haus Graven gGmbH führte sowohl im Kultur- als auch im Natur- und Umweltschutzbereich eigene (Kooperations-)Veranstaltungen durch. Dazu gehörte ein Event im Rahmen der Neanderland Biennale, eine Multiplikatoren-Veranstaltung zur regionalen Kulturpolitik Bergisches Land, eine Lesung sowie eine Kooperationsveranstaltung für Kinder und Jugendliche zur Sensibilisierung für umweltrelevante Themen.

IV. Prognosebericht

Aufgrund der Stellenvakanz im Bereich Klima- und Umweltschutz-Zentrum bei der Stadt Langenfeld werden Projekte erst ab dem 2. Quartal 2024 realisiert werden können.

Derzeit liegen 34 Buchungen (acht bereits realisiert) für standesamtliche Trauungen vor. 16 verbindliche Anmietungen liegen vor.

Ein Zuschuss der Stadt Langenfeld wird auch im Jahr 2024 erfolgen.

Die Geschäftsführung geht für das Jahr 2024 laut Wirtschaftsplanung von einem Jahresfehlbetrag von rd. 11 T€ aus.

Ein Förderantrag für die infrastrukturelle Ausstattung der Räumlichkeiten wurde für 2025 beim Landschaftsverband Rheinland gestellt.

V. Chancen- und Risikobericht

Zur Optimierung der Geschäftsabläufe und zur Transparenz wurde ein auf die Größe und Gesamtsituation der Stiftung Haus Graven gGmbH konzeptioniertes Risikomanagement mit einem entsprechenden Frühwarnsystem entwickelt. Dieses sieht insbesondere ein mittelfristiges Risikomanagement im Bereich Personal vor.

Das wesentliche Risiko der Gesellschaft liegt im Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes und besteht in Form von nicht erfolgten Buchungen der Wasserburg sowie durch Nichtverfügbarkeit von Terminen, die durch den Förderverein Wasserburg Haus Graven e.V. belegt werden. Gestiegene Kosten im Bereich externer Dienstleister und Drittanbieter haben zudem Einfluss auf die Buchungen der Wasserburg. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen sind dabei noch nicht vollständig absehbar.

Der Satzungszweck ist im Geschäftsjahr 2023 erreicht.

3.4.1.5 Bauverein Langenfeld eG

Basisdaten

Anschrift	Richrather Straße 92, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	7.786 Anteile (31.12.2023) zu je 410 € (3.188.909,90 €) verteilen sich auf 2.638 Mitglieder. Beherrschendes Unternehmen ist hierbei die B.L. Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Die Stadt Langenfeld besitzt 791 Anteile (10,16 %)
Gegenstand	Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln, veräußern und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Langenfeld im Rheinland.
Gründungsdatum	29.07.1919
Geschäftsführung	Herr Hubertus Dedeck
Organe	Geschäftsführer, Vorstand, Aufsichtsrat
Vorstand	Herr Michael Spieth, Vorsitzeneder Herr Wolfgang Paumen Frau Gabriele Finger
Aufsichtsrat	Herr Andreas Klett Herr Wolfgang Honskamp

	Frau Monika Ahrend Herr Rolf D. Gassen, Vorsitzender Herr Maximilian Golombowski Herr Jörg Arndt Frau Gabriele Finger Herr Uwe Lucke Herr Arnd Ziervogel, Dipl. Kaufmann Frau Sigrid Junghänel Herr Arno Zollmarsch
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2023 über 22 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e.V.

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Beteiligung ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und ihrer Mitglieder, vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Dies wäre die Dividende aus Bauvereinsanteilen in 2023 in Höhe von 12.972,40 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[4]

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Lizenzen		1,00	257,97
Sachanlagen			
Grundstücke mit Wohnbauten	22.918.000,21		23.461.103,45
Grundstücke mit anderen Bauten	2.042.190,14		2.095.727,14
Grundstücke ohne Bauten	2.858.666,32		2.858.666,32
Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	91.208,39		91.208,39
Betriebs- und Geschäftsausstattung	66.716,77		101.898,39
Bauvorbereitungskosten	794.538,92	28.771.320,75	640.726,28
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	127.822,98		127.822,98
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.300.000,00	2.427.822,98	2.500.000,00
Anlagevermögen insgesamt		31.199.144,73	31.877.410,92
Umlaufvermögen			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
Grundstücke ohne Bauten	3.999,56		3.999,56
Unfertige Leistungen	1.633.028,07		1.504.189,41
Andere Vorräte	11.660,40	1.648.688,03	12.729,39
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	4.686,40		11.629,59
Sonstige Vermögensgegenstände	129.329,25	134.015,65	50.328,88
Flüssige Mittel und Bausparguthaben			
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.211.994,25		1.516.120,71
Bausparguthaben	278.147,16	1.490.141,41	254.611,63
Rechnungsabgrenzungsposten			
Geldbeschaffungskosten		0,00	0,00
Bilanzsumme		34.471.989,82	35.231.020,09

[4] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Bilanz zum 31.12.2023

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Eigenkapital			
Geschäftsguthaben			
der mit Ablauf des Geschäftsjahres			
ausgeschiedenen Mitglieder	61.500,00		143.910,00
der verbleibenden Mitglieder	3.188.909,90		3.058.440,00
aus gekündigten Geschäftsanteilen	14.350,00	3.264.759,90	4.510,00
Rückständige fällige Einzahlungen auf			
Geschäftsguthaben: EUR 0,00			(0,00)
Ergebnisrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	1.513.000,00		1.511.500,00
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr			
eingestellt: EUR 1.500,00			(34.300,00)
Bauerneuerungsrücklage	1.371.595,03		1.371.595,03
Andere Ergebnisrücklagen	6.375.939,85		6.402.949,54
davon aus Bilanzgewinn Vorjahr			
eingestellt: EUR 85.843,12			(0,00)
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr			
eingestellt: EUR 0,00			(100.000,00)
für das Geschäftsjahr entnommen: EUR 112.852,81		9.260.534,88	(0,00)
Bilanzgewinn			
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)	14.215,61		342.537,53
Entnahme aus Ergebnisrücklagen	112.852,81		0,00
Einstellung in Ergebnisrücklagen	1.500,00	125.568,42	134.300,00
Eigenkapital insgesamt		12.650.863,20	12.701.142,10
Rückstellungen			
Rückstellungen für Pensionen	2.225.989,00		2.017.530,00
Sonstige Rückstellungen	83.789,00	2.309.778,00	87.174,00
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.151.340,90		16.015.958,22
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	2.093.317,09		2.228.211,75
Erhaltene Anzahlungen	1.886.494,82		1.808.172,94
Verbindlichkeiten aus Vermietung	36.080,11		57.342,43
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	245.559,13		160.129,84
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	33.706,06		111.436,62
Sonstige Verbindlichkeiten	59.945,18	19.506.443,29	43.922,19
davon aus Steuern: EUR 25.992,21			(14.140,68)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.415,12		4.905,33	(481,38)
Bilanzsumme		34.471.989,82	35.231.020,09

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	6.288.562,55		6.391.818,20
b) aus anderen Lieferungen und Leistungen	82.957,88	6.371.520,43	86.923,35
Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		128.838,66	-134.263,00
Sonstige betriebliche Erträge		54.719,49	52.750,55
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.614.224,48		2.719.265,97
b) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	4.516,77	3.618.741,25	4.600,42
Rohergebnis		2.936.337,33	3.673.362,71
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	864.555,18		855.301,85
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	428.066,36	1.292.621,54	394.261,84
davon für Altersversorgung: EUR 218.645,39			(198.486,30)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		916.660,78	919.399,05
Sonstige betriebliche Aufwendungen		451.295,28	810.155,54
Erträge aus Gewinnabführungen	70.650,45		112.621,43
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	36.750,00		39.750,00
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 36.750,00			(39.750,00)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.306,31	111.706,76	2.411,46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		289.046,39	413.760,77
Steuern vom Einkommen und Ertrag			0,00
Ergebnis nach Steuern		98.420,10	435.266,55
Sonstige Steuern		84.204,49	92.729,02
Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)		14.215,61	342.537,53
Entnahme aus Ergebnisrücklagen		112.852,81	0,00
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklagen		1.500,00	134.300,00
Bilanzgewinn		125.568,42	208.237,53

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	36,70	35,13	+1,57
Eigenkapitalrentabilität	0,99	1,10	-0,11
Anlagendeckungsgrad 2	96,25	101,52	-5,27
Verschuldungsgrad	172,45	171,31	+1,14
Umsatzrentabilität	1,97	4,32	-2,35

Geschäftsentwicklung

1. Gegenstand des Unternehmens

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln, veräußern und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig. Kerntätigkeitsfeld ist die Errichtung und Vermietung von Wohnungen und Häusern in der Stadt Langenfeld im Rheinland.

2. Geschäftsverlauf

Marktsituation im lokalen Umfeld

Die Lage auf dem lokalen Wohnungsmarkt hat sich im Jahre 2023 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Langenfeld ist nach wie vor durch ein knappes Angebot an „bezahlbarem" Wohnraum gekennzeichnet. Aufgrund der momentan sehr volatilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Bausektor wird sich daran auch im laufenden Wirtschaftsjahr 2024 voraussichtlich nichts ändern.

Nachfrage-/Angebotssituation in der Bauverein Langenfeld eG

Die Angebots- und Nachfragesituation hat sich im Geschäftsjahr 2023 wie schon in den Vorjahren unverändert als entspannt dargestellt. Es zeichnet sich ein zunehmender Bedarf an sehr preiswerten Wohnungen ab. Im Geschäftsjahr 2023 wurden überwiegend kostengünstige 2- und 3-Raum- Wohnungen nachgefragt.

Das Unternehmen hatte nur geringe leerstandsbedingte Mietausfälle zu verzeichnen. Diese waren in nahezu allen Fällen modernisierungsbedingt. Die Statistik lässt bisher auf eine gleichbleibend moderate Fluktuation für den nachfolgenden Zeitraum schließen.

Mieten

Die Durchschnittskaltmiete der Genossenschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 lag bei 6,18 Euro.

Bauträgerschaften

Die Genossenschaft hat im Geschäftsjahr 2023 keine Bauträgermaßnahmen oder Betreuungsmaßnahmen durchgeführt.

Betriebliche Organisation

Unsere Wohnungsgenossenschaft versteht sich als Dienstleistungsbetrieb für ihre Mitglieder und richtet sich somit auf die Erfüllung dieses Förderauftrages aus.

Unsere Dienstleistungen sollen auf Dauer zur Verfügung stehen. Dabei werden verschiedene Instrumente eingesetzt, die für die Erreichung der genossenschaftlichen Ziele und damit die Schaffung von Vorteilen für unsere Mitglieder geeignet sind. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht immer ein ausgewogenes Preis- / Leistungsverhältnis, das dem satzungsmäßigen Auftrag entspricht.

Die Genossenschaft wird von drei Vorstandsmitgliedern geleitet.

Die Interessen der Mitglieder werden durch den Aufsichtsrat vertreten. Der Aufsichtsrat überwacht die geschäftlichen Aktivitäten des Vorstandes und berät ihn im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Rechte und Pflichten. Er besteht aus 9 Personen, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden.

Neubautätigkeit

Bauprojekt „Königsberger Str."

Aktuell geplant sind die Errichtung von 46 Wohneinheiten in 4 Häusern sowie der Bau einer Tiefgarage. Die ursprünglich geplante Wohngruppe in einem der Häuser wurde zwischenzeitlich zugunsten weiterer 4 zusätzlicher Wohnungen aufgegeben. Im Dezember 2022 wurde der Bauantrag gestellt. Eine Baugenehmigung lag zum Jahresabschluss 2023 noch nicht vor.

Bestandsbewirtschaftung / Modernisierung / Instandhaltung

Der gesamte Objektbestand befindet sich auf dem Gebiet der Stadt Langenfeld.

Am 31.12.2023 bewirtschaftete die Genossenschaft 170 Häuser mit 943 Mietwohnungen (Vorjahr: 944) und 4 gewerbliche Einheiten sowie 225 Einzelgaragen und 128 Tiefgaragenplätze.

	Fertiggestellt	Häuser	Wohnungen	Wohnfläche	Gewerbefläche
Baujahr	bis 20.06.1948	50	121	8.168,62 m²	
	ab 21.06.1948	120	822	52.231,92 m²	600,16 m²
	Gesamt	**170**	**943**	**60.400,54 m²**	**600,16 m²**

Auch im Geschäftsjahr 2023 hat die Genossenschaft zur Erhaltung und Verbesserung ihres Wohnungsbestandes wieder Modernisierungen und Instandhaltungen durchgeführt. Eine 2-Zimmerwohnung wurde mit einem Mansardenzimmer zu einer 4-Zimmerwohnung erweitert.

Die Modernisierung und Instandhaltung des Bestandes an Alt-Immobilien, insbesondere der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, ist sehr aufwändig und kostenintensiv. Aufgrund der aktuellen energiepolitischen Favorisierung der Politik von regenerativen Energien als Ersatz für traditionelle Heizungsformen wird mit einer steigenden Investitionstätigkeit in diesem Bereich gerechnet.

Im Berichtsjahr wurden für Instandhaltung 1.890 TEUR (Vorjahr 1.087 TEUR) ausgegeben. Bezogen auf die Wohnfläche betrugen die Ausgaben rd. 30,98 EUR/m² (Vorjahr 17,82 EUR/m²). Im Wirtschaftsjahr 2024 sind 1.700 TEUR eingeplant (bezogen auf die Wohnfläche: 27,87 EUR/m²).

Digitalisierung

Alle Liegenschaften sind mit Glasfaseranschlüssen FTTB[1] ausgestattet.

Vermietung

Die Fluktuationsrate beträgt 6,97 % und ist damit um 0,11 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Von den Kündigungen sind 8 Wohnungsnutzer durch organisierten Wohnungstausch im Bestand geblieben. Die entsprechend bereinigte Fluktuationsrate beträgt mithin 6,12 %. Längerfristige, über ein Wirtschaftsjahr hinausgehende Wohnungsleerstände konnten durch ein aktives und ausgewogenes Vermietungs-Management vermieden werden.

Die wesentlichen Ursachen für die Fluktuation waren in der Rangfolge ihrer Häufigkeit: Familiäre Gründe (24,24 %), Tod des Mieters (21,21 %), Umsiedlung in ein Senioren-/Pflegeheim (15,15 %), Wechsel des Arbeitsplatzes (10,61 %), sonstige Gründe (16,67 %).

Die ersten Kennzahlen für 2024 bestätigen, dass sich dieser Trend der letzten Jahre bei nur leichten Fluktuationsschwankungen fortsetzen wird.

Die Nutzungsentgelte stiegen im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 4.715 TEuro. Diese Entwicklung diente der Kompensation gestiegener Kosten und wird sich auch im laufenden Geschäftsjahr 2024 nicht vermeiden lassen.

Die durchschnittliche monatliche Nettokaltmiete betrug im Geschäftsjahr 2023 ca. 6,18 Euro/m² (Vorjahr 6,13 Euro/m²). Die Erhöhung beruht auf angepasste Wiedervermietungsmieten nach Instandhaltungen oder Modernisierungen.

Finanzierung des Bauprogramms

Zur Finanzierung der Mietwohnbauten standen neben den Eigenmitteln auch Landesmittel und weitere langfristige Fremdmittel zur Verfügung.

Finanzierungsart der Wohnungen

Frei finanzierte Wohnungen:
vom Gesamtbestand zum Bilanzstichtag sind 833 sowohl Alt- als auch Neubauwohnungen freifinanziert. Das entspricht im Verhältnis zum Gesamtbestand der Wohnungen einem Anteil von 88,33 %.

Öffentlich geförderte Wohnungen mit Belegungsbindung:
vom Gesamtbestand zum Bilanzstichtag sind 110 Wohnungen öffentlich gefördert. Es handelt sich hierbei um Neubauwohnungen. Das entspricht im Verhältnis zum Gesamtbestand der Wohnungen einem Anteil von 11,67 %.

Ertragssituation

Der Ertrag wird überwiegend durch den Hauptleistungsbereich, die Hausbewirtschaftung, bestimmt, nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse inkl. Bestandsveränderungen Gesamtleistung	6.500	99,4	6.345	99,4	155
Sonstige betriebliche Erträge	42	0,6	37	0,6	5
Betriebsleistung	6.542	100,0	6.382	100,0	160
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	3.619	55,3	2.724	42,7	895
Personalaufwand	1.293	19,8	1.250	19,6	43
Abschreibungen	917	14,0	919	14,4	-2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	448	6,8	511	8,0	-63
Zinsaufwand	234	3,6	356	5,6	-122
Gewinunabhängige Steuern	84	1,3	93	1,5	-9
Aufwendungen für Betriebsleistung	6.595	100,8	5.853	91,8	742
Betriebsergebnis	-53	-0,8	529	8,2	-582
Beteiligungs- und Finanzergebnis	57		97		-40
Neutrales Ergebnis	10		-283		293
Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	14		343		-329
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0		0		0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14		343		-329

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Neuvermietungen leicht angestiegen.

Wie aus der Tabelle ersichtlich, wurde im Geschäftsjahr 2023 ein negatives Betriebsergebnis von -53 T€ (Vorjahr 529 T€) erzielt. Unter Berücksichtigung des Beteiligungs- und Finanzergebnisses von 57 T€ (Vorjahr 97 T€) ergibt sich ein operatives Ergebnis von 14 T€ (343 T€).

Betriebsvermögen

Vermögensstruktur	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristige Vermögenswerte und Rechnungsabgrenzungsposten					
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0
Sachanlagen	28.771	83,5	29.249	83,0	-478
Finanzanlagen	2.428	7,0	2.628	7,5	-200
Anlagevermögen	31.199	90,5	31.877	90,5	-678
Grundstücke ohne Bauten	4	0,0	4	0,0	0
Bausparguthaben	278	0,8	255	0,7	23
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	0	0,0	0
	31.481	91,3	32.136	91,2	-655
Kurzfristige Vermögensgegenstände					
Forderungen	0	0,0	0	0,0	0
Unfertige Leistungen, andere Vorräte	1.645	4,8	1.517	4,3	128
Forderungen und sonstige Vermögens-gegenstände	134	0,4	62	0,2	72
Flüssige Mittel	1.212	3,5	1.516	4,3	-304
	2.991	8,7	3.095	8,8	-104
Bilanzsumme	34.472	100,0	35.231	100,0	-759

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um -759 T€ auf einen Wert von 34.472 T€ vermindert.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich mit 2.300 T€ um Anteile und Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Es wurde eine Rückzahlung in Höhe von 200 T€ vorgenommen.

Unter den unfertigen Leistungen mit 1.645 T€ werden gegenüber den Mietern noch nicht abgerechnete Heiz- und übrige Betriebskosten ausgewiesen.

Kapitalstruktur (Vermögenslage)	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Langfristiges Eigenkapital					
Geschäftsguthaben verbl. Mitglieder	3.189	9,3	3.059	8,7	130
Ergebnisrücklagen	9.261	26,9	9.286	26,4	-25
Bilanzgewinn (gekürzt um Dividende)	0	0,0	86	0,2	-86
	12.450	36,2	12.431	35,3	19
Kurzfristiges Eigenkapital					
Gekündigte Geschäftsguthaben	76	0,2	148	0,4	-72
Bilanzgewinn (Dividende)	125	0,4	122	0,3	3
	201	0,6	270	0,7	-69
Langfristiges Fremdkapital					
Rückstellung für Pensionen	2.226	6,5	2.018	5,7	208
Steuer-, sonstige Rückstellungen	8	0,0	8	0,0	0
Dauerfinanzierungsmittel	16.889	48,9	17.814	50,6	-925
Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedern (Wohnungsbauprämie)	19	0,1	19	0,1	0
	19.142	55,5	19.859	56,4	-717
Kurzfristig					
Übrige Rückstellungen	76	0,2	79	0,2	-3
Kurzfristige Darlehen/Kapitaldienst	355	1,0	430	1,2	-75
Erhaltene Anzahlungen	1.886	5,4	1.808	5,2	78
Übrige Verbindlichkeiten	362	1,1	354	1,0	8
	2.679	7,7	2.671	7,6	8
Gesamtkapital	34.472	100,0	35.231	100,0	-759

Das langfristige Eigenkapital erhöht sich aufgrund des nicht zur Ausschüttung vorgesehenen Teils des Jahresüberschusses bei gleichzeitigem Anstieg des Geschäftsguthabens verbleibender Mitglieder um 19 T€ auf 12.450 T€. Damit beläuft sich die Eigenkapitalquote auf 36,2 % im Vergleich zum Vorjahr mit 35,3 %.

Die Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung vermindern sich im Vergleich zum Vorjahr um -925 T€. Diese Veränderung ergibt sich aus Folgendem:

Zugang Verbindl. ggü. Kreditinstituten	0 T€
abzgl. Tilgung aus Verbindl. ggü. Kreditinstituten	-865 T€
zzgl. Zugang aus Verbindl. ggü. anderen Kreditinstituten	85 T€
abzgl. Tilgung aus Verbindl. ggü. anderen Kreditinstituten	-155 T€
Zwischensumme	-935 T€
abzgl. Veränderungen Mieterdarlehen (Begründung s. S. 12)	10 T€
Veränderung zum Vorjahr der Dauerfinanzierung	-925 T€

Bei den „Kurzfristigen übrigen Verbindlichkeiten“ in Höhe von 355 T€ handelt es sich um kurzfristige Darlehen/Kapitaldienste.

Finanzsituation

Die nachfolgende Aufgliederung der Bilanz zum 31.12.2023 nach Fristigkeiten zeigt folgende Deckungsverhältnisse:

	31.12.2023	31.12.2022	Veränderung
Langfristiger Bereich	T€	T€	T€
Vermögenswerte	31.481	32.136	655
Eigen- und Fremdkapital	31.592	32.290	-698
Deckung	**111**	**154**	**-43**
Kurzfristiger Bereich			
Flüssige Mittel (vgl. Darstellung Cashflow)	1.212	1.516	-304
Übrige Vermögenswerte	1.779	1.579	200
	2.991	3.095	-104
Verpflichtungen	2.880	2.941	61
Stichtagsliquidität (Netto-Geldvermögen/-bedarf)	**111**	**154**	**-43**

Am 31. Dezember 2023 waren die langfristig angelegten Vermögenswerte fristgerecht finanziert. 111 T€ langfristige Mittel standen im kurzfristigen Bereich zur Verfügung.

In der Stichtagsliquidität zum 31. Dezember 2023 wurden die Mieterdarlehen in voller Höhe (T€ 352) dem kurzfristigen Bereich zugeordnet, aufgrund einer Bestimmung in den Darlehensverträgen, die eine kurzfristige Kündigung ermöglicht. Bei Zuordnung der Mieterdarlehen zum langfristigen Bereich (zurzeit sind keine Anzeichen für wesentliche Kündigungen erkennbar) würde sich das Netto-Geldvermögen auf 463 T€ erhöhen.

Am Bilanzstichtag 31.12.2023 und auch im ersten Quartal 2024 waren keine unerwartet hohen Fälligkeiten erkennbar, die eine kurzfristige Fremdfinanzierung erforderlich gemacht hätten. Dennoch wäre es in einem unerwarteten Fall von kurzfristig entstandenen hohen Zahlungsverpflichtungen möglich gewesen, durch vorhandene Guthaben, Kontokorrentkredite und Beleihungsreserven in Form freier Grundbücher dem rechtzeitig und ausreichend zu begegnen.

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes („Flüssige Mittel“ in Darstellung der Stichtagsliquidität) der Genossenschaft im Wirtschaftsjahr 2023 und im Vorjahr:

Kapitalflussrechnung

	2023	2022
	T€	T€
Jahresüberschuss	14	343
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	917	920
Vereinnahmung von Verbindlichkeiten, Verzinsung Bausparguthaben	2	-4
Zunahme der langfristigen Rückstellungen	208	198
Cashflow	1.141	1.457
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-5	243
Abnahme sonstiger Aktiva	-200	142
Zunahme sonstiger Passiva	62	-620
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	998	1.222
Einzahlungen aus Anlagenabgängen	220	260
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-454	-592
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-234	-332
Einzahlungen aus der Valutierung von Darlehen	85	3619
Einzahlungen auf Bausparguthaben	-22	-22
Zunahme der Geschäftsguthaben	58	56
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-886	-918
Rückzahlungen von Darlehen (Inhaberschuldverschreibungen)	-181	-2447
Auszahlungen für Dividenden	-122	-120
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1068	168
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-304	1.058
Finanzmittelbestand am 1. Januar	1.516	458
Finanzmittelbestand am 31. Dezember	1.212	1516

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Genossenschaft bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren stellen sich im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

Bestandskennzahlen

	in..	2023	2022	2021
Wohnungseinheiten	Anzahl	943	943	944
Gewerbeeinheiten	Anzahl	4	4	4
Garagen und Einstellplä	Anzahl	542	542	542
Wohnfläche	m²	60.401	60.409	60.379
Gewerbefläche	m²	600	600	600
Wohn- und Nutzfläche	m²	61.001	61.009	60.979

Kennzahlen zur Rentabilität

Kennzahlen zur Rentabilität	in..	2023	2022	2021
Eigenkapitalrentabilität	%	0,11	2,76	-3,70
Gesamtkapitalrentabilität	%	0,78	2,05	-0,12
Eigenkapitalquote	%	36,11	35,28	34,77
Sollmietenentwicklung	T€	4.715	4.677	4.579

Serviceleistungen

Die Verbräuche sind allen Mietern, die an das System angeschlossen sind, über unsere Homepage und dem damit verbundenen BVL-Service-Portal (BSP) zugänglich. Jeder Mieter hat für das BSP@IP ein Login erhalten. Das BSP beinhaltet im Wesentlichen:

1. Website (www.bauverein-langenfeld.com)
2. BVL-Service-Portal (BSP) / Casavi
3. Verbrauchsportal / Stadtwerke Leipzig
4. Mieterserviceticket mit „Workflow“ der Instandhaltungsabwicklung und Mieterselbstbeauftragung / BTS, visualisiert
5. Häufig gestellte Fragen

Alle hier beschriebenen Systeme sind auch dazu geeignet, unseren genossenschaftlichen Nutzern einfache Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten 24 Stunden am Tag mit der Geschäftsstelle anzubieten. Information und Kommunikation sollen dazu dienen, das vertrauensvolle Miteinander zwischen Mitgliedern und Verwaltung der Bauverein Langenfeld eG zu stärken.

Soziales Management

Traditionell ist unsere Genossenschaft bestrebt, allen unseren Nutzern ein gutes und sicheres Wohnen möglich zu machen. Diesem Anspruch ist sie seit ihrer Gründung am 19. Juli 1919 schon über 104 Jahre lang treu geblieben. Im Laufe dieser langen Zeit haben sich die Ansprüche mit dem steigenden Wohlstand und den Veränderungen der Lebensgewohnheiten gewandelt. Während die Anfangsjahre geprägt waren durch massive Wohnungsnot und Armut mit der Folge, dass in den Nachkriegszeiten des 1. und 2. Weltkrieges die Nachfrage nach „einfachen, aber gesunden Wohnungen“[2], ohne besondere Ansprüche an Qualität und Ausstattung, besonders groß war, hat sich die Lage heutzutage erfreulicherweise deutlich verbessert. Heute wird auch im preiswerten Wohnungssegment gute Qualität nachgefragt und bereitgestellt. Wenn auch nicht mehr so massiv, wie in den ersten Jahrzehnten der Genossenschaft, besteht aber auch aktuell eine große Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum, der zudem in einem sicheren Wohnumfeld und in einer intakten Wohngemeinschaft mit ansprechbarem Vermieter angeboten wird.

Auch nach über 104 Jahren zeigt der Bauverein, dass sein genossenschaftliches Geschäftsmodell der Verbindung von Tradition mit Innovation für unsere Mitglieder erfolgreich ist und mehr bedeutet als nur „ein Dach über dem Kopf“ zu haben. Genossenschaftliches Wohnen bedeutet heute: Ein gutes sicheres Wohnumfeld, funktionierende Nachbarschaften und sozialer Zusammenhalt der Mitglieder, die sich auf einen ortsansässigen und jederzeit ansprechbaren Vermieter verlassen können.

Der Member-Value, als Teil unseres sozialen Managements, schafft Anreize für eine Mitgliedschaft und ein Mietverhältnis mit der Genossenschaft. Member-Value bringt den Wert des genossenschaftlichen Unternehmens und seiner Wertschöpfung für die Mitglieder zum Ausdruck (Mitgliederwertkonzept).

Der BVL-Treff, das Gästehaus, das BVL-Service-Portal, ein kostenloser Internetzugang als Flat, welcher allerdings an allen Standorten aktuell auf bis zu 400 MBIT/S - dann aber kostenpflichtig - bestellt werden kann. Der Einsatz von innovativen Techniken und nicht zuletzt die Serviceleistungen der Genossenschaft, wie die Straßenreinigung und der Winterdienst auf den Bürgersteigen, führen zu wesentlichen Wettbewerbsvorteilen und damit zu einer Ergänzung der genossenschaftlichen „Dividende".

Unsere Genossenschaft gibt alle 2 Monate eine Mieterzeitung heraus und berichtet über aktuelle Themen. Im BVL-Treff als zusätzliche Kommunikationsstätte werden regelmäßige und besondere Veranstaltungen durchgeführt.

Das Gästehaus des BVL bietet eine preiswerte Übernachtungsmöglichkeit für Gäste unserer Mieterschaft und Mitglieder. Nähere Informationen erhalten Sie über unsere Homepage https://bauverein-langenfeld.com/gaestehaus.

Ausblick / Ziele

Die Einschätzungen zum Ausblick auf die Geschäftsentwicklung und die Zielsetzungen für das Geschäftsjahr 2024 haben sich gegenüber dem Geschäftsbericht für das Wirtschaftsjahr 2023 nicht wesentlich verändert. Das Jahr 2023 war geprägt durch einen zwar erwartungsgemäß hohen Erhaltungs- und Modernisierungsaufwand im Bestand. Verschärft wurde diese Kostensituation jedoch dadurch, dass sich inflationsbedingt die Werkleistungen verteuert haben und zusätzlich auch viele Wohnungen, deren Nutzungsverträge nach jahrzehntelanger Laufzeit gekündigt wurden, intensiven Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bedurften. Es ist bereits im ersten Quartal 2024 absehbar, dass sich dieser Trend auch im Wirtschaftsjahr 2024 fortsetzt. Um dieser Situation adäquat zu begegnen, sind sowohl im laufenden Wirtschaftsjahr als auch in den folgenden Jahren sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite Anpassungen erforderlich.

Die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum, den die Genossenschaft im lokalen Umfeld nach wie vor anbietet, ist ungebrochen. Insofern wird trotz der benannten Schwierigkeiten eine positive Entwicklung des Geschäftsergebnisses der Genossenschaft erwartet.

Nach dem vorläufigen Wirtschaftsplan wird das Geschäftsjahr 2024 voraussichtlich mit einem Ergebnis von 163 T€ abschließen.

3.4.1.6 Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & CO. KG

Basisdaten

Anschrift	Elberfelder Straße 81, 40822 Mettmann
Beteiligungsverhältnis	Lokalfunk Mettmann Presse-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG 75,0 % Kreis Mettmann 6,2 % Stadt Erkrath 1,9 % Stadt Heiligenhaus 1,2 % Stadt Hilden 2,2 % Stadt Langenfeld 2,1 % Stadt Mettmann 1,5 % Stadt Monheim 1,7 % Stadt Ratingen 3,7 % Stadt Wülfrath 0,9 % Beteiligungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH 3,6 %
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben: - die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen, - dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen und

	- für den Vertragspartner den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen; - Hörfunkwerbung zu verbreiten. Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.
Gründungsdatum	20.11.1989
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 04.03.2004
Kommanditkapital	520.000,00 € **<u>Aufteilung des Kommanditkapitals:</u>** Lokalfunk Mettmann Presse-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG 390.000,00 € Kreis Mettmann 32.240,00 € Stadt Erkrath 9.880,00 € Stadt Heiligenhaus 6.240,00 € Stadt Hilden 11.440,00 € Stadt Langenfeld 10.920,00 € Stadt Mettmann 7.800,00 € Stadt Monheim 8.840,00 € Stadt Ratingen 19.240,00 € Stadt Wülfrath 4.680,00 € Beteiligungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH 18.720,00 €
Geschäftsführung	Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH, Mettmann, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herrn Uwe Peltzer
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Gesellschafterversammlung	Vertreter der Stadt Langenfeld: Frank Schneider

Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2023 über 1 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Faasch und Kassen (beide ELWISS GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb, die Produktion und Verbreitung des lokalen Rundfunks im Kreis Mettmann. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Anteile der Beteiligung wurden zum 01.01.2024 auf den Kreis Mettmann übertragen. Darüber hinaus bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Aktiva

		31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A.	**Anlagevermögen**		
I.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**		
	Software	8.718,00	14.719,00
II.	**Sachanlagen**		
	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	55.232,00	50.235,00
III.	**Finanzanlagen**		
	Anteile an verbundenen Unternehmen	26.232,13	26.232,13
		90.182,13	91.186,13
B.	**Umlaufvermögen**		
I.	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	52.479,72	31.662,59
2.	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	30.507,64	26.522,42
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	165,15	2.183,67
		83.152,51	60.368,68
II.	**Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**	412.113,95	320.881,43
		495.266,46	381.250,11
C.	**Rechnungsabgrenzungsposten**	9.030,51	6.148,38
		594.479,10	478.584,62

Passiva

		31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A.	**Eigenkapital**		
	Kapitalanteile der Kommanditisten	412.020,02	304.435,60
B.	**Rückstellungen**		
	Sonstige Rückstellungen	45.709,47	32.004,26
		45.709,47	32.004,26
C.	**Verbindlichkeiten**		
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 38.914,77 (Vorjahr: EUR 48.478,36)	38.914,77	48.478,36
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 92.072,12 (Vorjahr: EUR 89.215,87)	92.072,12	89.215,87
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 4.366,81 (Vorjahr: EUR 1.153,41)	4.366,81	1.153,41
4.	Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.395,91 (Vorjahr: EUR 3.297,12) davon aus Steuern: EUR 1.395,91 (Vorjahr: EUR 651,29)	1.395,91	3.297,12
		136.749,61	142.144,76
		594.479,10	478.584,62

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	1.304.023,86	1.007.506,85
2. Sonstige betriebliche Erträge	15.251,28	35.276,11
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	798.044,24	757.277,65
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	55.289,37	91.543,91
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	12.651,64	21.421,05
für Altersversorgung		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		
des Anlagevermögens und Sachanlagen	37.881,51	43.308,03
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	307.823,96	277.143,43
7. **Betriebsergebnis**	107.584,42	-147.911,11
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	1.292,07
9. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss/-fehlbetrag	107.584,42	-149.203,18
10. Darlehenszinsen - Vorabvergütung	24.000,00	0,00
11. Gutschrift / Belastung auf Gesellschafterkonten	83.584,42	-149.203,18
12. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Kennzahlen

	2023	**2022**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69,31	68,48	+0,83
Eigenkapitalrentabilität	26,11	-3,3	+29,41
Anlagendeckungsgrad 2	456,88	417,73	+39,15
Verschuldungsgrad	44,28	46,07	-1,79
Umsatzrentabilität	8,25	-1,21	+9,46

3.4.1.7 Zweckverband Gesamtschule Langenfeld-Hilden

Basisdaten

Anschrift	Hildener Straße 3, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Körperschaft des öffentlichen Rechts Aufteilung auf Basis der Schülerzahlen (Stichtag:15.10.2019) Stadt Langenfeld 59,47% ,Stadt Hilden 40,53 %
Verbandszweck	Der Schulverband ist Träger der Gesamtschule in Langenfeld. Die Schule nimmt Schüler/innen aus den Städten Hilden und Langenfeld auf. Unbeschadet der Aufnahmeentscheidung des/der Schulleiters/in im Einzelfall ergibt sich der Anteil der Schüler/innen aus den zwei Städten aus den Vorgaben der Schulverbandsversammlung.
Gründungsdatum	01.07.1992
Satzung	Gültig in der Fassung vom 01.02.2017
Geschäftsführung	Frau Petschnig
Organe	Verbandsvorsteher, Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher	Herr Frank Schneider, Bürgermeister Stadt Langenfeld
Verbandsversammlung	Frau Dr. Barbara Aßmann, Frau Dr. Beate Barabasch, Herr Tobias Bohn. Frau Sarah Buchner, Herr Dr. Daniel Dorow-Gerspach, Frau Hamza El Halimi, Herr Martin Falke, Herr Felix Freitag, Frau Cornelia Geißler, Herr Uwe Gramminger, Herr Marco Hindrichs, Herr Steffen Kirchhoff, Frau Sandra Kollender, Frau Marianne Münnich, Herr Bernd Pohlmann, Herr Christian Schimang, Herr Siedi Serag, Frau Sandra Wiemers
Anzahl der Mitarbeiter	Der Zweckverband verfügt über 6 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Beratungs- und Prüfungsamt der Stadt Hilden Michael Witek und Sven Noubours

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Der Schulverband ist Träger der Gesamtschule in Langenfeld. Die Schule nimmt Schüler/innen aus den Städten Hilden und Langenfeld auf. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld sind die Zahlung einer Umlage an den Zweckverband in Höhe von 1.031.403,07 € und die Personalkostenerstattung für Verwaltungsmitarbeiter durch den Zweckverband in Höhe von 325.901,89 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz Aktiva 2023

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2023	Stand zum 31.12.2023	Differenz
		in EUR		
0.	**Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit**	**20.349,07**	**46.335,05**	**25.985,98**
1.	**Anlagevermögen**	**19.962.887,57**	**19.579.549,85**	**-383.337,72**
1.1	***Immaterielle Vermögensgegenstände***	***0,00***	***566,94***	***566,94***
1.2	***Sachanlagen***	***19.962.887,57***	***19.578.982,91***	***-383.904,66***
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	19.245.941,61	18.941.533,57	-304.408,04
1.2.2.2	Schulen	19.245.941,61	18.941.533,57	-304.408,04
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	17.009,53	14.834,08	-2.175,45
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	699.246,52	616.613,19	-82.633,33
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	689,91	6.002,07	5.312,16
2.	**Umlaufvermögen**	**1.208.557,19**	**1.952.671,75**	**744.114,56**
2.2	***Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände***	***4.824,16***	***90.043,70***	***85.219,54***
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,09	0,09
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,09	0,09
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	4.824,16	90.043,61	85.219,45
2.4	Liquide Mittel	1.203.733,03	1.862.628,05	658.895,02
	Bilanzsumme	**21.191.793,83**	**21.578.556,65**	**386.762,82**

Bilanz Passiva 2023

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2023	Stand zum 31.12.2023	Differenz
		in EUR		
1.	**Eigenkapital**	**13.480.356,67**	**13.782.800,59**	**302.443,92**
1.1	Allgemeine Rücklage	13.708.010,67	13.480.356,67	-227.654,00
	davon Überschüsse aus Vorjahren	417.936,63	190.282,63	-227.654,00
1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-227.654,00	302.443,92	530.097,92
	aus Vorjahren	-227.654,00	0,00	227.654,00
	des laufenden Jahres	0,00	302.443,92	302.443,92
2.	**Sonderposten**	**7.467.638,33**	**7.263.974,92**	**-203.663,41**
2.1	für Zuwendungen	7.467.638,33	7.263.974,92	-203.663,41
3.	**Rückstellungen**	**35.808,93**	**23.516,67**	**-12.292,26**
3.4	Sonstige Rückstellungen	35.808,93	23.516,67	-12.292,26
4.	**Verbindlichkeiten**	**207.989,90**	**508.264,47**	**300.274,57**
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	139.621,86	377.768,10	238.146,24
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	60.053,06	130.496,37	70.443,31
4.8	Erhaltene Anzahlungen	8.314,98	0,00	-8.314,98
	Bilanzsumme	**21.191.793,83**	**21.578.556,65**	**386.762,82**

Ergebnisrechnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2022	Fortge-schriebener Ansatz 2023	davon Ermächti-gungsüber-tragungen aus 2022	Ist-Ergebnis 2023	Vergleich Ansatz/Ist 2023	Ermächti-gungsüber-tragung 2023
		in EUR					
		1	2	3	4	5	6
	I. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit						
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.958.463,34	2.157.038,00	0,00	2.248.656,61	91.618,61	0,00
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	32.717,52	32.700,00	0,00	31.700,00	-1.000,00	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	407.111,54	401.500,00	0,00	386.370,03	-15.129,97	0,00
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	2.808,32	2.808,32	0,00
10	**= *Ordentliche Erträge***	***2.398.292,40***	***2.591.238,00***	***0,00***	***2.669.534,96***	***78.296,96***	***0,00***
11	- Personalaufwendungen	183.333,74	205.888,00	0,00	191.293,15	-14.594,85	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.781.739,33	1.919.550,00	0,00	1.502.133,53	-417.416,47	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	528.817,92	520.000,00	0,00	558.330,28	38.330,28	0,00
15	- Transferaufwendungen	32.000,00	32.000,00	0,00	32.000,00	0,00	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	114.730,35	123.800,00	0,00	109.320,06	-14.479,94	0,00
17	**= *Ordentliche Aufwendungen***	***2.640.621,34***	***2.801.238,00***	***0,00***	***2.393.077,02***	***-408.160,98***	***0,00***
18	**= Ordentliches Ergebnis**	**-242.328,94**	**-210.000,00**	**0,00**	**276.457,94**	**486.457,94**	**0,00**
	II. Finanzergebnis						
21	**= *Finanzergebnis***	***0,00***	***0,00***	***0,00***	***0,00***	***0,00***	***0,00***
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**-242.328,94**	**-210.000,00**	**0,00**	**276.457,94**	**486.457,94**	**0,00**
	III. Außerordentliches Ergebnis						
23	+ Außerordentliche Erträge	14.674,94	153.000,00	0,00	25.985,98	-127.014,02	0,00
25	**= *Außerordentliches Ergebnis***	***14.674,94***	***153.000,00***	***0,00***	***25.985,98***	***-127.014,02***	***0,00***
26	**= Jahresergebnis**	**-227.654,00**	**-57.000,00**	**0,00**	**302.443,92**	**359.443,92**	**0,00**
29	**= Ergebnis**	**-227.654,00**	**-57.000,00**	**0,00**	**302.443,92**	**359.443,92**	**0,00**
	nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
35	**Verrechnungssaldo (= Saldo 31 bis 34)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	63,87	64,26	-0,39
Eigenkapitalrentabilität	2,19	0,94	+1,25
Anlagendeckungsgrad 2	70,39	87,76	-17,37
Verschuldungsgrad	3,86	55,60	-51,74
Umsatzrentabilität	11,33	5,05	-6,28

Geschäftsentwicklung

Im vergangenen Jahr hat sich die Zusammensetzung des Gremiums verändert. Zwölf Mitglieder der Zweckverbandsversammlung gehören den Räten der Städte Langenfeld und Hilden an. Sowohl Langenfeld als auch Hilden entsenden Vertreter der Verwaltung in das Gremium Zweckverbandsversammlung. Dies sind Herr Sönke Eichner der Stadt Hilden, sowie Frau Sonja Wienecke der Stadt Langenfeld.

Für Ihre Mitarbeit im Gremium Zweckverbandsversammlung erhielten die Mitglieder der 7. Wahlperiode folgende Sitzungsgelder im Jahr 2023:

Aßmann, Barbara, Dr.	Langenfeld	CDU	75,00 €
Barabasch, Beate, Dr.	Langenfeld	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	50,00 €
Bohn, Tobias	Langenfeld	CDU	50,00 €
Buchner, Sarah	Hilden	SPD	25,00 €
Dorow-Gerspach, Daniel, Dr.	Langenfeld	SPD	45,00 €
El Halimi, Hamza	Hilden	SPD	50,00 €
Falke Martin	Hilden	CDU	100,00 €
Freitag, Felix	Langenfeld	B/G/L	75,00 €
Geißler, Cornelia	Hilden	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	25,00 €
Gramminger, Uwe	Hilden	FDP	110,34 €
Hindrichs,Marco	Langenfeld	CDU	50,00 €
Kirchhoff, Steffen	Hilden	SPD	25,00 €
Kollender, Sandra	Hilden	SPD	25,00 €
Münnich, Marianne	Hilden	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	75,00 €
Pohlmann, Bernd	Langenfeld	CDU	45,00 €
Schimang, Christian	Hilden	CDU	50,00 €
Serag, Siedi	Langenfeld	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	25,00 €
Wiemers, Sandra Kathrin	Hilden	CDU	25,00 €

Die Mitglieder der Stadt Hilden erhielten für die Sitzung am 01.12.2022 die Sitzungsgelder erst im Jahr 2023.

Verbandsvorsteher ist weiterhin Herr Frank Schneider, Bürgermeister und Hauptverwaltungsbeamter der Stadt Langenfeld. Die Aufgabe des Vorsitzenden der Zweckverbandsversammlung nimmt Herr Martin Falke wahr, Frau Sarah Buchner ist seine Vertreterin.

Der Jahresabschluss 2023 konnte wie vorgesehen fertiggestellt werden. Wie in den Vorjahren auch, sind im Haushaltsjahr 2023 Mehraufwendungen bei einigen Positionen durch Minderaufwendungen in anderen Fällen gedeckt.

Das ursprünglich kalkulierte Ergebnis von –57.000 € veränderte sich auf 302.443,92 €. Die Erträge liegen um 359.443,92 € über den fortgeschriebenen Planansätzen.
Die ordentlichen Erträge lagen mit ca. 78.000 € über den geplanten Erträgen. Hierbei kam es insbesondere in den Positionen Zuwendungen und allgemeine Umlagen zu Erträgen in Höhe von ca. 91.600 € aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von ca. 69.000 € und Landeszuweisungen in Höhe von ca. 22.600 €.
Im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen kam es zu Minderausgaben in Höhe von ca. 15.000 €. In der Position Erstattungen von Schülerfahrtkosten durch Mitgliedsgemeinden kam es zu Minderausgaben in Höhe von ca. 10.000 € aufgrund eines günstigeren Tagespreises nach Ausschreibung im Bereich Schülerspezialverkehr. Im Bereich der Erstattungen von Schadenfällen wurden 5.000 € weniger eingenommen als kalkuliert, da Erstattungen nicht vorhersehbar und planbar sind.

Die ordentlichen Aufwendungen lagen um ca. 408.000 € unter den geplanten Aufwendungen.
Hier kam es insbesondere im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltung der Gebäude im Bereich GM Langenfeld um Minderausgaben in Höhe von ca. 252.000 €. Der Austausch von Fenstern in Höhe von 140.000 € wurde nicht durchgeführt, die Kesselanlage D-Gebäude verursachte nur Kosten in Höhe von ca. 30.000 € statt der geplanten 100.000 €. In Rahmen der baulichen Unterhaltung wurden z.B. dringende Maler- und Putzarbeiten nicht durchgeführt. Die Reinigung der Schulhofflächen wurde nur testweise durchgeführt und nicht in Höhe des kalkulierten Betrages in Höhe von 25.000 €.
Mehrausgaben im Bereich Kostenerstattung an die Städte Langenfeld und Hilden in Höhe von 19.926,76 €, für eine Nachzahlung aus dem Jahr 2022 an die Stadt Langenfeld, wurden durch Minderausgaben im Bereich Bewirtschaftungskosten gedeckt. Die Bewirtschaftungskosten wurden aufgrund der Energiekrise höher geschätzt, als sie dann tatsächlich entstanden sind. Hier kam es zu einem Ergebnis von -161.879,26 €.
Im Bereich Betreuungskosten für behinderte SchülerInnen konnten weniger Freiwillige im Sozialen Jahr zur Unterstützung eingestellt werden als geplant, so dass es hier ebenfalls zu Minderausgaben in Höhe von ca. 7.900 € kam.

Zusätzlich führten bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen zu einem Aufwand in Höhe von ca. 38.000 €.

Im Bereich der sonstigen Verwaltungskosten kam es zu Minderausgaben in Höhe von ca. 15.000 €. Aufgrund des Wegfalls der Negativzinsen auf dem Schulgirokonto wurden ca. 5.300 € weniger für Kontoführung ausgegeben. Außerdem reduzierte sich der Beitrag für die gesetzliche Schülerversicherung um ca. 5.000 €.

In diesem Jahr liegen keine nicht gedeckten Corona-Aufwendungen vor, es wurden keine Abgrenzungen vorgenommen und gemäß § 6 NKF-Covid-19-Isolierungsgesetz gesondert aktiviert.

Krisenbedingte Mehraufwendungen führten zu einem außerordentlichen Ertrag in Höhe von 25.985,98 €. Hierbei handelt es sich um Mehrbelastungen nach Abzug der Entlastungsbeträge der Bundesregierung im Bereich der Gasversorgung in Höhe von 17.926,87 €. Außerdem wurden Inflationsausgleichszahlungen an die Mitarbeiterinnen des Zweckverbandes in Höhe von 8.059,11 € gezahlt.

Auch in diesem Jahr konnten ergebnis- und investive Ereignisse durch die Umlagen und Zuwendungen der Mitgliedsgemeinden gedeckt werden.

Im Vergleich geben folgende Kennzahlen Hinweise auf die Entwicklung des Zweckverbandes:

	Bedeutung in %	**31.12. 2020**	**31.12. 2021**	**31.12. 2022**	**31.12. 2023**
Anlagenintensität	Anteil Sachanlagen an Bilanzsumme	92,2	93,4	94,2	91,0
Reinvestitionsquote	Investitionen und Gebäudeunterhaltung im Verhältnis zur Abschreibung	165,1	284,1	61,7	52,4
Eigenkapitalquote I	Eigenkapital zur Bilanzsumme	64,3	63,4	63,6	63,9
Eigenkapitalquote II	EK und Sonderposten zur Bilanzsumme	97,6	98,2	98,9	97,5
Anlagendeckung II	EK, Sonderposten zum Anlagevermögen	105,8	105,1	104,9	107,5
Anlagendeckung III	EK, Sonderp. u. langfristige Verb. zum Anlagevermögen	105,8	105,1	104,9	107,5

Aufgrund der bereits unter NKF abgelaufenen Geschäftsjahre ist ein Vergleich der Kennzahlen möglich. Vergleichbare Werte anderer Zweckverbände liegen leider nicht vor.

Die Anlagenintensität ist leicht gesunken auf 91,0 %. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist nach wie vor hoch. Durch Abschreibungen und Wartungskosten hat der Zweckverband einen hohen Fixkostenanteil.

Die Reinvestitionsquote liegt mit 52,4 % weiter deutlich unter den angestrebten 100 %. Das bedeutet, dass die Investitionen 2023 nicht ausgereicht haben, um den Wertverlust des Anlagevermögens durch Abschreibungen auszugleichen. Die bilanziellen Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Im Jahr 2023 wurden kleinere Reparaturen durchgeführt. Die technischen Gebäudeeinrichtungen werden regelmäßig gewartet, unter anderem ist eine Erneuerung der Aufzugsanlage im D-Gebäude notwendig.
Das Dach des D-Gebäudes ist undicht, es kam mehrfach zu Wassereinbrüchen, eine Sanierung ist für 2024 vorgesehen. Es sind weitere 109.000 € Haushaltsmittel für die laufende Bauunterhaltung, 100.000 € für die Planung der Heizkesselanlage im Haupthaus, sowie jeweils 50.00 € Anstriche und Erneuerung von Türen und der Holzfenster eingestellt. insgesamt Mittel in Höhe von 645.000 €.

Im Jahr 2025 werden weitere 741.000 € für die Unterhaltung der Gebäude benötigt, u.a. 300.000 € für die Sanierung der Kesselanlage im Haupthaus, 111.000 € für die bauliche Unterhaltung, 115.000 € für den Austausch weiterer Holzfenster und -türen, sowie diverser Wartungen in Höhe von 72.000 €. In den kommenden Jahren sind weitere diverse, altersbedingte Reparaturen, wie Erneuerung der Beleuchtung, der Oberböden, Innentüren und Akustikdecken der Flure notwendig, die im Haushalt mit 115.000 € berücksichtigt sind.
Hinzu kommt der weitere Ausbau der Digitalisierung, wo weitere Mittel für den Austausch bzw. Instandhaltung der Infrastruktur in den nächsten Jahren notwendig werden. Eine Anschlussfinanzierung über den Digitalpakt ist noch nicht absehbar.

Im Zeitvergleich ist zu erkennen, dass der Anteil des Eigenkapitals zur Bilanzsumme stabil ist. Dies ist positiv zu bewerten. Ebenso ist der Anlagendeckungsgrad II in den letzten Jahren stabil geblieben, was für eine gesunde Finanzierung des Anlagevermögens spricht.

Wie bereits bekannt, werden die Aufwendungen in der Ergebnisrechnung und die Auszahlungen in der Finanzrechnung stets zu 100 % durch die Umlage gedeckt. Das geplante Ergebnis von -57.000 € konnte um 359.443,92 € verbessert werden. Hauptursache für diese Veränderung waren die Minderausgaben in Höhe von ca. 252.000 € im Bereich der Gebäudeunterhaltung und Bewirtschaftungskosten in Höhe von ca. 161.000 €.

Die Anerkennung und der Zulauf von Schülerinnen und Schülern zur Bettine-von-Arnim-Gesamtschule aus der Stadt Hilden sind nach wie vor gut, aus Langenfeld weiter rückläufig.
In der 1. Anmeldephase meldeten sich 63 SuS aus Langenfeld, 71 SuS aus Hilden und 3 aus Nachbarkommunen an. In der 2. Anmeldephase weitere 20 SuS aus Langenfeld, die in der 1. Anmeldephase keinen Platz an ihrer Wunschschule erhalten haben, aufgenommen.
Die Anmeldezahlen liegen nicht mehr über den zur Verfügung stehenden Plätzen wie in den Vorjahren. Zum 15.10.2023 besuchen 1.234 SuS die Bettine-von-Arnim-Gesamtschule, davon kommen 643 (= 52,11 %) aus Langenfeld, 535 (= 43,35 %) aus Hilden und 56 (= 4,54 %) aus anderen Städten.
Der Schulstandort ist weiterhin gesichert.
Insbesondere melden sich regelmäßig Inklusionsschüler an der Schule an. Die Finanzierung der notwendigen Inklusionshelfer sowie des Schülerspezialverkehrs belasten den Zweckverband.

3.4.1.8 Zweckverband Erziehungsberatung Langenfeld-Monheim

Basisdaten

Anschrift	Friedenauer Straße 17c, 40789 Monheim am Rhein
Beteiligungsverhältnis	Körperschaft des öffentlichen Rechts Gleichmäßige Aufteilung Stadt Langenfeld 50% Stadt Monheim am Rhein 50 %
Verbandszweck	Der Zweckverband ist Träger der Erziehungsberatungsstelle. Ziel ist es die Ratsuchenden zu informieren und gemeinsam mit ihnen Lösungen für Probleme und Konflikte zu erarbeiten. Durch Beratung und therapeutische Hilfen sollen bereits verfestigte Probleme gelöst oder erleichtert werden.
Leiter Beratungsstelle	Frau Blass
Organe	Verbandsvorsteher, Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher	Herr Frank Schneider, Bürgermeister Stadt Langenfeld
Verbandsversammlung	Nach § 5 I der Satzung des Zweckverbandes entsendet die Stadt Langenfeld 6 Vertreter in die Verbandsversammlung: Thomas Bremer Jürgen Brüne Michaela Detlefs-Doege Barbara Assmann Elke Horbach Felix Freitag
Anzahl der Mitarbeiter	Der Zweckverband verfügt über 4 Mitarbeiter in Vollzeit und 7 in Teilzeit
Wirtschaftsprüfer	RPA Langenfeld / Frau Vogt und Frau Basner

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Der Zweckverband ist Träger der Erziehungsberatungsstelle. Ziel ist es die Ratsuchenden zu informieren und gemeinsam mit ihnen Lösungen für Probleme und Konflikte zu erarbeiten. Durch Beratung und therapeutische Hilfen sollen bereits verfestigte Probleme gelöst oder erleichtert werden. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld sind die Zahlung einer Umlage an den Zweckverband in Höhe von 470.000 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz Aktiva 2023

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2023	Stand zum 31.12.2023	Differenz
		in EUR		
0.	**Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit**	**2.441,44**	**5.222,29**	**2.780,85**
1.	**Anlagevermögen**	**4.415,83**	**5.294,64**	**878,81**
1.2	***Sachanlagen***	***4.415,83***	***5.294,64***	***878,81***
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.415,83	5.294,64	878,81
2.	**Umlaufvermögen**	**197.651,76**	**297.651,42**	**99.999,66**
2.2	***Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände***	***11.393,63***	***0,00***	***-11.393,63***
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	-800,00	0,00	800,00
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	-800,00	0,00	800,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	12.193,63	0,00	-12.193,63
2.4	Liquide Mittel	186.258,13	297.651,42	111.393,29
	Bilanzsumme	**204.509,03**	**308.168,35**	**103.659,32**

Bilanz Passiva 2023

	Bezeichnung	Stand zum 01.01.2023	Stand zum 31.12.2023	Differenz
		in EUR		
1.	**Eigenkapital**	**162.656,30**	**255.729,70**	**93.073,40**
1.1	Allgemeine Rücklage	59.986,99	162.656,30	102.669,31
	davon Überschüsse aus Vorjahren	179.186,78	281.856,09	102.669,31
1.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	102.669,31	93.073,40	-9.595,91
	aus Vorjahren	102.669,31	0,00	-102.669,31
	des laufenden Jahres	0,00	93.073,40	93.073,40
2.	**Sonderposten**	**3.783,29**	**4.775,42**	**992,13**
2.1	für Zuwendungen	3.783,29	4.775,42	992,13
3.	**Rückstellungen**	**16.249,04**	**21.761,04**	**5.512,00**
3.4	Sonstige Rückstellungen	16.249,04	21.761,04	5.512,00
4.	**Verbindlichkeiten**	**21.820,40**	**25.902,19**	**4.081,79**
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.271,00	10.778,77	4.507,77
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	9.513,45	9.068,98	-444,47
4.8	Erhaltene Anzahlungen	6.035,95	6.054,44	18,49
	Bilanzsumme	**204.509,03**	**308.168,35**	**103.659,32**

Ergebnisrechnung

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2022	Fortge-schriebener Ansatz 2023	davon Ermächti-gungsüber-tragungen aus 2022	Ist-Ergebnis 2023	Vergleich Ansatz/Ist 2023	Ermächti-gungsüber-tragung 2023
		in EUR					
		1	2	3	4	5	6
	I. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit						
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	895.557,68	976.302,00	0,00	975.249,38	-1.052,62	0,00
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.193,63	0,00	0,00	8.985,15	8.985,15	0,00
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	9.308,32	0,00	0,00	7.148,53	7.148,53	0,00
10	**= *Ordentliche Erträge***	***917.059,63***	***976.302,00***	***0,00***	***991.383,06***	***15.081,06***	***0,00***
11	- Personalaufwendungen	642.897,61	783.500,00	0,00	729.367,87	-54.132,13	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	159.659,29	170.757,00	0,00	158.004,61	-12.752,39	0,00
14	- Bilanzielle Abschreibungen	1.942,01	8.000,00	0,00	2.902,70	-5.097,30	0,00
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.532,85	14.045,00	0,00	10.815,33	-3.229,67	0,00
17	**= *Ordentliche Aufwendungen***	***817.031,76***	***976.302,00***	***0,00***	***901.090,51***	***-75.211,49***	***0,00***
18	**= Ordentliches Ergebnis**	**100.027,87**	**0,00**	**0,00**	**90.292,55**	**90.292,55**	**0,00**
	II. Finanzergebnis						
21	**= *Finanzergebnis***	***0,00***	***0,00***	***0,00***	***0,00***	***0,00***	***0,00***
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit**	**100.027,87**	**0,00**	**0,00**	**90.292,55**	**90.292,55**	**0,00**
	III. Außerordentliches Ergebnis						
23	+ Außerordentliche Erträge	2.641,44	0,00	0,00	2.780,85	2.780,85	0,00
25	**= *Außerordentliches Ergebnis***	***2.641,44***	***0,00***	***0,00***	***2.780,85***	***2.780,85***	***0,00***
26	**= Jahresergebnis**	**102.669,31**	**0,00**	**0,00**	**93.073,40**	**93.073,40**	**0,00**
29	**= Ergebnis**	**102.669,31**	**0,00**	**0,00**	**93.073,40**	**93.073,40**	**0,00**
	nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage						
35	**Verrechnungssaldo (= Saldo 31 bis 34)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	82,98	79,51	+3,47
Eigenkapitalrentabilität	36,40	63,91	-27,51
Anlagendeckungsgrad 2	4.829,97	4.475,00	+354,97
Verschuldungsgrad	18,64	23,31	-4,67

Umsatzrentabilität	9,39	11,23	-1,84

Geschäftsentwicklung

Entwicklung der Erziehungsberatungsstelle und dessen Aufgabenbereiche

Die Beratungsarbeit im Jahr 2023 war geprägt von einer Rückkehr in die Beratungsstrukturen nach Corona aber inmitten des noch andauernden Angriffskrieges auf die Ukraine.

So gehörten neben der Rückkehr in die Präsenzberatung auch die Beratung ukrainisch geflüchteter Menschen zum Alltag.

Die Anzahl der Beratungsfälle 2023 erhöhte sich nach der krisenbehafteten Zeit in den Vorjahren auf über 700 Fälle (704).
Die Neuaufnahmen steigen auf 511 Fälle in 2023. Dabei entfällt ein Anteil von knapp 56 % auf Langenfelder und 42,8 % auf Monheimer Beratungsfälle. Fälle anderer Kommunen machen einen Anteil von 1,2 % aus. Die Verteilung der Fallzahlen auf die beiden Umlagegemeinden ist in den letzten 10 Jahren immer wieder Schwankungen unterlegen gewesen, weicht aber verteilt über die Jahre nicht wesentlich von der Verteilung der Anzahl der Jugendlichen unter 18 Jahren aus Monheim und Langenfeld ab.

Der Arbeitsanteil der Einzelfallarbeit stieg in 2023 wieder auf über 70% an (72,2%), während sie in den Vorjahren einen Anteil von 63,5 % insgesamt in Anspruch nahm. In den Vorjahren lag die Einzelfallarbeit bei 63,5% in 2022, während die fallübergreifenden Tätigkeiten gleichzeitig von 19% in 2019 bis 2022 auf 36,5% anstiegen. Erst in 2023 erfolgte wieder ein geringerer Anteil an fallübergreifender Arbeit.
Hierzu gehören vor allem Kooperationen mit anderen Institutionen und die Kooperationen mit den Familienzentren in Monheim und Langenfeld, die Zusammenarbeit in Arbeitskreisen, wie auch mit den Schulen und den beiden Jugendämtern, sowie die Durchführung eigener Kurse und Angebote der Beratungsstelle.

Bei den soziodemographischen Daten bezogen auf die Fallarbeit ergaben sich leichte Änderungen in einzelnen Bereichen:

Der Anteil der Jungen mit 56 % (2022: 52,8%) liegt höher als der Anteil der Mädchen mit 44 % (2022: 47,2%).

Der größte Anteil der Kinder mit Beratungsbedarf von 26,6% sind im Alter zwischen drei und sechs Jahren.

Der Anteil der beratenen Familien mit Migrationshintergrund stieg leicht von 29,5% im Vorjahr auf 30,30% in 2023.

Der Anteil der Familien, die von Trennung und Scheidung betroffen sind und Hilfe bei der Beratungsstelle nachfragen ist etwa gleich groß zum Anteil der Familien, deren Eltern nicht getrennt sind.

Die in den letzten Jahren deutlich erkennbare Tendenz der ständig steigenden Elternzahl, die bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren Unterstützung bedürfen, stieg weiter an auf über 26%.

Den zweitgrößten Beratungsbedarf gab es in der Alterskohorte von 6 bis 9 Jahren mit 26%, von 9 bis 12 Jahren mit 13,1% und mit 12,7% in der Alterskohorte von 12 bis 15 Jahren.

Der Anteil der Mediationsverfahren hat sich wieder auf das Niveau von 2020 mit 93 Verfahren erhöht.

Die fallübergreifenden Tätigkeitsfelder werden im allgemeinen Bericht der Erziehungsberatungsstelle dargestellt.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die allgemeinen Zuwendungen und Umlagen des Zweckverbandes lagen 2023 im Ergebnis bei 975.249 Euro.

Die Zuwendungen setzten sich aus unterschiedlichen Förderungen zusammen:

1. die Landesförderung der Familienberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft betrug insgesamt 61.342 Euro in 2023.

2. die Förderung von Familienberatungsstellen aufgrund einer fachbezogenen Pauschale für Kooperationen mit Familienzentren (diese Förderung ist jedes Jahr abhängig von der jeweiligen Haushaltslage des Landes NRW). In 2023 wurden für 315 durchgeführte Kooperationsstunden á 50 Euro insgesamt 15.750 Euro vereinnahmt.

3. die Landesförderung für die Fachberatungsstelle sexualisierte Gewalt ab 12/2022 in Höhe von 32.700 Euro für 2023.

4. Energiepauschale f. spez. Beratung 275 Euro und für die Familienberatung 3.091 Euro

d.h. die Zuweisungen betrugen insgesamt 113.158 Euro.

Die Umlage aus Monheim und Langenfeld betrug 859.302 Euro.

Die Gesamtabweichung zum fortgeschriebenen Ansatz von 976.302 Euro in der Zeile 2 lässt sich durch die Abweichung im Bereich der Zuwendungen erklären. Die zusätzlichen Förderungen für die Energiepauschale wurden nicht eingeplant.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der zusätzliche und nicht eingeplante Ertrag in Zeile 6 in Höhe von 8.985 Euro resultiert aus der Erstattung eines Guthabens in Höhe von 564 Euro der Neben- u. Betriebskosten für die Friedenauer Str. 17C von 2021 und der Korrektur der Neben- und Betriebskostenabrechnung 2022 in Höhe von 8.421 Euro (Erstattung Guthaben Heinestraße 6) in Monheim.

Sonstige ordentliche Erträge

Die im Jahresabschluss gebuchten sonstigen ordentlichen Erträge in Höhe von 7.148 Euro ergeben sich aus der nicht geplanten Auflösung von sonstigen Rückstellungen.

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen ist das Rechnungsergebnis mit 729.368 Euro im Jahresabschluss 54.133 Euro geringer, als der Planansatz für 2023.

Diese Abweichung resultiert im Wesentlichen aus personaltechnischen Veränderungen in der Beratungsstelle und der Vergütung der tariflich Beschäftigten, die mit 609.000 Euro geplant, aber nur mit 525.328 Euro verausgabt wurden.

Frau Schwarz hat sich zum 01.04.2023 in die Ruhephase Ihrer Altersteilzeit verabschiedet. Frau Groß-Maas wurde ab 01.06.2023 als nachfolgende Sozialpädagogin eingesetzt und verstärkt somit die multiprofessionelle Ausrichtung des Teams. Durch die nicht unmittelbare Nachbesetzung wurden entsprechende Personalkosten nicht in vollem Umfang verausgabt.

Frau Berneburg hat ab 01.09.2023 mit 18 Stunden Ihre Tätigkeit in der Erziehungsberatungsstelle als stellvertretende Leitung wieder aufgenommen.

Das Projekt Beratungsstelle gegen sex. Gewalt (100% 0,5 VZÄ EG 13) wurde im Haushalt vollständig eingeplant, und konnte mit Frau Schnitzler im Jahr 2023 vollständig durchgängig besetzt werden.

Der Ansatz für die Honorarkräfte im Haushaltsjahr 2023 mit 13.000 Euro (2022 waren noch 11.000 Euro geplant) wurde gehalten. Hier wurden 12.038 Euro u.a. für die Kurse „Kinder im Blick“ verausgabt.

Als weitere Abweichung zu benennen ist, dass der Ansatz von 500 Euro für die Beihilfen nicht verausgabt wurde.

Durch einen Abgang einer Kollegin in Altersteilzeit musste die entsprechende Rückstellung im Umfang von 45.5512 Euro als Zuführung nachträglich im Jahresabschluss eingebucht werden.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Der Ursprüngliche Ansatz beträgt 170.757 Euro, jedoch wurden im Haushaltsjahr 2023 nur 158.004 Euro verausgabt.

Die geringeren Aufwendungen in Höhe von 12.752 Euro insgesamt bei den Sach- und Dienstleistungen resultieren im Wesentlichen aus den ursprünglich geplanten Kostenerstattungen (Personalkosten Langenfeld/ Nebenkostenabrechnungen).

Diese wurden im Umfang von 40.157 Euro geplant, jedoch nur in Höhe von 31.880 Euro in Rechnung gestellt. Weitere Minderausgaben ergaben sich bei der Wartung von Software. Hier wurden von 8.100 Euro im Ansatz 5.423 Euro ausgegeben.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Der geplante Ansatz von 14.045 Euro wurde in 2023 um einen Betrag von 3.230 Euro unterschritten.

Der Ansatz für Fortbildungsmittel im Umfang von 6.995 Euro wurde im Umfang von 6903 Euro verausgabt, die Kontogebühren im geplanten Umfang von 500 Euro und die Büro- und Geschäftsaufwendungen im Umfang von 6.550 Euro nicht vollumfänglich verausgabt. Hier waren 339 Euro und 3.574 Euro in 2023 notwendig.

Jahresergebnis

Die Ergebnisrechnung schließt 2023 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 90.293 Euro ab.

Außerordentliche Erträge

Die Rechnungen des Jahres 2023 wurden geprüft, um festzustellen, ob Mehraufwendungen im Zusammenhang mit den verschiedenen Krisen entstanden und Haushaltsisolierungen notwendig sind.

Coronabedingt entstanden sind 2.781 Euro für zusätzlichen Aufwand (z.B. für Corona-Schnelltests u.ä.), die verpflichtend im Haushalt zu isolieren sind.

Weitere Isolierungen, z.B. bedingt durch die Energiekrise, konnten nicht ermittelt werden. Bei einem Vergleich der Nebenkostenabrechnungen der vergangenen Jahre konnte keine inflationsbedingte Veränderung festgestellt werden, so dass keine Isolierung vorgenommen wurde.

❑ Erläuterungen Finanzrechnung

Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen

Es wurden 3.782 Euro für bewegliches Anlagevermögen (3 Lenovo ThinkPad Notebooks, 4 Monitore und ein Bürostuhl) bei einem Ansatz von 3.800 Euro aufgewendet.

❑ Erläuterungen Bilanz Passiva

Eigenkapital

Das zu Beginn des Jahres 2023 mit 162.656 Euro ausgewiesene Eigenkapital erhöht sich um den Jahresüberschuss von 93.072 Euro auf einen Stand von 255.730 Euro zum Stand 31.12.2023.

3.4.1.9 Zweckverband Berufsbildende Schulen Opladen

Basisdaten

Anschrift	Stauffenbergstraße 21 - 23, 51379 Leverkusen
Beteiligungsverhältnis	Die Städte Leverkusen, Monheim, Langenfeld, Burscheid und Leichlingen betreiben gemeinsam den Zweckverband der Berufsbildenden Schulen in Opladen.
Verbandszweck	Der Schulverband ist Träger des Berufskollegs in Opladen. Der Schuldbezirk des Schulverbandes umfasst die Stadtgebiete der Städte: Burscheid, Langenfeld, Leichlingen und Monheim sowie den Stadteilen der Stadt Leverkusen: Bergisch Neukirchen, Hitdorf, Lützenkichen, Opladen und Quettingen.
Geschäftsführung	Herr Broscheid
Organe	Verbandsvorsteher, Verbandsversammlung
Verbandsvorsteher	Oberbürgermeister Uwe Richrath (Leverkusen)
Verbandsversammlung	Nach § 5 I der Satzung des Zweckverbandes entsendet die Stadt Langenfeld 3 Vertreter in die Verbandsversammlung: Barbara Aßmann Felix Freitag Sonja Wienecke

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Der Schulverband ist Träger des Berufskollegs in Opladen. Der Schuldbezirk des Schulverbandes umfasst die Stadtgebiete der Städte: Burscheid, Langenfeld, Leichlingen und Monheim sowie den Stadteilen der Stadt Leverkusen: Bergisch Neukirchen, Hitdorf, Lützenkichen, Opladen und Quettingen. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Zahlung einer Umlage an den Zweckverband in Höhe von 770.000 € im Jahre 2023 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals 2021 [5]

[5] Zum Redaktionsschluss lag kein aktueller Jahresabschluss mit entsprechenden Angaben vor, daher erfolgen hier die Darstellungen desletzten Abschlusses aus dem Jahr 2021.

1. Anlagevermögen			
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	14.912,56	9.759,04
1.2	Sachanlagen		
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.1.1	Grünflächen		
1.2.1.2	Ackerland		
1.2.1.3	Wald, Forsten		
1.2.1.4	Sonstige unbebaute Grundstücke		
	SUMME	**0,00**	**0,00**
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.2.1	Kinder- und Jugendeinrichtungen		
1.2.2.2	Schulen	7.271.012,55	7.627.433,44
1.2.2.3	Wohnbauten		
1.2.2.4	Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude		
	SUMME	**7.271.012,55**	**7.627.433,44**
1.2.3	Infrastrukturvermögen		
1.2.3.1	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens		
1.2.3.2	Brücken und Tunnel		
1.2.3.3	Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
1.2.3.4	Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen		
1.2.3.5	Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen		
1.2.3.6	Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens		
	SUMME	**0,00**	**0,00**
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden		
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	153.636,86	166.424,70
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	435.696,25	245.079,01
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	141.139,85	
	SUMME	**730.474,96**	**411.503,71**
1.3	Finanzanlagen		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen		
1.3.2	Beteiligungen	4.750,00	4.000,00
1.3.3	Sondervermögen		
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens		
1.3.5	Ausleihungen		
1.3.5.1	an verbundene Unternehmen		
1.3.5.2	an Beteiligungen		
1.3.5.3	an Sondervermögen		
1.3.5.4	Sonstige Ausleihungen		
	SUMME	**4.750,00**	**4.000,00**
2. Umlaufvermögen			
2.1	Vorräte		
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		
2.1.2	Geleistete Anzahlungen		
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	2.600.079,68	2.532.969,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	4.568,18	3.182,23
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände		0,00
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens		
2.4	Liquide Mittel	2.275.484,18	1.315.875,98
	SUMME	**4.880.121,04**	**3.852.027,21**
3. Aktive Rechnungsabgrenzung		368,11	368,11
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			
BILANZSUMME		**12.901.639,22**	**11.905.091,51**

		2021	2020
1. Eigenkapital			
1.1	Allgemeine Rücklage	8.726.320,92 €	8.726.320,92 €
1.2	Sonderrücklagen		
1.3	Ausgleichsrücklage	1.180.720,62	269.286,85
1.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	358.009,17	911.433,77
	SUMME	**10.265.050,71**	**9.907.041,54**
2. Sonderposten			
2.1	für Zuwendungen	170.394,90	148,76
2.2	für Beiträge		
2.3	für den Gebührenausgleich		
2.4	Sonstige Sonderposten		
	SUMME	**170.394,90**	**148,76**
3. Rückstellungen			
3.1	Pensionsrückstellungen		
3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten		
3.3	Instandhaltungsrückstellungen	440.614,56	110.000,00
3.4	Sonstige Rückstellungen	29.564,83	34.854,89
	SUMME	**470.179,39**	**144.854,89**
4. Verbindlichkeiten			
4.1	Anleihen		
4.1.1	für Investitionen		
4.1.2	zur Liquiditätssicherung		
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.2.1	von verbundenen Unternehmen		
4.2.2	von Beteiligungen		
4.2.3	von Sondervermögen		
4.2.4	vom öffentlichen Bereich		
4.2.5	von Kreditinstituten	304.657,75	881.153,59
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		
4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	105.070,76	52.874,46
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	12.636,71	9.018,27
4.8	Erhaltene Anzahlungen	1.040.649,00	900.000,00
	SUMME	**1.995.014,22**	**1.853.046,32**
5. Passive Rechnungsabgrenzung			
BILANZSUMME		**12.901.639,22**	**11.905.091,51**

Ergebnisrechnung 2021

		Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	davon Ermächtigungs-übertragungen aus dem Vorjahr	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist des Haushalts-jahres	Ermächtigungs-übertragungen in das Folgejahr
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6
1	Steuern und ähnliche Abgaben						
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	3.579.439,17	4.062.200,00		3.896.572,83	-165.627,17	
3	+ Sonstige Transfererträge						
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte						
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.267,21	5.500,00		2.294,26	-3.205,74	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00		1.801,93	1.801,93	
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	12.253,00	9.500,00		14.747,00	5.247,00	
8	+ Aktivierte Eigenleistungen						
9	+/- Bestandsveränderungen						
10	= **ordentliche Erträge**	**3.595.959,38**	**4.077.200,00**	**0,00**	**3.915.416,02**	**-161.783,98**	**0,00**
11	- Personalaufwendungen	475.946,54	480.500,00		398.491,92	-82.008,08	
12	- Versorgungsaufwendungen						
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.742.821,12	2.598.500,00		2.271.076,20	-328.423,80	
14	- Bilanzielle Abschreibungen	480.134,89	582.000,00		545.499,95	-36.500,05	
15	- Transferaufwendungen						
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	380.007,68	379.600,00		306.677,06	-72.722,92	
17	= **ordentliche Aufwendungen**	**3.078.910,33**	**4.041.600,00**	**0,00**	**3.521.945,15**	**-519.654,85**	**0,00**
18	= **ordentliches Ergebnis** (= Saldo Zeilen 10 und 17)	**517.049,05**	**35.600,00**	**0,00**	**393.470,87**	**357.870,87**	**0,00**
19	+ Finanzerträge						
20	- Zinsen und Sonstige Finanzaufwendungen	58.560,60	35.600,00		35.461,70	-138,30	
21	= **Finanzergebnis** (= Saldo Zeilen 19 und 20)	**-58.560,60**	**-35.600,00**	**0,00**	**-35.461,70**	**138,30**	**0,00**
22	= **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** (= Saldo Zeilen 18 und 21)	**458.488,45**	**0,00**	**0,00**	**358.009,17**	**358.009,17**	**0,00**
23	+ Außerordentliche Erträge	40,00			0,00	0,00	
24	- Außerordentliche Aufwendungen						
25	= **Außerordentliches Ergebnis** (= Saldo Zeilen 23 und 24)	**40,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
26	= **Jahresergebnis** (= Summe Zeilen 22 und 25)	**458.528,45**	**0,00**	**0,00**	**358.009,17**	**358.009,17**	**0,00**
27	- Globaler Minderaufwand*				0,00		
28	= **Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (= Zeilen 26 und 27)**	**458.528,45**	**0,00**	**0,00**	**358.009,17**	**358.009,17**	**0,00**
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage							
29	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen						
30	Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen						
31	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen						
32	Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen						
33	**Verrechnungssaldo (= Zeilen 29 bis 32)**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**

* Beim globalen Minderaufwand ist in der Spalte des fortgeschriebenen Ansatzes lediglich der im Ergebnisplan festgesetzte Betrag zu übernehmen.

Kennzahlen

	2021	2020	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	79,56	81,83	-2,27
Eigenkapitalrentabilität	3,49	5,19	-1,70
Anlagendeckungsgrad 2	138,41	133,20	+5,21
Verschuldungsgrad	24,03	22,20	+1,83
Umsatzrentabilität	9,14	13,63	-4,49

Geschäftsentwicklung

Der Zweckverband als Zusammenschluss der Mitgliedsgemeinden Leverkusen, Langenfeld, Monheim, Leichlingen und Burscheid ist Schulträger des Berufskollegs Opladen. Die Aufgaben und die Organisation werden in der Satzung des Zweckverbandes Berufsbildender Schulen (BZV) geregelt.

Nach § 38 (2) der KomHVO NRW ist dem Jahresabschluss u. a. ein Lagebericht gem. § 49 KomHVO NRW beizufügen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr verschaffen. Er soll so gefasst werden, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Zweckverbandes vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu enthalten. Während der Jahresabschluss grundsätzlich Vergangenheitsbezogen ist, sind in den Lagebericht auch zukunftsorientierte Elemente einzubeziehen. Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des BZV einzugehen.

9.2 Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31.12.2021 beläuft sich auf 12.901.639,22 € und erhöht sich damit gegenüber der Bilanz zum 31.12.2020 mit 11.905.091,51 € um 996.547,71 €.

Zusammengefasst stellt sich die Bilanz (Vermögenslage) des Berufsschulzweckverbandes zum 31.12.2021 wie folgt dar:

AKTIVA	€	%	PASSIVA	€	%
Anlagevermögen	8.021.150,07	62,1 %	Eigenkapital	10.265.050,71	79,6%
			Sonderposten	170.394,90	10,3 %
Umlaufvermögen	4.880.121,04	37,9 %	Rückstellungen	470.179,39	3,6 %
			Verbindlichkeiten	1.996.014,22	15,5 %
aktive Rechnungsabgrenzung	368,11	0,00%	passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00%
	12.901.639,22			12.901.639,22	

9.3 Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft (wichtige Ergebnisse zum Jahresabschluss sowie Erläuterung zur Struktur der Bilanz)

Mittelverwendung (Aktiva)

Die Aktivseite der Bilanz soll über das Vermögen des Berufsschulzweckverbandes zum 31.12.2021 die Werte der Mittelverwendung dokumentieren.

Den größten Anteil auf der Vermögensseite stellen die Sachanlagen mit 8.001.487,51 € oder rd. 62 % (Anteil an der Bilanzsumme) dar.

Der nächst höhere Posten der Vermögensseite sind die Forderungen i.H.v. 2.604.636,86 € dies entspricht einem Anteil von 20,2 %. Die liquiden Mittel mit einem Anteil von rd. 17,6 % beziffern sich auf 2.275.484,18 €.

Die restlichen Positionen spielen nur eine untergeordnete Bedeutung zum Gesamtvermögen.

Mittelherkunft (Passiva)

Die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert wurde; hier wird die Mittelherkunft sichtbar. Das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital ist von besonderer Bedeutung. Ein hoher Eigenkapitalanteil wirkt sich vorteilhaft aus. Er verbessert die Kreditbeurteilung und sichert finanzielle Unabhängigkeit.

Das Eigenkapital der Bilanz ermittelt sich als Saldo der Vermögenswerte abzüglich Schulden und Rechnungsabgrenzung. Es hat mit einem Anteil von über 80 % an der Bilanzsumme einen sehr guten Wert.

Eigenkapitalentwicklung:

Eigenkapital lt. Bilanz zum 31.12.2008	9.790.166,99 €
+ Jahresüberschuss 2009	28.885,45 €
./. Jahresfehlbetrag 2010	621.102,44 €
./. Jahresfehlbetrag 2011	468.676,11 €
./. Jahresfehlbetrag 2012	79.713,14 €
./. Jahresfehlbetrag 2013	117.145,44 €
./. Jahresfehlbetrag 2014	109.818,18 €
./. Jahresfehlbetrag 2015	29.272,58 €
./. Verlust Anlagenabgang 2015	1.004,63 €
+ Jahresüberschuss 2016	120.450,45 €
+ Erhöhung durch Verkauf Anlagevermögen	7.661,60 €
+ Jahresüberschuss 2017	205.888,95 €
+ Jahresüberschuss 2018	269.286,85 €
+ Jahresüberschuss 2019	452.905,32 €
+ Jahresüberschuss 2020	458.528,45 €
+ Jahresüberschuss 2021	358.009,17 €
Verbleibendes Eigenkapital 31.12.2021	10.265.050,71 €

Die Kreditverbindlichkeiten für Investitionen in Höhe von rd. 836 T€ stehen in einem nicht sehr hohen Verhältnis zum Anlagevermögen in Höhe von rd. 8 Mio. €. Der größte Anteil ist also durch das hohe Eigenkapital abgedeckt.

9.4 Ergebnisrechnung 2021

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2021 wurde ein Jahresüberschuss i. H. v. 358.009,17 € festgestellt. Das Ergebnis weicht damit gegenüber dem geplanten Jahresfehlbetrag 2021 von 0 € entsprechend ab.

Erläuterung erheblicher Abweichungen:

Zeile 02 „Zuwendungen und ähnliche Abgaben":

Für 2021 wurde davon ausgegangen, dass Digitalpaktmittel i.H.v. 200.000 € fließen. Dieser Zeitplan wurde erheblich überschritten.

Zeile 05 „privatrechtliche Leistungsentgelte":
Die Kioskmiete konnte in 2021 Corona bedingt nicht vollständig gefordert werden.

Zeile 07 „sonstige ordentliche Erträge"
Hier wurden 9.000 € eingeplant, weil davon ausgegangen wurde, in 2021 Rückstellungen für Prüfkosten auflösen zu können. Im Jahre 2021 konnten sogar Rückstellungen i.H.v. 14.747 € für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2017 und 2018 aufgelöst werden.

Zeile 11 „Personalaufwendungen":
Es wurden Personalaufwendungen i.H.v. 82 T € zu hoch eingeplant. Diese Einsparung. entstand auf Grund einer Langzeiterkrankung.

Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen"
Hinsichtlich der Gebäudeunterhaltungsplanung (Konto 5211) wurden für 2021 rd. 150.000 € zu viel eingeplant. Da diverse Sanierungen nicht erfolgten, konnte der Aufwand nicht plangemäß verbucht werden. Für konkrete Vorhaben wurden jedoch Instandhaltungsrückstellungen gebildet.

Die Planung für die „Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens" war rd. 7.500 € zu hoch. Geplante Reparaturen auf Initiative der Fachlehrerinnen und – Lehrer mussten verschoben werden. Der Lernmittelbedarf war Corona bedingt 30 T € geringer als geplant.

Zeile 14 „bilanzielle Abschreibungen":
Die Bezifferungen der voraussichtlichen Abschreibungsbeträge gestalten sich als schwierig, die Abweichung bezifferte sich auf rd. 36.500 €.

Zeile 16 „sonstige ordentliche Aufwendungen":
Hier gab es eine Erhöhung i.H.v. 72 T €, die durch die Gegenbuchung der Förderung „Ankommen nach Corona" zu begründen ist. Es gab einige Verschiebungen innerhalb der Sachkonten. Rd. 50 T € konnten eingespart werden, weil die Mieter für die Dependance in der Fürstenbergstraße auf Grund der Flut bedingten Nichtnutzbarkeit nicht bezahlt werden musste. Das Fortbildungsbudget wurde Corona bedingt nur zur Hälfte ausgeschöpft.

9.5 Finanzrechnung 2021

Im Finanzplan wurde keine Änderung der Liquiditätsreserven geplant. Die Finanzmittel haben sich jedoch um rd. 960.000 € erhöht. Die Ursache der Erhöhung waren zuvor erläuterte Einsparungen und Fördermittelzahlungen.

Zeile 25 „Auszahlungen für Baumaßnahmen":
Es wurden investive Kosten für die Machbarkeitsstudie i.H.v. 142.000 € eingeplant. Abgeflossen sind jedoch nur 105.000 €. Die Projektkosten verschoben sich in Folgejahre.

Zeile 26 „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen":
Es ist eine Unterschreitung i.H.v. 160.000 € festzustellen, die durch die fehlende Umsetzung der DigitalPakt - Förderung zu begründen ist.

Im Übrigen liegen bei den Abweichungen der Finanzrechnungspositionen die gleichen Gründe wie bei der Ergebnisrechnung vor.

9.6 Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Berufsschulzweckverbandes

Die Haushaltswirtschaft umfasst die Bereiche Jahreshaushaltsplanung, die mittelfristige Planung, die Steuerung des Ablaufs, die Ausführung des Haushaltes und die Rechnungslegung.

Die zahlenmäßige Darlegung der Entwicklung der Ansätze ist in der Bilanz (aus der MACH - Software) ersichtlich. Somit ist eine Vergleichbarkeit der „Ansätze" 31.12.2020 und 31.12.2021 gegeben.

Zur Erhöhung der Transparenz der Haushaltswirtschaft wird die Entwicklung der Zweckverbandsumlage der Jahre 2017 – 2021 dargestellt:

Jahr	Gesamtumlage
2017	3.061.719 € (davon kassenwirksam: 2.821.819 €)
2018	3.255.669 € (davon kassenwirksam: 2.968.912 €)
2019	3.298.954 € (davon kassenwirksam: 2.931.356 €)
2020	3.545.800 € (davon kassenwirksam: 3.179.300 €)
2021	3.833.500 € (davon kassenwirksam: 3.770.600 €)

Basis der Haushaltsplanung ist grundsätzlich der bestehende Haushalt. Ziel ist es, die Gesamtkosten und damit die Umlageforderung stabil zu halten. Neuanschaffungen werden kontinuierlich und begrenzt durchgeführt.

Produktorientierte Ziele und Kennzahlen

Nach produktorientierten Zielen und Kennzahlen wird nicht differenziert. Das Berufskolleg Opladen ist ein Gesamtprodukt. Die Ausgaben sind somit untereinander deckungsfähig, nur der Saldo gem. Ergebnis- bzw. Finanzplan soll nicht verschlechtert werden.

Für die Beurteilung einer Bilanz wendet man in der Regel spezielle Analysemethoden an, um objektive Vergleiche durchführen zu können. Die nachfolgend verwendeten

Kennzahlen sind dem Kennzahlenset aus dem Runderlass des IM vom 01.10.2008 entnommen.

Bei der Analyse der Bilanz wird das Verhältnis einzelner Bilanzposten zueinander betrachtet und bewertet. Dabei werden schwerpunktmäßig die Finanzierung des Haushalts (mit Eigen- und Fremdkapital) und die Finanzierung der (langfristigen) Vermögensgegenstände des Anlagevermögens in Relation gesetzt.

Vermögensanalyse

Die Eigenkapitalquote I beziffert sich auf rd. 79,6 % (Vorjahr: 83,2 %).

Eigenkapitalquote: $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Diese ist lt. Fachliteratur als „ordentlich" zu bezeichnen. Rd. 91 % des Vermögens resultiert aus der Bezifferung des Schulgebäudes und des -grundstücks. Finanzielle Beteiligungen und Wertpapiere sind in 2021 i.H.v. 4.750 € vorhanden.

Schuldenanalyse

Der Verschuldungsgrad beziffert sich auf 8,2 % (Vorjahr: 9 %).

Statischer Verschuldungsgrad: $\frac{\text{lfr. Fremdkapital x 100}}{\text{Eigenkapital}}$

Dieser ist somit als gering zu bewerten. Letztmalig wurde in 2006 zur Finanzierung der Innensanierung ein Kredit aufgenommen. Detaillierte Zahlen können dem Verbindlichkeitsspiegel entnommen werden.

Ertragsanalyse

Neben der Umlage, die sich aus der Jahresplanung ergibt, werden nur geringe Erträge verbucht. Hierbei handelt es sich überwiegend um Mieteinnahmen, Fortbildungsmittel der Bezirksregierung, Zuwendungen im Rahmen der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung und Erstattungen des Fördervereins für die Reinigungskraft des Berufskollegs. Weitere Erträge aus Fördermittel wurden buchungstechnisch neutralisiert, da diese keine Auswirkungen auf die Umlage haben.

Finanzanalyse

Liquide Mittel bestanden zum Bilanzstichtag i. H. v. rd. 2,2 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €).

Anwendung des Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen

Von der Erstellung einer Nebenrechnung im Sinne dieser Vorschrift wurde abgesehen. Zum einen hielt sich der Corona bedingte Mehraufwand in Grenzen bzw. es konnten gleichzeitig Minderausgaben festgestellt werden.

9.7 Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Am 04.12.2023 erfolgte die mehrheitliche Beschlussfassung über die Errichtung eines Neubaus für das komplette Berufskolleg Opladen. Es wurde sich ausdrücklich für die Umsetzung der technischen Profilbildung entschieden.

Die Geschäftsstelle wurde personell aufgestockt. So gibt es seit Juni 2023 einen technischen Sachbearbeiter, der die Betreiberverantwortung des Hauptstandortes wahrnimmt. Eine zweite Fachkraftstelle befindet sich im Ausschreibungsprozess.

3.4.1.10 PD – Partnerschaft der öffentlichen Hand GmbH

Basisdaten

Anschrift	Friedrichstraße 149, 10117 Berlin
Beteiligungsverhältnis	Zum 31.12.2019 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10. 020 Geschäftsanteile. Beherrschender Gesellschafter ist mit 7.884 Geschäftsanteilen die Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt Langenfeld erwarb Ende 2020 10 Anteile. (weniger als 1 %)
Verbandszweck	Gesellschaftsvertraglicher Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen, um die staatlichen Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen.
Gründungsdatum	2008
Geschäftsführung	Herrn Stéphane Beemelmans Herrn Claus Wechselmann
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt im Jahr 2021 über 520 Mitarbeiter

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Gesellschaftsvertraglicher Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der öffentlichen Hand. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

		31.12.2023 EUR		31.12.2022 EUR
A.	**ANLAGEVERMÖGEN**			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände			
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		442.691,18	679.328,18
II.	Sachanlagen			
	Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.511.570,00	3.388.552,00
			3.954.261,18	4.067.880,18
B.	**UMLAUFVERMÖGEN**			
I.	Vorräte			
1.	Unfertige Leistungen	9.346.550,99		7.257.181,79
2.	Geleistete Anzahlungen	75.409,29		0,00
			9.421.960,28	7.257.181,79
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.845.077,77		13.186.191,28
	- davon gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 8.874.656,38 (Vorjahr: EUR 8.744.096,28)			
	- davon gegen Gesellschafter: EUR 12.571.589,39 (Vorjahr: EUR 12.031.764,16)			
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.310.120,26		2.327.718,97
	- davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 2.140.754,89 (Vorjahr: EUR 1.953.695,18)			
			15.155.198,03	15.513.910,25
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		43.646.388,22	29.654.773,93
			68.223.546,53	52.425.865,97
C.	**RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**		1.377.827,15	521.736,21
			73.555.634,86	57.015.482,36

P A S S I V A

		31.12.2023 EUR		31.12.2022 EUR
A.	**EIGENKAPITAL**			
I.	Ausgegebenes Kapital			
1.	Stammkapital	2.004.000,00		2.004.000,00
2.	Nennbetrag eigene Anteile	-702.600,00		-962.600,00
			1.301.400,00	1.041.400,00
II.	Kapitalrücklage		3.608.072,63	3.608.072,63
III.	Gewinnrücklagen		21.075.876,93	14.623.122,12
IV.	Gewinnvortrag		8.703.506,63	8.703.506,76
V.	Jahresüberschuss		10.659.610,07	9.353.382,14
			45.348.466,26	37.329.483,65
B.	**RÜCKSTELLUNGEN**			
1.	Steuerrückstellungen	1.060.843,62		1.446.809,00
2.	Sonstige Rückstellungen	17.450.401,93		10.507.800,86
			18.511.245,55	11.954.609,86
C.	**VERBINDLICHKEITEN**			
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.892.494,57		1.609.300,99
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 2.892.494,57 (Vorjahr: EUR 1.609.300,99)			
	- davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 1.773.601,49 (Vorjahr: EUR 411.376,02)			
	- davon gegenüber Gesellschaftern EUR 2.892.494,89 (Vorjahr: EUR 1.577.300,99)			
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.513.351,56		2.729.335,29
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.513.351,56 (Vorjahr: EUR 2.729.335,29)			
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	5.274.606,92		3.392.752,57
	- davon gegenüber Gesellschaftern: EUR 267.195,82 (Vorjahr: EUR 0,00)			
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 5.274.606,92 (Vorjahr: EUR 3.392.752,57)			
	- davon aus Steuern: EUR 4.813.363,09 (Vorjahr: EUR 3.201.406,21)			
	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 174.179,06 (Vorjahr: EUR 153.435,90)			
			9.680.453,05	7.731.388,85
D.	**RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**		15.470,00	0,00
			73.555.634,86	57.015.482,36

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2023 EUR	2022 EUR
1.	Umsatzerlöse	137.077.467,48	115.563.301,22
2.	Erhöhung/Minderung des Bestands an Vorräten	2.089.369,20	1.071.354,79
3.	Sonstige betriebliche Erträge	689.238,35	137.746,93
4.	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.128.179,19	-22.290.620,13
5.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-70.611.858,91	-50.945.212,73
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung: EUR 135.283,09 (Vorjahr: EUR 125.656,66)	-11.096.549,48	-8.134.666,22
		-81.708.408,39	-59.079.878,95
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.428.008,03	-1.662.433,05
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.259.423,62	-20.033.422,88
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus Abzinsung: EUR 83,86 (Vorjahr: EUR 0,00)	214.368,48	0,00
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung: EUR 365,45 (Vorjahr: EUR 320,03)	-365,32	-59.308,68
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.885.786,89	-4.292.697,44
11.	**Ergebnis nach Steuern**	10.660.272,07	9.354.041,81
12.	Sonstige Steuern	-662,00	-659,67
13.	**Jahresüberschuss**	10.659.610,07	9.353.382,14

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	61,65	69,07	-7,42
Eigenkapitalrentabilität	23,51	39,95	-16,44
Anlagendeckungsgrad 2	1.146,83	1.494,26	-347,43
Verschuldungsgrad	62,17	44,77	+17,40
Umsatzrentabilität	7,78	13,56	-5,78

Geschäftsentwicklung

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Unternehmensstruktur

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 99 GWB. Gesellschafter sind der Bund, Länder, Kommunen, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts sowie weitere öffentliche Organisationen, Institutionen und zwei Beteiligungsvereine. Sie kontrollieren über ihre Stimmrechte und Mitwirkungspflichten die Arbeit der PD. Die Gesellschafter der PD und ihre nachgeordneten Behörden haben die Möglichkeit, die PD auf der Grundlage von § 108 Abs. 4 GWB direkt zu beauftragen, und zwar in Bezug auf alle angebotenen Beratungsfelder und in jeder Projektphase. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist grundsätzlich in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber einschließlich der Republik Zypern als derzeit einzige ausländische Gesellschafterin in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektemanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhaben der öffentlichen Hand.

Zum 31.12.2023 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10.020 Geschäftsanteile, die sich wie folgt auf die Gesellschafter verteilen:

Gesellschafter	Geschäftsanteile*
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	3.513
Bundesrepublik Deutschland	2.603
PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“ e.V.	280
PD-Beteiligungsverein „Kommunale Großkrankenhäuser“ e.V.	160
Land Baden-Württemberg	100
Land Berlin	100

Land Brandenburg	100
Land Freie Hansestadt Bremen	100
Land Freie Hansestadt Hamburg	100
Land Hessen	100
Land Mecklenburg-Vorpommern	100
Land Niedersachsen	100
Land Nordrhein-Westfalen	100
Land Rheinland-Pfalz	100
Land Saarland	100
Land Sachsen-Anhalt	100
Land Schleswig-Holstein	100
Land Thüringen	100
Republik Zypern	100
Stadt Bremen	25
Stadt Bochum	25
Stadt Duisburg	25
Stadt Essen	25
Stadt Frankfurt am Main	25
Stadt Köln	25
Stadt Leipzig	25
Stadt Mannheim	25
Märkischer Kreis	25
Stadt Nürnberg	25
Kreis Pinneberg	25
Stadt Wuppertal	25
Kreis Mettmann	25
Kreis Paderborn	25
Schleswig-Holsteinischer Landkreistag	20
Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	20
Bergisch Rheinischer Wasserverband KöR	20

Bundesagentur für Arbeit	20
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben AöR	20
Dataport AöR	20
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGVU)	20
Deutsche Rentenversicherung Rheinland AöR (DRV)	20
FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main	20
Kommunal BIT AöR (Kommunaler Betrieb für Informationstechnik)	20
Komm.ONE	20
Kommunaler Zweckverband ITK Rheinland	20
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
Unfallkasse NRW	20
Universität Bonn	20
Universität Duisburg-Essen KöR	20
Universität zu Köln	20
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20
Westfälische Hochschule	20
Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20
Zweckverband eGo-Saar	20
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20
Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH (ENO)	20
govdigital eG	20
Klinikum Worms gGmbH	20
Leibnitz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV)	20
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	20
RKiSH - Rettungsdienst Kooperation in Schleswig-Holstein	20
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20
Landkreis Darmstadt-Dieburg	15

Stadt Bergisch Gladbach	15
Stadt Braunschweig	15
Stadt Bremerhaven	15
Landkreis Euskirchen	15
Stadt Freiburg i.Br	15
Stadt Herne	15
Stadt Jena	15
Stadt Krefeld	15
Stadt Leverkusen	15
Stadt Mainz	15
Stadt Mönchengladbach	15
Stadt Oberhausen	15
Stadt Offenbach	15
Kreis Olpe	15
Stadt Paderborn	15
Stadt Potsdam	15
Stadt Recklinghausen	15
Stadt Regensburg	15
Stadt Remscheid	15
Rhein-Hunsrück-Kreis	15
Stadt Salzgitter	15
Kreis Segeberg	15
Stadt Solingen	15
Landkreis Trier-Saarburg	15
Stadt Wiesbaden	15
Burgenlandkreis	15
Landkreis Celle	15
Landkreis Dachau	15
Landkreis Dahme-Spreewald	15

Kreis Groß-Gerau	15
Kreis Herzogtum Lauenburg	15
Hochsauerlandkreis	15
Main-Taunus-Kreis	15
Landkreis Nienburg/Weser	15
Kreis Ostholstein	15
Landkreis Sigmaringen	15
Landkreis Uckermark	15
Stadt Bergkamen	10
Stadt Castrop-Rauxel	10
Stadt Dinslaken	10
Stadt Dormagen	10
Stadt Frechen	10
Landkreis Helmstedt	10
Stadt Hürth	10
Stadt Iserlohn	10
Stadt Langenfeld	10
Stadt Lüneburg	10
Landkreis Prignitz	10
Stadt Ratingen	10
Stadt Troisdorf	10
Stadt Unna	10
Landkreis Lichtenfels	10
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10
Kreisstadt Bad Hersfeld	5
Stadt Barsinghausen	5
Stadt Dillenburg	5
Stadt Dreieich	5
Stadt Ennepetal	5

Stadt Erkrath	5
Stadt Espelkamp	5
Gemeinde Ganderkesee	5
Stadt Gelnhausen	5
Stadt Halle (Westf.)	5
Stadt Hamminkeln	5
Stadt Heiligenhaus	5
Stadt Kamp-Lintfort	5
Stadt Kempen	5
Stadt Königs Wusterhausen	5
Stadt Lengerich (Westf.)	5
Stadt Lindau	5
Stadt Mettmann	5
Stadt Monheim am Rhein	5
Kreisstadt Olpe	5
Stadt Papenburg	5
Stadt Rheinberg	5
Stadt Sehnde	5
Gemeinde Stuhr	5
Stadt Taunusstein	5
Gemeinde Uetze	5
Stadt Waren (Müritz)	5
Stadt Wedel	5
Stadt Wesseling	5
Stadt Wülfrath	5
Stadt Würselen	5
Stadt Boizenburg/Elbe	2
Stadt Brake (Unterweser)	2
Samtgemeinde Heeseberg	2
Stadt Heusenstamm	2

Marktgemeinde Holzkirchen	2
Stadt Hünfeld	2
Samtgemeinde Lachendorf	2
Gemeinde Langerwehe	2
Gemeinde Lilienthal	2
Stadt Luckau	2
Gemeinde Marpingen	2
Stadt Mengen	2
Gemeinde Merzenich	2
Gemeinde Metelen	2
Gemeinde Michendorf	2
Gemeinde Neubiberg	2
Gemeinde Nörvenich	2
Gemeinde Nohfelden	2
Gemeinde Oberthal	2
Stadt Pattensen	2
Gemeinde Schönefeld	2
Stadt Schwarzenbek	2
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2
Gemeinde Tholey	2
Stadt Uetersen	2
Gemeinde Windeck	2
Stadt Wittingen	2
Gemeinde Zöllnitz	2
Deutscher Landkreistag e. V.	1
Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.	1
Deutscher Städtetag	1
	10.020

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aktuell aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden.

Des Weiteren hat die Gesellschaft seit 2021 einen Betriebsrat mit aktuell 11 (nebenamtlichen) Mitgliedern. Der Betriebsrat hat zudem Betriebs-, Personal- und Wirtschaftsausschüsse eingerichtet.

Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat. Das im Jahr 2017 gegründete Gremium berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Gesundheit, IT und Verwaltungsmodernisierung. Das Gremium kann Empfehlungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat aussprechen, diese sind an die Empfehlungen nicht gebunden. Die Mitglieder wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt.

Die Periode des Beirats endete in 2023 mit einer Abschlusssitzung am 11. September. In der Sitzung des Aufsichtsrates am 30. November wurde ein neuer Beirat aus zunächst acht Mitgliedern gebilligt. In 2024 sollen noch zwei weitere Mitglieder hinzukommen.

1.2 Unternehmenssteuerung

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2023 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Unternehmensbereiche und Standorte betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen. Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

1.3 Unternehmensführung

Die Gesellschafterversammlung hat am 22.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgröße von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

Darüber hinaus hat die Geschäftsführung beschlossen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe regelmäßig neu ausgerichtet werden. Die Digitalisierung ist dabei zugleich Mittel und Treiber des Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen. Gerade mit der Umsetzung des OZG (Onlinezugangsgesetz) hat die Verwaltung die Erfahrung machen müssen, dass die notwendige Digitalisierung an Grenzen stößt und so strukturelle Veränderungen unumgänglich werden, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten.

Sowohl der in 2023 verstetigte Fachkräftemangel als auch die sich - nicht zuletzt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts - verengenden haushälterischen Spielräume der öffentlichen Hand erhöhen die Transformationsnotwendigkeit in der Verwaltung.

Dabei sind die sich daraus ergebenden Herausforderungen auf allen föderalen Ebenen anzutreffen und von der Verwaltung von innen heraus nur sehr eingeschränkt zu bewältigen.

Mit den vorgenannten Aspekten geht weiterhin eine große Nachfrage nach Unterstützung nach Leistungen des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung einher. Auf Grund der Gesellschafterstruktur der PD ist diese auf allen föderalen Ebenen (zu der kommunalen Ebene siehe den folgenden Abschnitt) aktiv und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung etabliert.

2.1.2 Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand vermehrt vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen, das Gefüge zwischen Stadt-Land-Region und Gebäudebestände mit begrenzten Haushaltsmitteln zu organisieren, zu bauen oder zu sanieren und auszubauen sowie Verwaltungsstrukturen bei den Bau-, Gesundheits- und den sonstigen Kommunalverwaltungen zu modernisieren und die kommunale Verwaltung nachhaltig aufzustellen. Nach wie vor führen die Auswirkungen von Corona (auslaufend) und der Krieg in der Ukraine zu erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Das damit verbundene drastische Wachstum der Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern werden vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Der bereits im letzten Jahr spürbare Gegentrend hält allerdings weiter an, da die bisher hohe Auslastung der Bauwirtschaft im Privatsektor wegen der hohen Preise wegbricht. Umso wichtiger bleibt die große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln. Im Rahmen des DARP (Deutsche Aufbau- und Resilienzplan) wurden im Jahr 2023 erste wichtige Meilensteine erreicht. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen im Bereich Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung bleibt aufgrund der nach wie vor sehr hohen Investitionsrückstände weiterhin hoch. Die PD hat sich insbesondere im kommunalen Bereich, aber auch im Bereich von Bundes- und Landesbau, als Vertraute der öffentlichen Hand in der Bandbreite von Strategie-, Organisations- und Infrastrukturberatung etabliert.

2.1.3 Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern. Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein Umsatzwachstum verzeichnen.

Die PD durfte sich in 2023 als „Hidden Champion" des Beratungsmarktes 2022/2023 im Bereich „Public Sector" bezeichnen, zu dem sie Ende 2021 gewählt worden war. Die Auszeichnung „Hidden Champion des Beratungsmarktes" wird seit 2008 durch die unabhängige Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB) vergeben. Die Kategorie „Public Sector" war im Jahr 2021 erstmalig vergeben worden. Zudem erhielt die PD im Dezember 2023 erneut die Auszeichnung und darf sich nun als „Hidden Champion" des Beratungsmarktes 2024/2025 im Bereich „Public Sector" bezeichnen.

2.2 Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2023 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2023 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Zudem wurde aufgrund des wachsenden Geschäfts und der steigenden Mitarbeitendenzahlen das Hamburger Büro zum 1. Juli 2023 offiziell zu einer Betriebsstätte. Neben den nunmehr vier Betriebsstätten dienen weiterhin die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg sowie die in 2023 bezogenen Büros in München und Stuttgart als Anlaufpunkte für die Kunden und Kundinnen der PD aus den jeweiligen Regionen. Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wurden gezielt Regionalisierung, Themen- und Geschäftsfeldentwicklung sowie zukunftsweisende Schwerpunktsetzung in der Expertise fortgesetzt. Im Zuge des Strategieprozesses wurde die Vernetzung innerhalb der Matrixorganisation zwischen Kompetenzzentren und Marktbereichen sowie die bereichsübergreifende Zusammenarbeit und das Wissensmanagement in besonderen Fokus gerückt.

Die Geschäftsführer Stéphane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2023 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung inkl. Vergabestelle	Strategische Verwaltungsmodernisierung inkl. Science Group
Finanzen, Recht, Gesellschafterbetreuung, interne Revision, interner Datenschutzbeauftragter	Personal, Marketing & Kommunikation (inkl. Lektorat und Qualitätssicherung), Digitalisierung & IT, interne Revision

Im Geschäftsjahr 2023 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung" Herr Karl-Heinz Heller (bis zum 31.05.2023), Herr Dr. Uwe Schmidt, Frau Birte Frischemeier und ab dem 1. Juni 2023 Frau Melanie Kunzmann, aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung" Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend, Herr Dr. Peter-Roman Persch, sowie aus dem Bereich der Corporate Functions Frau Anja Tannhäuser.

Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von rd. 10.660 T€ abgeschlossen und liegt damit 5.364 T€ über Plan. Damit erhöhte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1.307 T€. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamtleistung (T€) (ohne sonstige betriebliche Erträge)	11.396	25.961	43.468	54.578	65.407	94.040	116.635	139.167
Deckungsbeitrag 1 (T€)	8.051	16.289	23.585	31.952	48.767	73.184	94.482	117.728
Jahresüberschuss (T€)	1.324	2.838	3.858	2.898	6.303	12.704	9.353	10.660

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten und zu festigen.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch planmäßig die Gesamtaufwendungen angestiegen. Der wesentliche Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich trotz Steigerung der Gesamtleistungen. Die Gesamt-Mietaufwendungen der Gesellschaft blieben auch mit weiterem Personalwachstum weitestgehend gegenüber dem Vorjahr konstant. Ein Kostenanstieg ist gegenüber dem Vorjahr nach der Corona-Pandemie bei den Reisekosten zu verzeichnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	PLAN (T€)	IST (T€)	Δ (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	139.378	139.856	478
Aufwand	-129.608	-124.524	5.084
davon Personalaufwand	*-77.547*	*-81.708*	*-4.161*
Zinsergebnis, neutraler Aufwand, Steuern	-4.473	-4.672	-199
Jahresüberschuss	5.296	10.660	5.364

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2023 über direkte Geldmittel in Höhe von 43,6 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten wieder Festgeldanlagen. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 14 Mio. € angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 2,9 Mio. €.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist um 2,6% (-341 T€) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gesunken sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 2.729 T€ auf 1.513 T€. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Rückstellungen um 6.943 T€. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen zum einen aus der angestiegenen Rückstellung für Tantieme (+2.996 T€) und zum anderen aus den Rückstellungen für Fremdleistungen (+3.534 T€).

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2023) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 45,3 Mio. € bei rund 61,7% der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme hat sich um 16,5 Mio. € (+ 22,47%) gegenüber dem Vorjahreswert auf 73,6 Mio. € erhöht. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 18,6-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung der Gesamtleistung weitestgehend erfüllt und die des operativen Jahresergebnisses weit übertroffen. Trotz der gestiegenen Umsätze liegen die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben in der Berichtsperiode gegenüber dem Vorjahr konstant. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen, auch Weiterbildungsmaßnahmen haben durchgängig stattgefunden. Des Weiteren wurde in der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2022 die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 2,9 Mio. T€ beschlossen.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2023 rund 15.332 T€ und liegt damit um 5.562 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um 1.626 T€ gestiegen.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 13.992 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 43.646 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 17.994 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.101 T€. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist -2.901 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2022 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß in Höhe von 2.901 T€.

- Die PD hat während des Geschäftsjahres 2023 durchschnittlich 970 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 717 im Geschäftsjahr 2022.
- Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeitendenförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, wie z.B.:
  - Das Rollen- und Kompetenzmodell wurde im letzten Jahr weiter überarbeitet. Ende Juli 2023 wurden insgesamt vier Rollen- und Kompetenzmodelle sowohl durch die Geschäftsführung als auch durch den Betriebsrat verabschiedet. Dabei wurden die teils schon bestehenden Pilotmodelle hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und Aktualität auf die PD überprüft. Darüber hinaus wurde das Basis- und Aufbau-Curriculum stetig weiterentwickelt.

  - Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzepts fördert die Gesellschaft seit 2014 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.
  - Nach 2018 und 2021 führte die PD 2023 wieder eine Mitarbeitendenbefragung durch. Die Teilnahme war freiwillig und anonym, und wurde von einem externen Partner der PD begleitet.
  - Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung.

- Regelmäßig werden vom Team Marketing und Kommunikation Einführungs-Workshops zur Markenpositionierung der PD sowie den Aspekten der Identität (Markenleitbild) und der Visualisierung (Corporate Design) durchgeführt. Sie werden von der überwiegenden Zahl der neu zur PD gekommenen Mitarbeitenden besucht.
- Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.
- Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.
- Auch 2023 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an neun gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt. Die Beschäftigten der PD konnten Vorschläge für mögliche Spendenempfänger einreichen, über die bis Mitte Dezember unternehmensweit abgestimmt wurde. Auf unserer Webseite (https://www.pd-g.de/csr) stellen wir der neun mit der PD-Firmenspende bedachten Organisationen vor, die der Nennung zugestimmt haben.
- Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt – wenn immer möglich – alternative Besprechungsmedien.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in einzelnen Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen. Auf Grund ihrer Größe ist PD mittlerweile in der Lage sich thematisch weiter zu spezialisieren und ihre Kunden nicht nur methodisch, sondern auch mit tiefer Fachlichkeit zu beraten.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. November 2023 beschlossen wurde und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2025-2028 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2025 – 2028 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 14% p.a. erwartet.

Für das Jahr 2024 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 10%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Das operative Ergebnis für das Jahr 2024 wird auf einem ähnlich hohen Niveau wie für das Jahr 2023 angenommen. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind gestiegene Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die in 2023 unterjährig erfolgten Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Kosten sowie durch Kosten für Weiterbildungen und Wissenstransfer begründet. Eine kostenseitige Anpassung auf das weitere Mitarbeitendenwachstum ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2024 weiterhin zwingend erforderlich.

3.2 Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur, Haushaltsengpässe oder Pandemien und inzwischen auch Kriegsereignisse oder Cyberangriffen auf die IT-Infrastruktur der Gesellschaft.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Hierfür wurde eine einheitliche Systematik entwickelt, die in allen Bereichen, in denen Risiken ermittelt und bewertet werden, verwendet wird. Aufgrund dieser Systematik werden alle Risiken nach dem Ampelprinzip eingestuft Die Risikolage wird jeweils jährlich im Risikolagebericht zusammengefasst, die dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates vorgestellt wird.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationsmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Die Interne Revision überprüft entsprechend einer mehrjährigen Prüfplanung alle Funktionsbereiche auf Einhaltung der internen Richtlinien sowie von extern vorgegebenen Gesetze und Verordnungen.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoexposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

3.4.1.11 Regio IT-Beteiligungsgenossenschaft eG

Basisdaten

Anschrift	Lombardenstraße 24, 52070 Aachen
Beteiligungsverhältnis	Zum 31.12.2019 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10. 020 Geschäftsanteile. Beherrschender Gesellschafter ist mit 7.884 Geschäftsanteilen die Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt Langenfeld erwarb Ende 2022 25 Anteile. (weniger als 1 %)
Verbandszweck	Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder bei der Erfüllung der Versorgungaufgaben in den von den Mitgliedern versorten inländischen Kommunen. Die Genossenschaft verfolgt daneben keine weiteren wirtschaftlichen Ziele. Gegenstand der Genossenschaft ist die Schaffung von Verbundvorteilen für die Mitglieder über eine Beteiligung an der regio iT für Informationstechnologie mbH sowie in diesem Rahmen das Angebot eigener Dienstleistungen für die Mitglieder, insbesondere die Beratung bei IT-Projekten und der gemeinsame Einkauf von IT-Produkten im Bereich Hard- und Software.
Gründungsdatum	2021
Geschäftsführung	Dieter Ludwigs (Vorstand)
Organe	Vorstand, Generalversammlung

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Zweck der Genossenschaft ist ausschließlich die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder bei der Erfüllung der Versorgungaufgaben in den von den Mitgliedern versorten inländischen Kommunen. Darüber hinaus ergibt sich die Erfüllung des öffentlichen Zwecks aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen in 2023 keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen		516.000,00	516.000,00
Summe Anlagevermögen		516.000,00	516.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Vermögensgegenstände		23.682,41	11.284,69
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		198.824,06	128.386,82
Summe Umlaufvermögen		222.506,47	139.671,51
		738.506,47	**655.671,51**

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben			
1. der verbleibenden Mitglieder		601.000,00	491.000,00
II. Kapitalrücklage		60.100,00	49.100,00
III. Ergebnisrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage		692,83	263,53
IV. Bilanzgewinn		51.098,92	8.598,33
- davon Gewinnvortrag EUR 8.598,33 (EUR -17.491,08)			
Summe Eigenkapital		712.891,75	548.961,86
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	12.715,00		2.161,00
2. sonstige Rückstellungen	9.552,04	22.267,04	9.400,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.347,68		1.148,65
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.347,68 (EUR 1.148,65)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		94.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (EUR 94.000,00)		3.347,68	
		738.506,47	**655.671,51**

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge	2.598,94	2.351,11
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	5.508,00	5.049,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.587,60	1.617,71
	7.095,60	6.666,71
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	15.269,07	12.829,43
4. Erträge aus Beteiligungen	84.050,62	49.201,55
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	745,64	1.470,17
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20.609,36	4.233,41
7. Ergebnis nach Steuern	**42.929,89**	**26.352,94**
8. Jahresüberschuss	**42.929,89**	**26.352,94**
9. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	8.598,33	0,00
10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	17.491,08
11. Einstellungen in Ergebnisrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	429,30	263,53
12. Bilanzgewinn	**51.098,92**	**8.598,33**

Kennzahlen

	2023	**2022**	**Differenz**
	%	%	%
Eigenkapitalquote	96,53	83,69	+12,84
Eigenkapitalrentabilität	6,02	1,64	+4,38
Anlagendeckungsgrad 2	138,16	124,81	+13,35
Verschuldungsgrad	3,59	19,49	-15,90
Umsatzrentabilität	1.651,82	1300,00	+351,82

Geschäftsentwicklung

Aufgrund der Größe der Gesellschaft verzichtet der Vorstand auf die Erstellung eines Lageberichts.

3.4.1.12 d-NRW AöR - Anstalt des öffentlichen Rechts

Basisdaten

Anschrift	Rheinische Straße 1, 44137 Dortmund
Beteiligungsverhältnis	Stammkapital 1.368.000,00 € (Land NRW 1.000.000,00) 368.000 Stammeinlage der beigetretenen Kommunen Die Stadt Langenfeld erwarb Mitte 2022 einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 1.000,00 €. (weniger als 1%)
Verbandszweck	Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung.
Gründungsdatum	2016
Geschäftsführung	Herr Dr. Roger Lienenkamp (Vorsitzender Geschäftsführer) Herrn Markus Both (Allgemeine Vertreter der Geschäftsführung)
Organe	Geschäftsführung, Verwaltungsrat

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Weitere Aufgaben ergeben sich aus § 6 des Gesetzes über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

A K T I V A

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	62.022,00	63.822,98
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.588,75	75.880,75
III. Finanzanlagen		
Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	60.000,00	0,00
	178.610,75	139.703,73
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Geleistete Anzahlungen	1.056.885,49	2.396.237,37
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.978.566,27	4.414.326,72
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	3.000,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	971.154,86	370.906,62
	11.949.721,13	4.788.233,34
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	35.882.134,94	18.758.025,55
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	110.705,88	10.155,51
	49.178.058,19	26.092.355,50

P A S S I V A

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	1.385.000,00	1.368.000,00
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40	1.528.752,40
	2.913.752,40	2.896.752,40
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	8.044.571,64	5.607.394,23
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.402.544,80	2.508.274,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.463.052,65	12.768.116,30
3. Sonstige Verbindlichkeiten	4.249.860,03	2.282.238,57
- davon aus Steuern: EUR 52.863,60 (Vorjahr: EUR 64.311,06)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 8.784,72 (Vorjahr: EUR 10.371,04)		
	38.115.457,48	17.558.628,87
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	104.276,67	29.580,00
	49.178.058,19	26.092.355,50

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2023 EUR	2022 EUR
1.	Umsatzerlöse	129.383.244,50	101.209.076,39
2.	Sonstige betriebliche Erträge	102.709,62	432.735,97
3.	Materialaufwand	-123.389.753,88	-96.866.327,83
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	-3.907.134,80	-3.225.433,05
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-985.812,14	-814.486,54
		-4.892.946,94	-4.039.919,59
5.	Abschreibungen	-56.172,61	-45.626,74
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.147.070,69	-676.092,82
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-13.837,42
8.	**Ergebnis nach Steuern**	10,00	7,96
9.	Sonstige Steuern	-10,00	-7,96
10.	**Jahresüberschuss/-fehlbetrag**	0,00	0,00

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,92	11,10	-5,18
Eigenkapitalrentabilität	0,00	0,00	-
Anlagendeckungsgrad 2	1.631,34	2.073	-441,66
Verschuldungsgrad	1.584,21	799,65	+784,56
Umsatzrentabilität	0,00	0,00	-

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR", das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2023 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 385 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

II. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze.

b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragsservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2023 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AöR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr europaweiten Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mitsamt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 TEUR,
- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheitsberuferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 TEUR sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 TEUR bis zum Jahresende 2028

zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT-Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transformation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben.

Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	**31.12.2022**	**31.12.2023**	**Veränderung**
Aktiva	**T€**	**T€**	**T€**
Anlagevermögen	140	179	+39
Umlaufvermögen	25.942	48.888	+22.946
Rechnungsabgrenzung	10	111	+101
Passiva			
Eigenkapital	2.897	2.914	+17
Fremdkapital	23.196	46.264	+23.068
Bilanzsumme	**26.093**	**49.178**	**+23.085**

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 17) und das Fremdkapital ist um +TEUR 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+TEUR 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht

(+TEUR 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+TEUR 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+TEUR 23.085), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 35.882 (31.12.2022: TEUR 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101,6 %).

c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste - OZG, Registermodernisierung, Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förderprogrammcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2022	**2023**	**+/- Vj.**
	TEUR	**TEUR**	**TEUR**
Betriebserträge	101.642	129.486	+27.844
Betriebsaufwendungen	-101.628	-129.486	-27.858
Finanzergebnis	-14	0	+14
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2022 TEUR	2023 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	16.184	18.933	2.749
Dienstleistungen	87.582	112.557	24.975
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	103.766	131.490	27.724
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-2.557	-2.106	451
	101.209	129.384	28.175

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 26.523 auf TEUR 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.147 (Vorjahr: TEUR 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 24), Raummiete TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 195), Fortbildungskosten TEUR 80 (Vorjahr: TEUR 57), Rechts- und Beratungskosten TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 105), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 5), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 14), Buchführungskosten TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 27) sowie Mitgliedsbeiträge TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0), Wartungskosten für Hard- und Software TEUR 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 3), Repräsentationskosten TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 12) und Reisekosten TEUR 21 (Vorjahr TEUR 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwahrentgelte (TEUR 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt TEUR 14) entfallen.

d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 1.766 (von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 40.529 (von ursprünglich TEUR 200.000), „nrwGOV

2023-2026“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.774 (von ursprünglich TEUR 4.000) und der neue „RV Java 2023-2027“ mit einem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen von TEUR 18.000.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den 17 weiteren Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate, die wie im Vorjahr im Bereich von 4 % liegt, erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind. Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitende Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Entsprechendes gilt für Fortbildungsmaßnahmen, die Beschäftigten (z. B. im Verwaltungsbereich) eine Qualifikation auf Bachelor-Ebene ermöglichen. Für den Gesamtkontext wurde ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt, dem der Verwaltungsrat in der 12. Sitzung am 17.11.2023 zugestimmt hat. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von rd. 36 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

e) Risikomanagement

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der d-NRW AöR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AöR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikocheckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement-Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AöR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AöR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten.
Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AöR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für

Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

c) Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Langenfeld Rhld. zum 31.12.2023

3.4.2.1 Stadtwerke Langenfeld GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH 74,99 % rhenag Rheinische Energie AG 25,01%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten. Ferner kann sie den Betrieb für andere Unternehmen ganz oder teilweise führen.
Gründungsdatum	19.06.1998
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	4.338.056 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 3.253.000 € Rhenag Rheinische Energie AG: 1.085.000 €
Ergebnisabführungsvertrag ab 01.01.2006	Mit Vertrag vom 01.12.2005 (Ur-Nr. 645 für 2005, Notar Dr. Kierdorf, Köln) und Änderung vom 04.11.2014 hat die Gesellschaft mit der SEG einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Geschäftsführung	Herr Stefan Figge
Organe	Aufsichtsrat. Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Aufsichtsrat	Frank Schneider, Vorsitzender

	Dieter Braschoss Franz Janssen Thomas Kirbisch Marcus Rexfort Sascha Vilz Gregor Wiel Christoph Kahlen (Thüga AG bis 02.08.2023) Jörg Mann (Thüga AG bis 02.08.2023) Sandra Köhler (rhenag Rheinische Energie AG) Jürgen Wallraven (E.ON bis 31.03.2023) Dr. Hans-Jürgen Weck (rhenag Rheinische Energie AG ab 01.04.2023)
Gesellschafter-versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Thomas Grieger, Prokurist Christoph Kahlen, Thüga AG (bis 27.06.2023) Martin Schwermann, Westenergie AG (bis 27.06.2023) Dr. Hans-Jürgen Weck, rhenag Rheinische Energie AG, Vorstand (ab 27.06.2023)
Anzahl der Mitarbeiter	Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co.KG angestellt
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Zweck der Beteiligung

Die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass die Stadtwerke

aus Sicht der Wirtschaftsprüfer den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden der Stadtwerke wurde auch im Geschäftsjahr 2020 die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Energieversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Darüber hinaus werden Beteiligungen an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH und der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gehalten, welche Eigentümer der Immobilie ist, die die Stadtwerke als Betriebs- und Verwaltungsgebäude nutzen. Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 74,99 % am Stammkapital der Stadtwerke Langenfeld GmbH beteiligt. Weiterer Gesellschafter ist mit einer Beteiligung von 24,01 % des Stammkapitals die rhenag Rheinische Energie AG. Mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist der Ergebnisabführungsvertrag vom 21.11.2005. Durch diesen und die Änderung vom 04.11.2014 verpflichtet sich die Gesellschaft ab 01.01.2006 ihren Gewinn an die Stadtentwicklungsgesellschaft abzuführen. Entsprechend dieses Vertrages wurden für das Jahr 2023 3.082.719,85 EUR an die Stadtentwicklungsgesellschaft abgeführt. Weitere wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bestehen in Form der Konzessionsabgabe an die Stadt Langenfeld in Höhe von 446.810,77 € und Zinsaufwendungen für gewährte Darlehen in Höhe von 110.000 €.

Darüber hinaus bestehen zwei Darlehen bei der Stadt Langenfeld aus den Jahren 2017 und 2019 in Höhe von insgesamt 6.450.000,00 €. (2017 Darlehen, Stand zum 31.12.2023: 2.731.485,54 €, 2019 Darlehen, Stand 31.12.2023: 2.303.128,00 €).

Ebenfalls wesentlich sind die Aufwendungen für Personalkostenerstattungen an das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG in Höhe von 3.948.776,82 € (die Stadtwerke beschäftigen kein eigenes Personal), Aufwendungen für Verwaltungskostenzuschläge 118.463,30 € und Aufwendungen für Miete für Betriebseinrichtungen in Höhe von 249.101,00 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	220.405,00	161.426,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	21.831,00
	220.405,00	183.257,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	134.093,87	134.093,87
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	38.195,00	42.403,00
3. Bezugsanlagen	1.021.692,25	825.858,00
4. Verteilungsanlagen	38.075.289,80	33.200.381,47
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	653.545,00	700.036,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	228.432,75	0,00
	40.151.248,67	34.902.772,34
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	6.263.760,84	11.273.760,84
2. Sonstige Ausleihungen	1.640,00	1.640,00
	6.265.400,84	11.275.400,84
	46.637.054,51	46.361.430,18
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.714.114,04	1.661.542,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.623.767,80	3.760.229,02
2. Sonstige Vermögensgegenstände	7.352.848,77	4.400.078,81
	11.976.616,57	8.160.307,83
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	26.110.671,58	22.809.688,05
	39.801.402,19	32.631.538,03
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	677,09
	86.438.456,70	79.193.645,30

PASSIVA

	€	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		4.338.056,00	4.338.056,00
II. Kapitalrücklage		13.441.427,33	13.441.427,33
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		8.085.000,00	7.585.000,00
		25.864.483,33	25.364.483,33
B. EMPFANGENE BAUKOSTENZUSCHÜSSE		0,00	0,00
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen		342.942,07	358.222,00
2. Sonstige Rückstellungen		22.921.572,00	8.733.308,53
		23.264.514,07	9.091.530,53
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Anleihen		12.028.711,35	12.719.290,46
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	494.711,35		
(im Vorjahr:	458.290,46)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.530.662,01	8.230.207,84
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	619.053,23		
(im Vorjahr:	699.545,83)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		5.211.647,23	5.526.644,87
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	5.211.647,23		
(im Vorjahr:	5.526.644,87)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		495.560,17	669.098,19
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	495.560,17		
(im Vorjahr:	669.098,19)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		2.491.527,05	2.121.665,99
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	2.491.527,05		
(im Vorjahr:	2.121.665,99)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten		9.551.351,49	15.470.724,09
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	4.826.562,72		
(im Vorjahr:	10.436.113,55)		
- davon aus Steuern:			
von weniger als einem Jahr:	202.031,65		
(im Vorjahr:	223.063,95)		
		37.309.459,30	44.737.631,44
		86.438.456,70	79.193.645,30

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse		62.964.570,38	41.614.789,50
2. andere aktivierte Eigenleistungen		514.656,32	327.783,87
3. sonstige betriebliche Erträge		2.232.047,64	612.873,81
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-50.223.709,87	-27.128.912,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-2.731.449,09	-3.203.258,31
		-52.955.158,96	-30.332.170,92
5. Betrieblicher Rohertrag		12.756.115,38	12.223.276,26
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		-3.319.737,76	-3.048.940,46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-861.658,85	-850.965,38
- davon für Altersversorgung	-233.039,13	-4.181.396,61	-3.899.905,84
(im Vorjahr:	-273.697,09)		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		-2.484.872,88	-2.268.782,11
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		-3.468.507,33	-3.351.226,51
9. Betriebsergebnis		2.621.338,56	2.703.361,80
10. Erträge aus Beteiligungen		718.382,41	555.673,72
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		347.852,28	28.069,29
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00		
(im Vorjahr:	17.104,00)		
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-543.236,74	-617.633,10
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-6.321,00		
(im Vorjahr:	-6.795,24)		
13. Finanzergebnis		522.997,95	-33.890,09
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-61.616,66	-44.896,33
15. Ergebnis nach Steuern		3.082.719,85	2.624.575,38
16. Sonstige Steuern		0,00	0,00
17. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn		-2.582.719,85	-2.124.575,38
18. Jahresüberschuss		500.000,00	500.000,00
19. Einstellung in die Gewinnrücklage		-500.000,00	-500.000,00
20. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Durch abweichenden Beschluss des Aufsichtsrates wurde die Ausschüttung (Ziffer. 17.) um die Einstellung in die Gewinnrücklage (Ziffer 19.) in Höhe von 500.000 € erhöht. Somit beträgt die Ausschüttung 3.082.719,85 €, die Einstellung in die Gewinnrücklage 0,00 €.

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	29,92	32,03	-2,11
Eigenkapitalrentabilität	11,92	10,35	+1,57
Anlagendeckungsgrad 2	105,14	127,87	-22,73
Verschuldungsgrad	234,20	212,23	+21,97
Umsatzrentabilität	4,90	6,50	-1,6

Personalbestand

Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke Langenfeld GmbH tätig zu sein. Deshalb werden die anteilig auf die Stadtwerke entfallenden Personalaufwendungen weiterberechnet. Um einen besseren Einblick in die Ertragslage zu ermöglichen, werden entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise die weiterberechneten Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung als Personalaufwendungen ausgewiesen.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Der Unternehmensgegenstand der Stadtwerke Langenfeld GmbH („Stadtwerke") als kommunales Energieversorgungsunternehmen umfasst die sichere, preiswürdige und umweltgerechte Versorgung mit Energie sowie die Bereitstellung von energienahen Dienstleistungen. Die unternehmerische Tätigkeit der Stadtwerke umfasst die Tätigkeiten Gas- und Stromvertrieb, Gas und Stromversorgungsnetz, Breitbandnetz und Kommunikationsdienstleistungen.

Für die Versorgung der Langenfelder Kunden mit Erdgas waren Ende 2023 sechs Übernahmestationen, 20 Schrankregelanlagen und 13.766 Hausanschlüsse vorhanden. Aus zwei Ferngasleitungen führen die Stadtwerke das Erdgas über das eigene Mittel- und Niederdrucknetz ihren Kunden zu.

Die Stadtwerke werden wie bisher in Gemeinschaft mit der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG („Verbandswasserwerk") geführt. Das Personal, das für die Werke tätig ist, ist beim Verbandswasserwerk beschäftigt. Personal- und andere Aufwendungen, die den Werken direkt zugerechnet werden können, werden diesem unmittelbar belastet. Für die Verrechnung der gemeinsamen Aufwendungen gilt ein Verteilungsschlüssel. Dieser Verteilungsschlüssel berücksichtigt das Volumen der Investitionen, die Anzahl der Buchungsvorgänge und die Anzahl der Kunden. Hierbei sind die Zahlen des Vorjahres maßgeblich für das laufende Jahr. Somit ergibt sich für das Geschäftsjahr 2023 für die Stadtwerke Langenfeld ein Aufteilungsschlüssel von 53 % (Vorjahr 51 %).

Seit 2009 werden Anteile durch den Erwerb einer strategischen Beteiligung an der Thüga AG indirekt über die KOM9 GmbH & Co. KG gehalten, an der eine Vielzahl von Stadtwerken Gesellschafter beteiligt sind. Durch den Austritt der Thüga AG, Sitz in München, bei den Stadtwerken Langenfeld GmbH hat die KOM9 zum Oktober 2023 die Stadtwerke aus der KOM9 ausgeschlossen und es wurden Verhandlungen zum Ausscheiden aus der Gesellschaft aufgenommen. Darüber hinaus werden Beteiligungen an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH und der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gehalten, welche Eigentümer der Immobilie sind, die die Stadtwerke als Betriebs- und Verwaltungsgebäude nutzen.

Mit der Gründung der Stromnetzgesellschaft, bestehend aus den Gesellschaften Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG und der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH, sind die Stadtwerke zu 51 % an den Gesellschaften beteiligt. Das Stromnetz ist vollständig an die Westenergie AG verpachtet.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 74,99 % am Stammkapital der Stadtwerke beteiligt. Weiterer Gesellschafter ist die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft mit 25,01%. Die Anteile der Westenergie AG wurden im Laufe des Jahres 2023 auf die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft übertragen. Zum 27. Juni 2023 ist die Thüga AG, München, aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Anteile wurden auf die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH und auf die rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft verteilt.

Die Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH (DIL), Langenfeld, soll bis Ende August 2024 rückwirkend zum 1. Januar 2024 auf die Stadtwerke Langenfeld GmbH verschmolzen werden. Somit wird das verbleibende Geschäftsfeld Straßenbeleuchtung Langenfeld der DIL als eine separate Sparte in die Stadtwerke integriert. Durch die Integration eröffnen sich Synergien mit den bestehenden Sparten.

Mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, stagniert im Jahr 2023 bzw. ist um -0,1 % geschrumpft. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandproduktes sind wesentliche Sektoren rückläufig. Das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnet einen Rückgang von -2 % gegenüber dem Vorjahr. Ebenfalls rückläufig sind die Bereiche Handel, Verkehr, Gastgewerbe (-1 %) und Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,4 %). Die übrigen Bereiche weisen einen Zuwachs von 0,3 % bis 4,9 % auf. Wesentliche Bereiche, die dem Rückgang entgegenwirken sind die Bereiche öffentliche Dienstleister (+1 %), Unternehmensdienstleister (+0,3 %) und Grundstück- und Wohnungswesen (+1 %).

(Quelle: Statisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1 ,2023)

Der Verbraucherpreisindex ist gegenüber 2022 um 3,7 % auf 117,4 gestiegen.

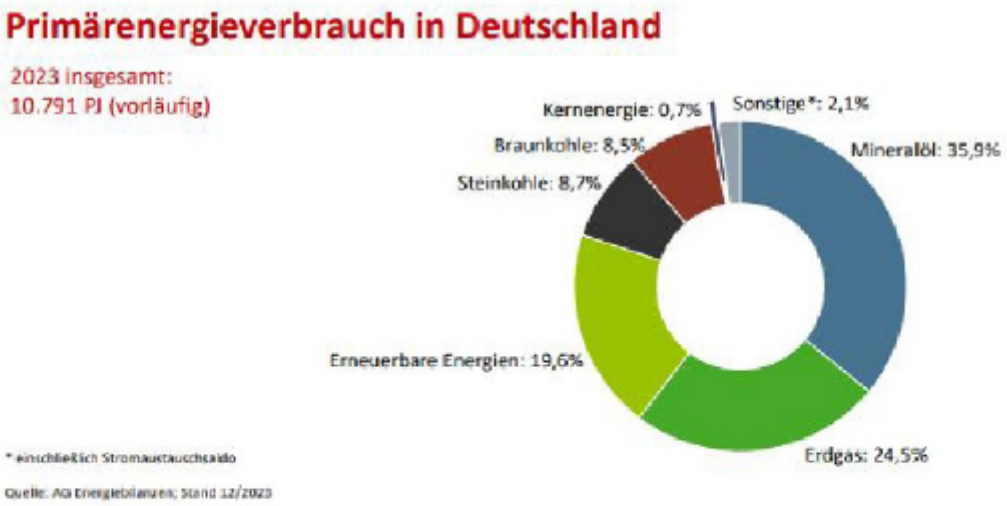
(Quelle: Statisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre Genesis-online)

2.1.2. Energiewirtschaftliche und -rechtliche Rahmenbedingungen

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug im Jahr 2023 insgesamt 10.791 PJ (Peta Joule). Gegenüber dem Vorjahr nahm der Verbrauch damit um -7,9 % ab.

Hauptursachen für diesen Rückgang sind das hohe Energiepreisniveau, die schwache Konjunktur und der milde Verlauf der Heizmonate.

Der Anteil der Atomkraft sinkt weiterhin stark. So beträgt der Anteil am Primärenergieverbrauch von Atomstrom nur noch 0,7 %. Der Erdgasverbrauch sank um -4,3 %. Die Verringerung der Abnahme von Steinkohle um -16,9 % und von Braunkohle um -21,9 % auf einen Anteil von 17,2 % beruht auf der reduzierten Nachfrage der Kraftwerke. Dagegen ist der Produktionsanteil aus erneuerbaren Energien um +2,3 % auf 19,6 % gewachsen. Der gesunkene Gesamtverbrauch führt zu einer Abnahme der CO_2-Emmissionen von rd. 10 %, was einer Reduzierung von 66 Mio. t entspricht.

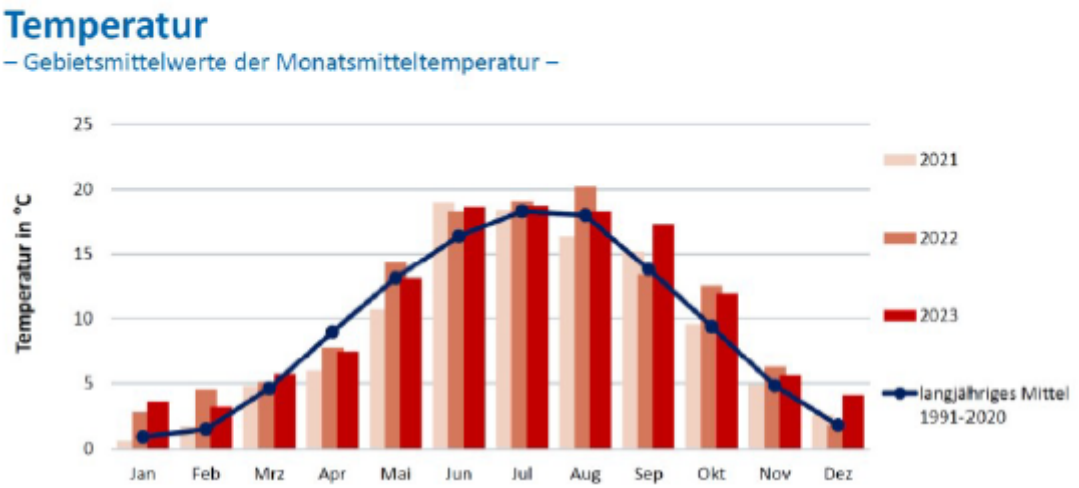


Wichtigster Energieträger bleibt in Deutschland auch 2023 das Mineralöl mit einem Anteil von 35,9 % (Vorjahr: 35,8 %).

Erdgasverbrauch und Verwendung:

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2023 nach den vorläufigen Daten gegenüber dem Vorjahr um gut -4,3 % auf 813 Mrd. kWh ab.

Das Jahr 2023 mit einer vorl. Jahresmitteltemperatur von 10,6°C liegt mit +0,1°C über dem Vorjahreswert von 2018. Gegenüber dem langjährigen Mittel waren alle Monate bis auf den April zu warm. Insbesondere die Heizperioden Januar, März und Dezember fielen wärmer aus als im Vorjahr.

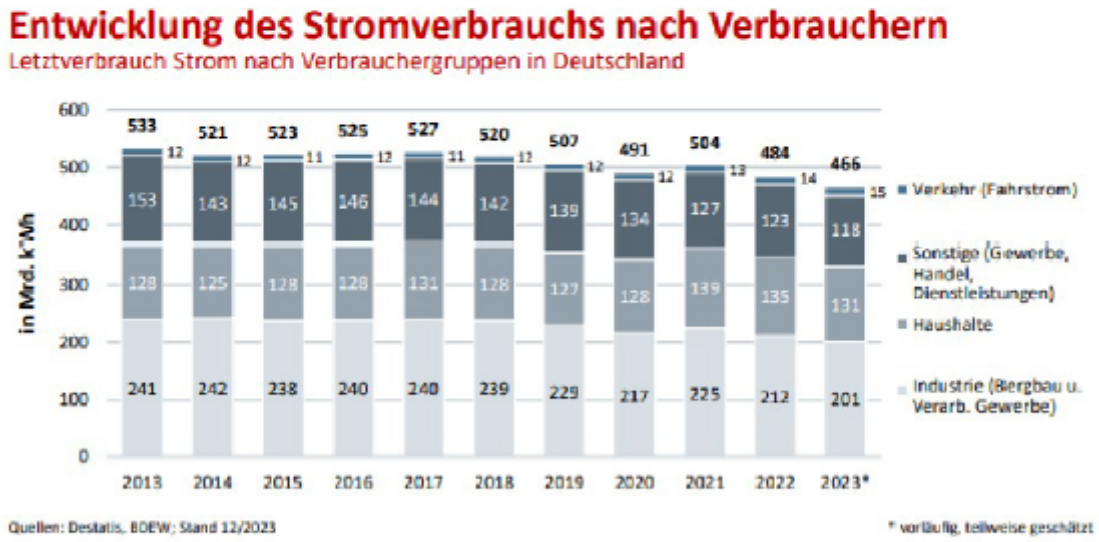


Der Rückgang beim Erdgasverbrauch wird im Wesentlichen durch den gesunkenen Verbrauch bei den Haushalten (-4,5 %), Fernwärme (-1,3 %) und durch die Kundengruppe Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (-6,5 %) sowie die Industrie (-8,5 %) hervorgerufen. Die Stromversorgung (+1,2 %) verzeichnet eine Zunahme.

Die Erdgaspreise für die Kundengruppe Haushalt außerhalb der Grundversorgung (Jahresverbrauch: 20.000 kWh) haben sich durchschnittlich von 18,15 ct/KWh im 1. Quartal 2023 bis zum Ende des 4. Quartal 2023 auf 11,53 gesenkt. Im gesamten Zeitraum des Geschäftsjahres 2023 betrug die Umsatzsteuer 7 % und es galt die Energiepreisbremse.

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch in Deutschland beträgt in 2023 466 Mrd. kWh und fällt damit um -3,8 % niedriger aus als gegenüber dem Vorjahr. Die Industrie (-5,0 %), Handel, Gewerbe und Dienstleistungen (-4,0 %) und Haushalte (-2,8 %) tragen zum Verbrauchsrückgang bei. In der Verbrauchsgruppe Verkehr wird ein Anstieg um 7 % gemessen.



Die Bruttostromproduktion in 2023 beläuft sich auf 508,1 Mrd. kWh (Vorjahr: 569,2 Mrd. kWh). Die erneuerbaren Energien mit 267 Mrd. kWh machen rd. 53 % der Stromerzeugung aus. Gegenüber dem Vorjahr ist der Stromaustauschsaldo umgeschlagen, so dass Deutschland mehr Strom importiert als exportiert hat. Der Stromaustauschsaldo stieg von -29 Mrd. kWh auf 9,2 Mrd. kWh.

Rechtliche preisliche Entwicklungen

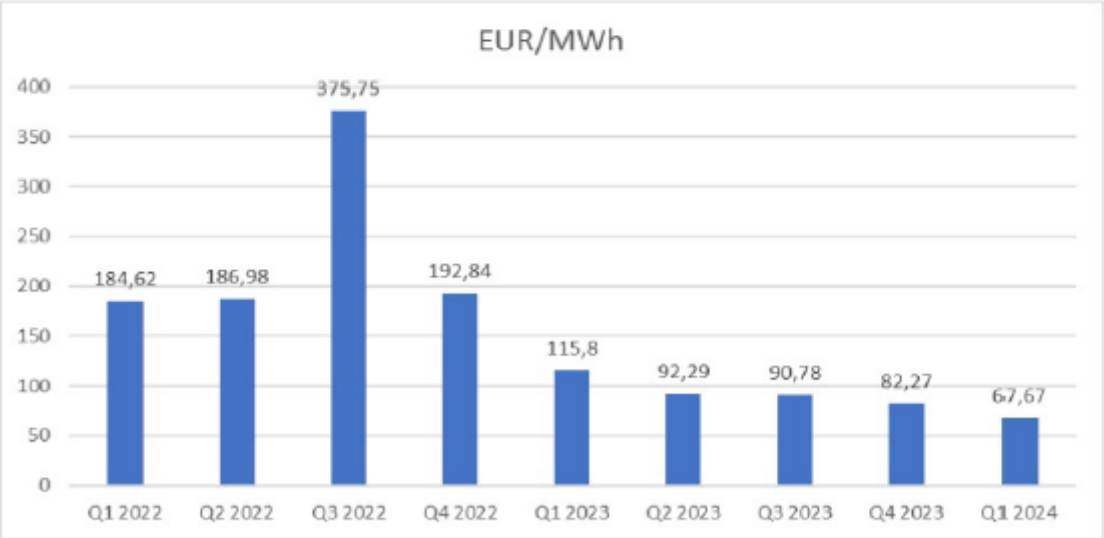
Die Bundesregierung hat die Strompreisbremse und Wärme- und Gaspreisbremse auf das Jahr 2023 begrenzt. Für Haushaltskunden, die Erdgas beziehen, wird der Arbeitspreis von 12 ct/kWh auf 80 % des Verbrauchs „gedeckelt". Für Haushaltskunden, die Strom beziehen, wird der Arbeitspreis auf 40ct/kWh für 80 % des Verbrauchs und bis 30.000 kWh/a begrenzt.

Die Alarmstufe des Gasnotfallplanes der Bundesnetzagentur ist weiterhin in Kraft, auch wenn sich die derzeitige Lage als stabil darstellt.

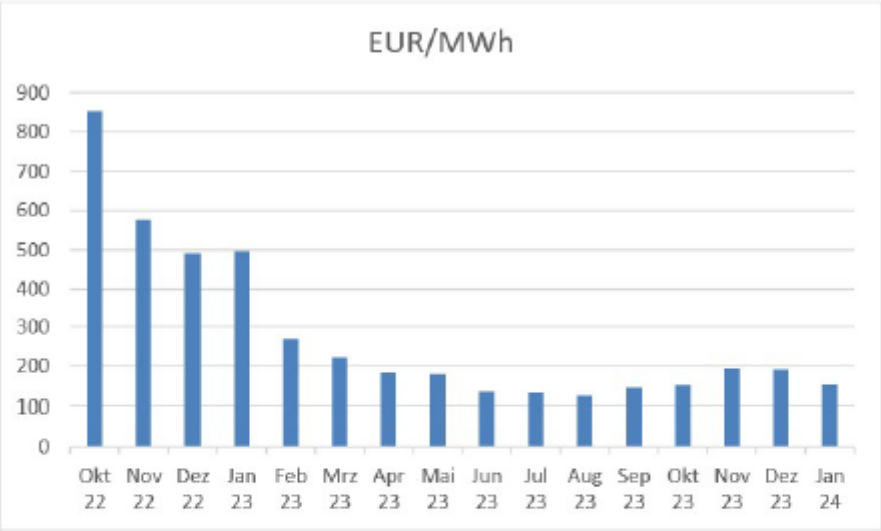
Die zum 1.Oktober 2022 eingeführte Gasspeicherumlage in Höhe von 0,059 ct/kWh hat sich mittlerweile im Laufe des Jahres 2023 von 0,145 ct/kWh auf 0,186 ct/kWh in 2024 erhöht.

Das nationale Emissionshandelsystem hat für 2023 einen Preis von 30 €/t festgesetzt und die Erhöhung auf 35 €/t ausgesetzt. Dagegen wurde für 2024 eine Erhöhung um 15 €/t auf 45 €/t festgesetzt. Für 2025 ist ein Preis von 55 €/t festgelegt. Nach 2025 erfolgt keine Festlegung mehr.

Die Entwicklung der Strompreise ab 2023 wird im KWK-Index abgebildet, der dem durchschnittlichen Baseloadpreis am EPEX Spot je Quartal entspricht.



Beim Erdgas soll die preisliche Entwicklung 2023 anhand des EGIX Germany verdeutlicht werden. Dieser wird auf Basis börslicher Handelsgeschäfte in den jeweils aktuellen Frontmonatskontrakten der Marktgebiete THE berechnet.



2.2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 wurde der weitere Ausbau des Glasfasernetzes durch Investitionen in Höhe von T€ 7.115 vorangetrieben. Die Erlöse im Breitbandbereich haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 103 auf T€ 3.428 gesteigert.

Die Gasabsatzmenge liegt mit 229 GWh um 26 GWh unter dem Vorjahresniveau. Die Gasverkaufserlöse haben sich um T€ 13.955 auf T€ 42.422 verbessert. Die Preiserhöhungen zum 1. Oktober 2022 und 1. Januar 2023 unter dem Eindruck einer Energiekrise und dem Zugewinn von Kunden, die von ihren Energieversorgern gekündigt wurden, haben diesen Effekt verstärkt. Die Preissenkung zum 1. Juli 2023 hat den Umsatzanstieg dagegen abgemildert.

Die Stromabgabemenge im Geschäftsjahr 2023 liegt mit 36 GWh unter dem Vorjahresniveau (40 GWh). Die Stromverkaufserlöse sind infolge vorgenommener Preisanpassungen zum 1. Januar 2023 unter dem Eindruck der Energiekrise auf T€ 16.088 gestiegen.

Entsprechend den Regelungen im Ergebnisabführungsvertrag wird, nach Einstellung eines Teilbetrages in Höhe von T€ 500, das verbleibende Jahresergebnis in Höhe von T€ 2.583 an die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH abgeführt.

Ergebnisentwicklung

Der betriebliche Rohertrag hat sich um T€ 533 auf T€ 12.756 vermindert. Infolge der Zunahme des Personalaufwands (T€ +281) und der Abschreibungen (T€ +216) sowie der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ +117), ergibt sich ein Betriebsergebnis von T€ 2.621 (Vorjahr: T€ 2.704). Unter Berücksichtigung des um T€ 557 verbesserten Finanzergebnisses und gestiegenen Steuern (T€ +17) ist ein um T€ 458 besseres Jahresergebnis vor Gewinnabführung von T€ 3.083 (Vorjahr: T€ 2.625) erzielt worden.

Investitionsmaßnahmen

Die Investitionen belaufen sich auf T€ 7.774. Insgesamt wurden davon T€ 7.115 in den Glasfaserausbau investiert.

Finanzierungsmaßnahmen

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr bestehende langfristige Kredite planmäßig getilgt.

Maßnahmen im Personalbereich

Das gesamte Personal ist beim Verbandswasserwerk angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke tätig zu sein. Deshalb werden den Stadtwerken anteilige Personalkosten weiterberechnet. Die Gehälter der Mitarbeiter, die für die Stadtwerke und das Verbandswasserwerk tätig sind, werden nach dem allgemeinen Kostenverteilungsschlüssel verteilt, der im Berichtsjahr 53 % (Vorjahr: 51 %) zu Lasten der Stadtwerke beträgt. Der Kostenverteilschlüssel wurde Ende 2022 überarbeitet und berücksichtigt die betrieblichen Tätigkeiten zeitgemäßer. Der Schlüssel wird aus den Investitionen, der Anzahl der Buchungsvorgänge und der Anzahl der Kunden ermittelt. Soweit eine direkte Zuordnung der Kosten auf die Stadtwerke erfolgt, wird der Kostenschlüssel nicht angewendet. Die Mitarbeiter, die ausschließlich für die Stadtwerke tätig sind, werden vollständig weiterberechnet. Bei den Löhnen erfolgt die Verteilung nach den Stundenaufschreibungen.

2.3. Lage des Unternehmens

2.3.1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht zur Vermögenslage wurden die bis zum 31. Dezember 2023 erhaltenen Baukostenzuschüsse rechnerisch vom Anlagevermögen abgezogen, da die Baukostenzuschüsse, welche der Gesellschaft ab dem 01. Januar 2003 zufließen, aktivisch von den Anlagenzugängen abgesetzt werden.

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2023 T€	31.12.2022 T€
AKTIVA		
Anlagevermögen abzgl. Baukostenzuschüsse	46.636	46.361
Umlaufvermögen	39.802	32.833
Bereinigte Bilanzsumme	**86.438**	**79.194**
PASSIVA		
Eigenkapital	25.864	25.364
Rückstellungen	23.265	9.092
Verbindlichkeiten	37.309	44.738
Bereinigte Bilanzsumme	**86.438**	**79.194**

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 7.244 auf T€ 86.438 erhöht. Wesentliche Investitionen wurden im Breitbandgeschäft vorgenommen.

Das Umlaufvermögen hat sich im Berichtsjahr um T€ 6.969 auf T€ 39.802 erhöht. Dies beruht insbesondere auf der Umgliederung der KOM9 Beteiligung (T€ 5.010) und der Zunahme der liquiden Mittel.

Das Eigenkapital beläuft sich auf T€ 25.864. Danach beträgt die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag 29,92 %, nach 32,03 % im Vorjahr. Das abzuführende Jahresergebnis wird unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. T€ 14.173 auf T€ 23.265 erhöht. Insbesondere sind die Rückstellungen für drohende Energiebeschaffungs- und Absatzrisiken sowie Energierisiken gestiegen.

Die Verbindlichkeiten haben sich vor allem durch kreditorische Debitoren aus dem Strom- und Gasvertrieb verringert.

2.3.2. Finanzlage

Der Finanzmittelfonds hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.301 verbessert und stellt sich wie folgt dar:

	2023 T€	2022 T€
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	14.301	18.622
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-6.694	-7.486
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-4.306	9.644
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	3.301	20.780
Finanzmittelfonds am 1.1.	22.810	2.030
Finanzmittelfonds am 31.12.	**26.111**	**22.810**

Der Finanzmittelfonds beinhaltet den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten von T€ 26.111 (Vorjahr T€ 22.810).

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ -4.321 verringert. Wesentliche Gründe sind die Erhöhung von Rückstellungen sowie der Abbau von Verbindlichkeiten und Forderungen.

Der negative Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 792 verringert.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit hat sich um T€ 13.950 gegenüber dem Vorjahr auf T€ -4.306 verschlechtert.

Die vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten Kreditlinien von Banken stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann.

2.3.3. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich wie folgt entwickelt:

	2023 T€	2022 T€
Umsatzerlöse	62.965	41.615
Andere aktivierte Eigenleistungen	514	328
Sonstige betriebliche Erträge	2.232	613
Materialaufwand	-52.955	-30.332
Personalaufwand	-4.181	-3.900
Abschreibungen	-2.485	-2.269
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.469	-3.351
Finanzergebnis	524	-34
Ertragsteuern/sonstige Steuern	-62	-45
Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung	**3.083**	**2.625**

Die Umsatzerlöse teilen sich im Berichtsjahr wie folgt auf:

	2023 T€	2022 T€
Erlöse Erdgasvertrieb/-Netz	42.422	28.467
Erlöse Strom	16.088	8.984
Erlöse Breitband	3.428	3.325
Sonstige Erlöse	1.027	839
Umsatzerlöse	**62.965**	**41.615**

Die um T€ 21.350 gestiegenen Umsatzerlöse resultieren mit T€ 13.955 besonders aus den höheren Erlösen aus Erdgasvertrieb und -netz sowie mit T€ 7.104 aus der Zunahme der Erlöse aus Strom.

Der um T€ 22.623 gestiegene Materialaufwand resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Energiekosten sowie erforderlichen Rückstellungszuführungen.

Der Personalaufwand in Höhe von T€ 4.181 ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 281 gestiegen. Die Änderungen des Kostenverteilschlüssels und die Inflationsausgleichsprämie sind verantwortlich für die Erhöhung.

3. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Die Stadtwerke haben ein Risikomanagementsystem installiert, um bestandsgefährdende und für die wirtschaftliche Lage wesentliche Risiken zu erkennen und effektiv zu steuern. Es kommt das softwarebasierte Risikomanagementsystem „Ready4Risk" zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken in der Versorgungswirtschaft zum Einsatz. Der zentrale Risikocontroller überwacht das Gesamtsystem und die dezentralen Risikobeauftragten übernehmen die Funktion von Ansprechpartnern in den einzelnen Abteilungen. Grundsätzlich wird als Risiko die Abweichung vom Wirtschaftsplan verstanden sowie solche Risiken, die einen negativen Einfluss auf die Versorgungssicherheit haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind derzeit nicht erkennbar.

Risiken

Das Mahn- und Sperraufkommen 2023 hat sich gegenüber 2022 nicht verändert. Wir rechnen in 2024 mit einem gleichen Aufkommen.

Die unternehmerischen Tätigkeiten der Stadtwerke sind mit rechtlichen Risiken aus den Vertragsbeziehungen zu Kunden und sonstigen Geschäftspartnern verbunden. Zudem können Behörden und Gerichte in die Preisgestaltung eingreifen. Die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes und zugehöriger Verordnungen sowie die Aktivitäten der Regulierungsbehörden im Zusammenhang mit dem Betrieb von Versorgungsnetzen inklusive der Netznutzungsentgelte können sich finanziell negativ auswirken. Die milde Witterung hat für einen erheblichen Verbrauchsrückgang geführt und somit nicht zur befürchteten Gasmangellage geführt, wie in den Gas-Winterszenarien 2023/2024 der Bundesnetzagentur skizziert. Der Gasnotfallplan vom 23.07.2022 besteht weiterhin. Die Anfang 2023 hohen Energiepreise, bedingt durch die Energiekrise, haben wir zum Ende 2023 gesenkt. Trotzdem haben wir erheblich an Kunden verloren. Die Stadtwerke rechnen mit einer Preisprüfung der Kartellbehörden.

Risiken im Gasvertrieb resultieren vor allem aus dem Markt- und Konkurrenzdruck und einer differenzierten Preispolitik, insbesondere bei großen Sondervertragskunden. Auch im Privatkundensegment nimmt die Preissensibilität und die damit verbundene Wechselbereitschaft zu. Somit haben bereits kumuliert 39,8 % (Stand: September 2023) der Gaskunden seit der Liberalisierung ihren Gaslieferanten gewechselt.

Die Anleihegläubiger verfügen über ein 3-monatiges Kündigungsrecht, das erstmals zum 1. Dezember 2017 bzw. zum 5. Oktober 2020 ausgeübt werden konnte und dann jeweils jährlich zum Zinsstichtag. Dadurch besteht das Risiko, sofern das Zinsniveau weiter ansteigen sollte, dass bereits vor dem Jahr 2025 bzw. 2028 Rückzahlungen vorzunehmen sind. In 2023 haben wir T€ 688 an Kündigungen verzeichnet. Hierbei könnten die Stadtwerke auf eine Refinanzierung angewiesen sein.

Chancen

Chancen ergeben sich für die Stadtwerke durch die Entwicklung neuer Angebote und Produkte in den Bereichen Energieversorgung und Kommunikationsdienstleistungen oder in der Kombination von Beidem.

Als regionaler Energieversorger ist es den Stadtwerken besonders wichtig, im Sinne des Klimaschutzes zu agieren. Daher wird im Bereich Vertrieb Gas der klimaneutrale Ansatz weitergeführt. Die Vorbereitungen zur Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichtes wird 2024 ein Arbeitsschwerpunkt darstellen.

Die Nachverdichtung und die Neugewinnung von Breitbandkunden stand auch im Geschäftsjahr 2023 weiterhin im Mittelpunkt. Die Neuerschließung des Stadtgebiets Wiescheid wurde abgeschlossen.

Prognosebericht

Das Planergebnis nach Steuern 2024 beläuft sich auf T€ 2.220. Der Gesamtumsatz wird im Wesentlichen durch das Energie- (T€ 44.772) und Breitbandgeschäft (T€ 4.001) verursacht. Der Materialaufwand (T€ 36.758), die Personalkosten (T€ 4.556), die Abschreibungen (T€ 2.715) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ 3.445) führen zu einem Betriebsergebnis in Höhe von T€ 2.457.

Im Finanzplan 2024 sind für Investitionen insgesamt Mio. € 7,6 vorgesehen. Es wird im Wesentlichen in den Glasfasernetzausbau investiert.

Das Planbetriebsergebnis 2023 in Höhe von T€ 2.203 wurde um T€ 880 übertroffen.

4. Öffentliche Zwecksetzung bzw. -erreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass die Stadtwerke den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden der Stadtwerke wurde auch im Geschäftsjahr 2023 wieder die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Energieversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

5. Angaben zu Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S. 4 EnWG

Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gas- und Elektrizitätssektors sowie Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Es wird auf die Erläuterungen im Anhang zu diesem Tätigkeitsabschluss verwiesen.

3.4.2.2 Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH.
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.
Gründungsdatum	03.12.2021
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	4.035.000 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtwerke Langenfeld GmbH: 2.058.000 € Westnetz GmbH: 1.977.000 €
Geschäftsführung	Herr Jochem Schämann und Herr Stefan Figge
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter-versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Thomas Grieger, Prokurist Christoph Kahlen, Thüga AG Martin Schwermann, Westenergie AG
Anzahl der Mitarbeiter	Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co.KG angestellt
Wirtschaftsprüfer	Cebulla und Heidbrink (Dr. Röhricht – Dr. Schillen GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird der öffentliche Zweck tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH. Das Stammkapital beträgt 4.035.000 €. Die Stadtwerke Langenfeld GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 2.058.000 € und die Westnetz GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 1.977.000 €. Die Hafteinlage beträgt 1.000.000 € ebenfalls im Verhältnis 51 % Stadtwerke Langenfeld GmbH zu 49 % Westnetz GmbH. Das Stammkapital der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH beträgt 25.000 €.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Im August 2022 erfolgte Kapitalerhöhung der Stadtwerke Langenfeld GmbH und diente der Finanzierung des Erwerbs der Anteile an der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG. Hierbei wurden Einzahlungen durch die Gesellschafter in das gezeichnete Kapital der Stadtwerke (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 348 T€ und Westenergie AG: 116 T€) sowie in die Kapitalrücklage der Stadtwerke (Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 3.224 T€ und Westenergie AG: 1.075 T€) getätigt.

Weitere wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen bestehen in Form der Konzessionsabgabe an die Stadt Langenfeld in Höhe von 1.725.000 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Aktiva

in €	31.12.2023	31.12.2022
Anlagevermögen		
Sachanlagen	9.566.408,09	8.361.375,15
Finanzanlagen	25.000,00	25.000,00
	9.591.408,09	**8.386.375,15**
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.085.305,86	1.216.006,77
Guthaben bei Kreditinstituten	44.989,33	30.467,34
	1.130.295,19	**1.246.474,11**
	10.721.703,28	**9.632.849,26**

Passiva

in €	31.12.2023	31.12.2022
Eigenkapital		
Kapitalanteile Kommanditisten	4.034.705,48	4.034.705,48
Rücklagen	813.610,05	562.648,18
	4.848.315,53	**4.597.353,66**
Rückstellungen	**428.439,00**	**461.826,00**
Verbindlichkeiten	**4.120.126,94**	**3.102.042,43**
Rechnungsabgrenzungsposten	**1.324.821,81**	**1.471.627,17**
	10.721.703,28	**9.632.849,26**

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

in €	01.01. - 31.12.2023	01.01. - 31.12.2022
Umsatzerlöse	3.087.006,77	3.114.802,36
Sonstige betriebliche Erträge	3.761,00	378.668,09
Materialaufwand	-1.818.735,59	-1.961.500,00
Abschreibungen	-406.578,50	-388.692,68
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-75.735,56	-94.983,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-111.007,07	-3.597,45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-65.101,00	-479.515,00
Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	613.610,05	565.181,55
Gutschrift auf Rücklagenkonten	-613.610,05	-565.181,55
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	45,22	47,72	-2,5
Eigenkapitalrentabilität	12,66	12,29	+0,37
Anlagendeckungsgrad 2	50,55	60,33	-9,78
Verschuldungsgrad	121,14	109,55	+11,59
Umsatzrentabilität	19,88	18,14	+1,74

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

1. Grundlagen

Die Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG (im weiteren Verlauf „Langenfeld KG" oder „Gesellschaft" bezeichnet), Langenfeld, stellt auf Grund der Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag den Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des dritten Buches des Handelsgesetzbuches und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auf. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter HRA 26774 eingetragen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Zinserhöhungen der Notenbanken belasteten die Weltwirtschaft im Berichtsjahr, was sich in den Prognosen für das Wachstum der Bruttoinlandsprodukte (BIP) widerspiegelt. Gemäß OECD soll das globale BIP für das Jahr 2023 ein Wachstum von 2,9 Prozent erreicht haben und läge damit hinter dem Wachstum des Jahres 2022 mit 3,3 Prozent zurück.

Die Konjunkturprognose des OECD für Deutschland hatte im Juni 2023 für das Berichtsjahr eine Stagnation für möglich gehalten. Mittlerweile wird mit einem leichten Wachstum des BIP der deutschen Wirtschaft von 0,3 Prozent gerechnet. Ein wesentlicher Grund für das schwache Wachstum sind die Zinserhöhungen, um der Inflation entgegenzusteuern. Das höhere Zinsniveau hat zur Folge, dass die Wirtschaftsaktivität gebremst wird, was sich unter anderem in der Baubranche zeigt. Im gesamten Jahresverlauf war für Wirtschaft und Haushalte die Inflation spürbar, die gemäß OECD im Jahr 2023 im Schnitt bei 6,6 Prozent lag.

Die EU-Institutionen haben, angesichts der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelösten Energiekrise im vergangenen Jahr und der zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels, Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf den Weg gebracht beziehungsweise verstärkt. Mit Blick auf das Aufflammen des Nahost-Konflikts bleibt abzuwarten, ob weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der energiewirtschaftlichen Situation ergriffen werden.

Auf Bundesebene hat die Bundesregierung mit dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) Maßnahmen zur Beschleunigung des Smart Meter Rollouts beschlossen. Das MsbG wurde durch das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende novelliert und sieht

einen Rollout-Fahrplan mit verbindlichen Zielen bis 2030 vor. Die Messstellenbetreiber werden verpflichtet, die angeschlossenen Verbrauchsstellen sukzessive mit intelligenten Messsystemen auszustatten. Das Gesetz trat im Mai 2023 in Kraft.

Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) wurde im Jahr 2023 mehrfach novelliert. Dabei wurden verschiedene Themen behandelt, insbesondere die Umsetzung des EuGH-Urteils zur Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde und der Aufbau eines Wasserstoff-Kernnetzes einschließlich dessen Finanzierung. Zentral für die Umsetzung des EuGH-Urteils ist die formale Aufwertung der Bundesnetzagentur, die nun allein die Bedingungen für den Netzzugang und die Netzentgelte (Strom, Gas, Wasserstoff) festlegen kann. In einem parallel zur EnWG-Hauptnovelle verabschiedeten Entschließungsantrag wird angekündigt, dass weitere Regelungen zum Thema Netzanschluss zu erwarten sind.

Regulatorische Aspekte

In der Sparte **Strom** steht das Niveau für die Erlösobergrenze der Westnetz bis Ende 2028 mit hinreichender Wahrscheinlichkeit fest. Die finale Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode Strom (2024 bis 2028) hat die Westnetz bisher noch nicht durch einen entsprechenden Beschluss der Bundesnetzagentur erhalten.

Der generelle sektorale Produktivitätsfaktor (Xgen) der Sparte Strom wurde von der Bundesnetzagentur für die vierte Regulierungsperiode noch nicht festgesetzt. Daher erfolgte der Ansatz des bisherigen Wertes von 0,9 Prozent. Beim individuellen Effizienzwert (Xind) wurde ebenfalls aufgrund noch nicht finaler Festlegung der BNetzA der Wert von 100 Prozent aus der dritten Regulierungsperiode übernommen. Weiterhin hat Westnetz fristgerecht zum 30.06.2023 einen Antrag auf Genehmigung eines Kapitalkostenaufschlages Strom gestellt. Den Beschluss zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze 2024 auf Grund dieses Antrages hat Westnetz bisher noch nicht erhalten.

Auf Basis der vorgenannten Sachstände und unter Berücksichtigung des beantragten Kapitalkostenaufschlages hat Westnetz die Bemessung der Erlösobergrenze Strom für 2024 vorgenommen.

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Verschiedene Netzstudien der Deutsche Energie-Agentur (dena) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zusammen mit weiteren Partnern verdeutlichen, dass die Energiewende einen erheblichen Netzausbau insbesondere im Stromsektor erfordert. Darüber hinaus wird über eine zukünftige Kopplung des Strom- und Gassektors zu Übertragungs- und Speicherzwecken diskutiert.

Gesamtleistung

Für das Geschäftsjahr 2023 betragen die Umsatzerlöse der Gesellschaft 3.087.006,77 € (Vorjahr 3.114.802,36 €) die sich im Wesentlichen aus Pachterträgen, Konzessionszahlungen und den erfolgswirksam aufgelösten Hausanschlusskostenbeiträgen und Baukostenzuschüssen zusammensetzen.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter.

Tätigkeitsabschluss gem. § 6b EnWG

Die Langenfeld KG erbringt grundsätzlich Leistungen in der Tätigkeit Elektrizitätsverteilung.

Ergebnisentwicklung und Ertragslage

Als finanzielle Leistungsindikatoren dienen die Pachterträge und das Jahresergebnis.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1.189.913,58 € (Vorjahr 1.068.000,00 €) Umsatzerlöse aus der Verpachtung von Netz und Zählern an die Westenergie AG, Essen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen die Erträge aus den Abgängen von Sachanlagevermögen.

Die unter den Materialaufwendungen aufgeführten Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgabe, die Dienstleistungsentgelte an die

Westenergie AG für die kaufmännische Dienstleistung sowie die Haftungspauschale an die Langenfeld GmbH.

Die planmäßige Abschreibung beläuft sich auf 406.578,50 € (Vorjahr 388.692,68 €).

Der sonstige betriebliche Aufwand ist durch Aufwendungen im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung 2023, der Steuerberatung, den Notariats- und Anwaltskosten sowie durch weitere betriebliche Aufwendungen geprägt, die im Wesentlichen auf die Verluste aus Abgängen des Sachanlagevermögens entfallen.

Das Ergebnis nach Steuern beläuft sich auf 613.610,05 € (Vorjahr 565.181,55 €).

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde eine Bilanzsumme von 10.721.703,28 € ausgewiesen.

Die Aktivseite ist vor allem durch das Sachanlagevermögen geprägt. Die Passiva bestehen im Wesentlichen aus dem Eigenkapital, den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie aus den passivisch abgegrenzten Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten betragen 44.989,33 €.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Betriebsrisiken bestehen im Wesentlichen im operativen Verteilnetzbetrieb durch Fehlbedienungen im Netz, durch Planungsfehler sowie mögliche Systemausfälle. Diese Risiken sind durch Verträge mit dem Pächter abgesichert. Die Qualität der Netze sowie die für die Kunden notwendige Versorgungssicherheit wird durch kontinuierliche Erneuerung und Erweiterung der Anlagen, Verbesserung der Prozesse und permanente Qualitätssicherung gewährleistet. Darüber hinaus ergeben sich Risiken aus steigenden Zinsen bei einer anstehenden Refinanzierung.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Prognosebericht

Gegenstand der Langenfeld KG ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.

Seit Aufnahme der operativen Tätigkeit per 1. Januar 2022, ist die Unternehmung vor allem auf die physikalische Stromverteilung fokussiert. Die Geschäftsführung wird zukünftig die Prozesse als Netzeigentümer weiter optimieren.

Die Gesellschaft wird sich weiterhin in den Schwerpunkten Netzerhalt und dem Ausbau der Netzinfrastruktur betätigen. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit dem kommunalen Gesellschafter und dem Netzbetreiber.

Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, die Vergütung von Neuinvestitionen ab 2024 anzupassen, sodass das aktuelle Zinsniveau zeitnah Berücksichtigung findet. Damit soll der Finanzierbarkeit des im Rahmen der Energiewende steigenden Investitionsbedarfs Rechnung getragen werden. Die Ermittlung des EKII-Zinses für Neuinvestitionen wurde bereits mit Festlegung vom 14.08.2023 von einem 10-jährigen Durchschnitt auf einen Jahreswert angepasst. Der Beschlussentwurf der BNetzA zum EKI-Zins sieht ebenfalls eine Anpassung von einem 10-jährigen Durchschnitt auf einen Jahreswert vor. Mit einer Festlegung ist im ersten Quartal 2024 zu rechnen.

Aufgrund gestiegener Zinsen ist aus Anschlussfinanzierungen für den Anlagenbestand ab den Jahren 2025/2026 eine Ergebnisbelastung zu erwarten. Mit Beginn der fünften Regulierungsperiode (Gas 2028/Strom 2029) können gestiegene Fremdkapitalzinsen über eine Erhöhung der regulatorischen Pacht aufgefangen werden.

Die Geschäftsführung geht für 2024 von einem Ergebnis vor Steuern von rund 482.000 € aus. In den nachfolgenden Jahren plant die Geschäftsführung mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 574.000 € für 2025 und rund 637.000 € für 2026.

Auswirkungen des seit dem 24. Februar 2022 herrschenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung nicht.

3.4.2.3 Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH.
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau des örtlichen Stromverteilnetzes in der Stadt Langenfeld.
Gründungsdatum	03.12.2021
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 14.12.2021
Stammkapital	25.000 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtwerke Langenfeld GmbH: 12.750 € Westnetz GmbH: 12.250 €
Geschäftsführung	Herr Jochem Schämann und Herr Stefan Figge
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter-versammlung	Frank Schneider, Vorsitzender Thomas Grieger, Prokurist Christoph Kahlen, Thüga AG Martin Schwermann, Westenergie AG
Anzahl der Mitarbeiter	Das Personal ist mehrheitlich bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co.KG angestellt
Wirtschaftsprüfer	Cebulla und Heidbrink (Dr. Röhricht – Dr. Schillen GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH (Langenfeld GmbH), Langenfeld, ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH mit Sitz in Langenfeld Kommanditisten der Gesellschaft sind mit 51 % des Kommanditanteils die Stadtwerke Langenfeld GmbH, Langenfeld, sowie mit 49 % des Kommanditanteils die Westnetz GmbH. Das Stammkapital beträgt 4.035.000 €.
Die Stadtwerke Langenfeld GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 2.058.000 € und die Westnetz GmbH mit einem Stammkapital in Höhe von 1.977.000 €. Die Hafteinlage beträgt 1.000.000 € ebenfalls im Verhältnis 51 % Stadtwerke Langenfeld GmbH zu 49 % Westnetz GmbH. Das Stammkapital der Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH beträgt 25.000 €.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen **keine wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Aktiva

in €	31.12.2023	31.12.2022
Umlaufvermögen		
Forderungen gegen Gesellschafter	4.626,94	7.042,43
Sonstige Vermögensgegenstände	869,60	124,18
Guthaben bei Kreditinstituten	28.383,34	24.708,89
	33.879,88	**31.875,50**

Passiva

in €	31.12.2023	31.12.2022
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Gewinnvortrag	3.629,87	1.524,75
Jahresüberschuss	2.104,38	2.105,12
	30.734,25	**28.629,87**
Rückstellungen	**3.145,63**	3.245,63
	33.879,88	**31.875,50**

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

in €	01.01. - 31.12.2023	01.01. - 31.12.2022
Sonstige betriebliche Erträge	7.126,94	9.542,43
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.626,94	-7.042,43
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-395,62	-394,88
Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	2.104,38	2.105,12

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	90,72	89,82	+0,90
Eigenkapitalrentabilität	6,85	7,35	-0,50
Anlagendeckungsgrad 2	-*	-*	-*
Verschuldungsgrad	10,23	11,34	-1,11
Umsatzrentabilität	-*	-*	-*
***kein Anlagevermögen und Umsatz in 2023 und 2022**			

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Geschäftsentwicklung

1. Grundlagen

Die Stromnetzgesellschaft Langenfeld Verwaltung GmbH (Langenfeld GmbH), Langenfeld, stellt auf Grund der Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag den Jahresabschluss und Lagebericht nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Bestimmungen des dritten Buches des Handelsgesetzbuches auf. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Düsseldorf unter HRB 95823 eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Langenfeld GmbH ist die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG mit Sitz in Langenfeld.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtleistung

Für das Geschäftsjahr 2023 betragen die sonstigen betrieblichen Erträge der Langenfeld GmbH 7.126,94 € (Vorjahr 9.542,43 €).

Mitarbeiter

Die Langenfeld GmbH hat keine eigenen Mitarbeiter.

Ergebnisentwicklung und Ertragslage

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten eine Kostenerstattung und die vertraglich vereinbarte Haftungspauschale der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Wesentlichen durch Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung 2023, Aufwendungen für kaufmännische Dienstleistungen sowie Kosten für die Erstellung der Steuererklärungen 2023 und Steuerberatung geprägt.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023 beläuft sich auf 2.104,38 € (Vorjahr 2.105,12 €).

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

Im Berichtsjahr wurde eine Bilanzsumme von 33.879,88 € (Vorjahr 31.875,50 €) ausgewiesen.

Die Aktivseite besteht nur aus dem Umlaufvermögen und ist durch das Bankguthaben geprägt. Die Passiva bestehen aus dem Eigenkapital der Gesellschaft und Rückstellungen.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikobericht

Das Risiko besteht in der persönlich unbeschränkten und nicht beschränkbaren Haftung als Komplementärin bei der Stromnetzgesellschaft Langenfeld GmbH & Co. KG.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht für 2024 und die folgenden Jahre von einem positiven Ergebnis auf Vorjahresniveau aus.

Die Geschäftsführung erwartet keine Auswirkungen aus dem Kriegsgeschehen in der Ukraine auf die Gesellschaft.

3.4.2.4 Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis **Kommandisten**	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH 64,4% Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH 35,6%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Einwohner der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein mit Trink-und Brauchwasser. Die Versorgung von Verbrauchern, die außerhalb von Langenfeld und Monheim ansässig sind, kann übernommen werden. Die Gesellschaft übernimmt ferner die Betriebsführung der Stadtwerke.
Gründungsdatum	19.07.1996
Formwechselnde Umwandlung	Mit Beschluss vom 24.08.2006 (Notar Dr. Claus Kierdorf, Köln, UR-Nr. 407/2006) wurde die Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG umgewandelt. Die Eintragung erfolgte am 31.08.2006.
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 24.08.2006
Kommanditkapital	5.150.000 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 3.317.000 € Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH: 1.833.000 €
Geschäftsführung	Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herr Stefan Figge (ab 08.03.2021)
Organe	Aufsichtsrat. Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Aufsichtsrat	Daniel Zimmermann, Vorsitzender , Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Frank Schneider, stellv. Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Langenfeld Josef Aschenbroich Malte Franke Franz Janssen

	Tim Koesling Stefan Lauber Monika Sikora Detlef Thedieck Christian Wozny Barbara Zwank-Mielke beratend; Thomas Grieger, Kämmerer der Stadt Langenfeld Nina Richter, Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein
Gesellschafterversammlung	Daniel Zimmermann, Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Langenfeld Thomas Grieger, Kämmerer der Stadt Langenfeld Martin Frömmer, Geschäftsführer der Monheimer Versorgungs- und
Anzahl der Mitarbeiter	98 Angestellte
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Persönlich haftende Gesellschafterin der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG ist die Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH mit Sitz in Langenfeld und einem gezeichneten Kapital von 25.000,00 Euro. Gesellschafter sind die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH mit einer Stammeinlage in

Höhe von 3.317.000,00 Euro (64,4%) und die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 1.833.000,00 Euro. Die Stammeinlage beträgt insgesamt 5.150.000,00 Euro.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehung innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld ist die Gewinnverteilung des Verbandswasserwerks Langenfeld-Monheim. Gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages ist Grundlage für die Gewinnverteilung unter den Gesellschaftern das Verhältnis der Wasserabnahme zwischen den Städten Langenfeld und Monheim am Rhein. Für das Jahr 2023 beträgt der Anteil der Stadt Langenfeld vom Bilanzgewinn 437.415,47,00 Euro.

Ebenfalls wesentlich sind die Erträge aus Personalkostenerstattungen durch die Stadtwerke Langenfeld GmbH in Höhe von 3.948.776,820 € (die Stadtwerke beschäftigen kein eigenes Personal), Erträge aus Verwaltungskostenzuschläge (118.463,30 €) und Erträge aus Mieten für Betriebseinrichtungen in Höhe von 249.101,00 €

Darüber hinaus finden Finanz- und Leistungsbeziehungen, nicht wesentlicher Art oder ohne Bezug zum Kommunalkonzern, Erwähnung. Zu erwähnen wären hier Ausleihungen an Beteiligungsunternehmen, welche auf ein langfristig gewährtes Darlehen an die Gewerbepark KG entfallen. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2029. Die Geschäftsführung und die Arbeitnehmer des Verbandswasserwerkes sind auch für die Stadtwerke tätig, da diese nicht über eigenes Personal verfügt. Dem Verbandswasserwerk obliegt ebenso die kaufmännische als auch die technische Betriebsführung der Stadtwerke. Ein schriftlicher Betriebsführungsvertrag liegt nicht vor. Die anteilige Belastung der Stadtwerke mit Personalkosten und nicht direkt zurechenbaren Sachkosten erfolgt seit 1957 nach einem festgelegten Schlüssel für nicht direkt zurechenbare Sachkosten. Zusätzlich erhält das Verbandswasserwerk einen Verwaltungskostenzuschlag in Höhe von 3 % der auf die Stadtwerke entfallenden Personalkosten. Die gegenseitige Weiterbelastung von Mietaufwendungen erfolgt im Wesentlichen ebenfalls anhand des vorgenannten Nutzungsschlüssels. Die Bezugsbasis für Betriebseinrichtungen ohne wasserspezifische Anlagen und gemeinsam genutzte Fahrzeuge ist unverändert 20 % der Anschaffungskosten für die Verteilung.

Mit Datum vom 01.12.2013 wurde zwischen den Stadtwerken und der Gewerbepark KG, für ein Bürogebäude einschließlich Lager- und Werkstattfläche mit ca. 2279 m² und 54 Stellplätze, auf dem Grundstück Elisabeth-Selbert-Straße 2, ein Mietvertrag geschlossen. Mit Wirkung vom 01.06.2016 wurde ein Nachtrag zum Mietvertrag über weitere Büroflächen mit ca. 658 m² abgeschlossen. Die Aufwendungen für das Bürogebäude einschließlich Lager- und Werkstattfläche werden aufgrund der gemeinsamen Nutzung durch die Gesellschaften hälftig aufgeteilt. Seit Ende 2000 wird das gemeinsame Kundenzentrum der Stadtwerke und das Verbandswasserwerk in einem angemieteten Gebäude betrieben. Die Aufwendungen für das „Servicecenter“ werden wegen der überwiegenden Nutzung durch die Stadtwerke im Verhältnis Stadtwerke 65 % zu Verbandswasserwerk: 35 % aufgeteilt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142.431,00	134.021,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	1.550,00
	142.431,00	135.571,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	773.957,83	777.933,83
2. Wassergewinnungs- und aufbereitungsanlagen	1.130.852,00	633.443,00
3. Verteilungsanlagen	18.776.879,09	18.783.169,57
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	599.767,00	688.900,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	528.247,63	436.410,22
	21.809.703,55	21.319.856,62
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	1.394.643,60	1.394.643,60
2. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	320.000,00	400.000,00
3. Sonstige Ausleihungen	11.754,58	22.604,58
	1.726.398,18	1.817.248,18
	23.678.532,73	23.272.675,80
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	265.125,77	273.077,79
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.113.906,73	1.712.375,36
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	495.560,17	669.098,18
3. Forderungen gegen die Städte	302.519,67	869.183,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	234.044,25	234.034,08
	3.146.030,82	3.484.690,62
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.606.875,80	3.411.183,92
	7.018.032,39	7.168.952,33
	30.696.565,12	30.441.628,13

PASSIVA

	€	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL			
I. Kommanditkapital		5.150.000,00	5.150.000,00
II. Kapitalrücklage		4.240.672,25	4.240.672,25
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		8.083.000,00	6.983.000,00
		17.473.672,25	16.373.672,25
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen		327.651,87	344.175,00
2. Steuerrückstellungen		84.521,00	78.721,00
3. Sonstige Rückstellungen		378.841,00	576.968,00
		791.013,87	999.864,00
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.687.689,16	8.370.372,14
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	688.385,37		
(im Vorjahr:	682.682,98)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		776.956,26	865.758,19
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	776.956,26		
(im Vorjahr:	865.758,19)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		718.670,45	584.642,04
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	718.670,45		
(im Vorjahr:	584.642,04)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber den Städten		19.170,00	75.647,24
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	19.170,00		
(im Vorjahr:	75.647,24)		
5. Sonstige Verbindlichkeiten		3.049.293,13	2.983.972,27
- davon mit einer Restlaufzeit von			
von weniger als einem Jahr:	3.049.293,13		
(im Vorjahr:	2.983.972,27)		
- davon aus Steuern:			
von weniger als einem Jahr:	281.751,03		
(im Vorjahr:	285.762,10)		
		12.251.779,00	12.880.391,88
D. Passive latente Steuern		180.100,00	187.700,00
		30.696.565,12	30.441.628,13

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	€	2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse		17.654.805,96	16.072.363,13
2. andere aktiviere Eigenleistungen		259.127,77	358.329,97
3. sonstige betriebliche Erträge		291.257,38	222.024,92
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-2.248.529,94	-1.748.246,75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-1.690.883,26	-1.278.700,24
		3.939.413,20	3.026.946,99
5. Betrieblicher Rohertrag		14.265.777,91	13.625.771,03
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		-5.940.375,19	-5.419.762,87
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-1.580.230,63	-1.458.612,65
- davon für Altersversorgung	432.874,63	-7.520.605,82	-6.878.375,52
(im Vorjahr:	396.967,36)		
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		-1.741.700,08	-1.729.656,33
8. sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.785.712,15	-2.842.015,29
9. Betriebsergebnis		2.217.759,86	2.175.723,89
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		46.328,27	25.732,39
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen	3.065,00		
(im Vorjahr:	16.433,00)		
- davon aus verbundenen Unternehmen	6.600,00		
(im Vorjahr:	7.837,50)		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-268.539,13	-221.473,95
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen	5.605,69		
(im Vorjahr:	6.528,76)		
12. Finanzergebnis		-222.210,86	-195.741,56
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-167.736,24	-190.896,31
- davon aus der Auflösung passiver latenter Steuern	7.600,00		
(im Vorjahr:	3.600,00)		
14. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss		1.827.812,76	1.789.086,02
15. Einstellung in die Gewinnrücklage		-1.100.000,00	-1.203.997,11
16. Bilanzgewinn		727.812,76	585.088,91

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	56,92	53,79	+3,13
Eigenkapitalrentabilität	10,46	10,93	-0,47
Anlagendeckungsgrad 2	104,74	107,68	-2,94
Verschuldungsgrad	75,67	84,77	-9,1
Umsatzrentabilität	10,35	13,54	-3,19

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über 98 Angestellte. Die Geschäftsführung und die Arbeitnehmer des Verbandswasserwerkes sind auch für die Stadtwerke tätig, da diese nicht über eigenes Personal verfügt. Dem Verbandswasserwerk obliegt ebenso die kaufmännische als auch technische Betriebsführung der Stadtwerke.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Die Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG (nachfolgend auch Verbandswasserwerk genannt) versorgt die Einwohner der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein mit Trink- und Brauchwasser.

Das Verbandswasserwerk liefert ihren Kunden Trinkwasser, das durch eigene technische Anlagen in Monheim entnommen, aufbereitet und ins Rohrnetz eingespeist wird. Zusätzlich wird Trinkwasser von der Stadtwerke Solingen GmbH sowie von der Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG bezogen.

Ende 2023 waren folgende technische Einrichtungen vorhanden: Sechs Brunnen zur Wassergewinnung sowie Trinkwasseraufbereitungsanlagen, 2.424 Meter Verbindungsleitung DN 400 mit Dosierstation zum Trinkwasserbezug von der Stadtwerke Solingen GmbH sowie 2.900 Meter Transportleitung DN 400 zum Anschluss an das Leverkusener Leitungssystem, ein Hochbehälter mit einem Speicherraum von 10.000 m³ sowie eine Druckerhöhungsanlage, 366 km Rohrnetz und 23.359 Hausanschlüsse zur Verteilung des Trinkwassers in Langenfeld und Monheim am Rhein.

Das Verbandswasserwerk führt die Betriebsführung der Stadtwerke durch. Das Personal, das für die Werke tätig ist, ist bei dem Verbandswasserwerk beschäftigt. Personal- und andere Aufwendungen, die den Werken direkt zugerechnet werden können, werden diesen unmittelbar belastet. Für die Verrechnung der gemeinsamen Aufwendungen gilt ein Verteilungsschlüssel. Der Verteilschlüssel wurde Ende 2022 überarbeitet und berücksichtigt die betrieblichen Tätigkeiten zeitgemäßer. Dieser wird aus dem Investitionsvolumen, der Anzahl von Buchungsvorgängen und der Anzahl der Kunden ermittelt. Hierbei sind die Zahlen des Vorjahres maßgeblich für das laufende Jahr. Der Schlüssel beträgt im Geschäftsjahr 2023 zu Lasten des Verbandswasserwerkes 47 % (Vorjahr: 49 %).

Die Beteiligungen des Verbandswasserwerks umfassen jeweils 44,9 % der Gesellschaftsanteile an der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG und an der Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH. Die Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG besitzt das Betriebs- und Verwaltungsgebäude in der Elisabeth-Selbert-Str. 2 und vermietet es u.a. an das Verbandswasserwerk und die Stadtwerke.

Die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH ist mit 64,4 % und die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit 35,6 % am Kommanditkapital beteiligt. Die Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH ist als Komplementärin nicht am Vermögen beteiligt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, stagniert im Jahr 2023 bzw. ist um -0,1 % geschrumpft. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandproduktes sind wesentliche Sektoren rückläufig. Das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnet einen Rückgang von -2 % gegenüber dem Vorjahr. Ebenfalls rückläufig sind die Bereiche Handel, Verkehr, Gastgewerbe (-1 %) und Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,4 %). Die übrigen Bereiche weisen einen Zuwachs von 0,3 % bis 4,9 % auf. Wesentliche Bereiche, die dem Rückgang entgegenwirken sind die Bereiche öffentliche Dienstleister (+1 %), Unternehmensdienstleister (+0,3 %) und Grundstück- und Wohnungswesen (+1 %).

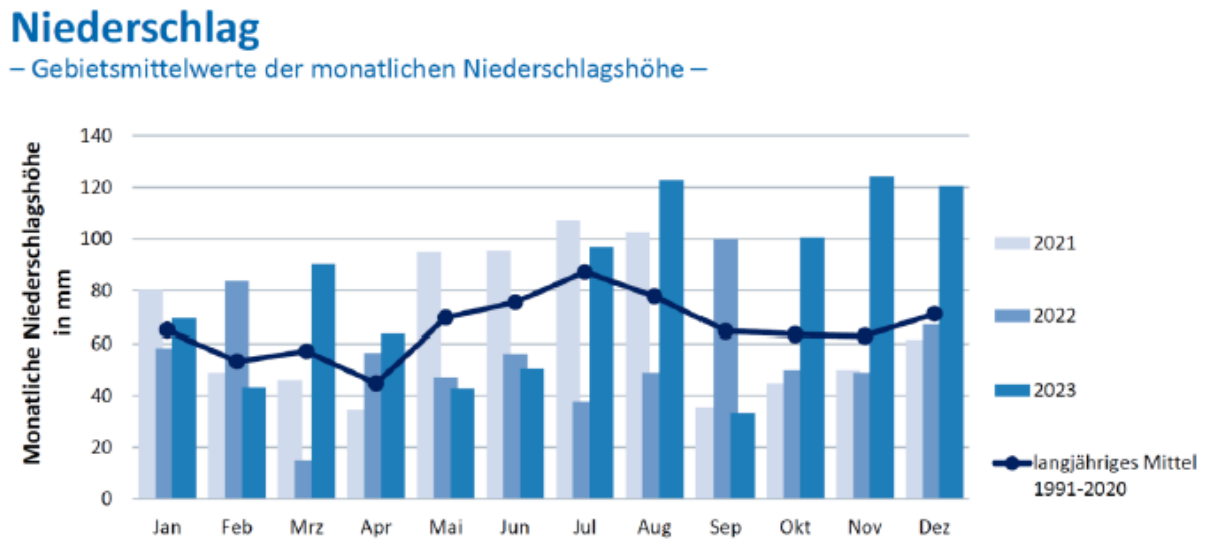
(Quelle: Statisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.1, 2023)

Der Verbraucherpreisindex ist gegenüber 2022 um 3,7 % auf 117,4 gestiegen.

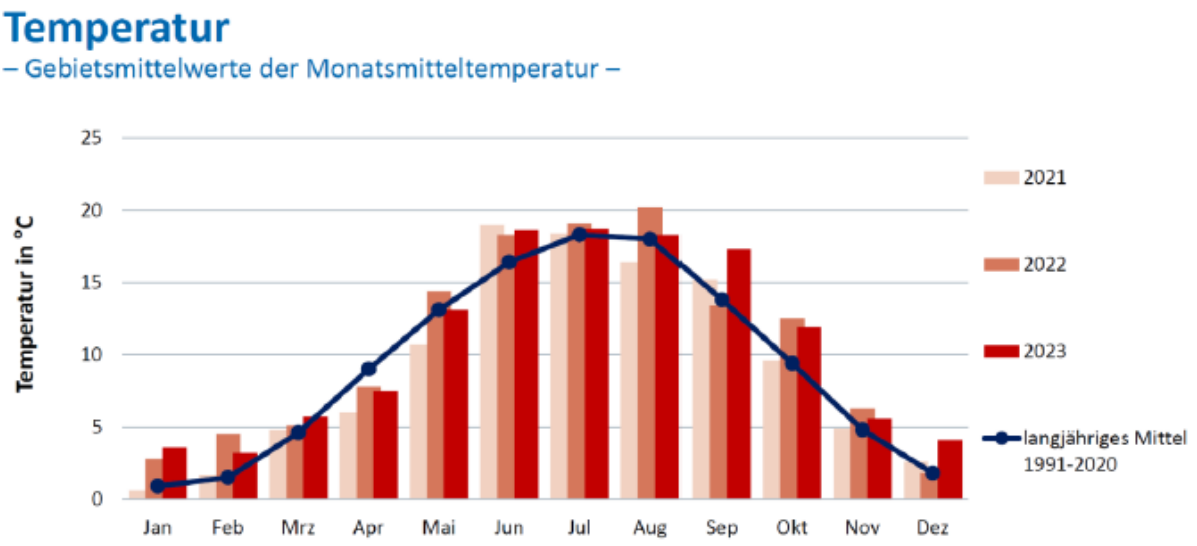
(Quelle: Statisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre Genesis-online)

2.1.1. Wasserwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Niederschlagsmenge fällt mit 958 mm in 2023 um 43 % höher aus als zum Vorjahr und liegt mit 21 % über dem Niveau des langjährigen Mittels von 791 mm. Diese Niederschlagsmenge ist jedoch nicht ausreichend um die vorhandenen Wasservorkommen langfristig wiederherzustellen.



Der Temperaturmittelwert 2023 beläuft sich auf 10,6 Grad und fällt gegenüber 2022 nur um 0,1 Grad höher aus. Gegenüber dem langjährigen Mittel ergibt sich eine Abweichung von 1,3 Grad.



(Quelle: BDEW, Witterungsdaten Deutschland aktuell-Wasserwirtschaft, 11.1.2024)

Der Gesamtwasserverbrauch 2023 wird für Deutschland auf 4.540 Mio. m³ geschätzt und liegt somit um 2,5 % unter dem Vorjahresverbrauch. Hierbei fällt der Verbrauchsrückgang in den alten Bundesländern mit 2,7 % deutlich stärker aus als bei den neuen Bundesländern. Diese Tendenz bestätigt auch unseren Wasserabsatz, der sich um 3,1 % verringert hat.
Die Gesamtinvestitionen haben sich gegenüber dem Vorjahr von Mio. EUR 3.550 auf Mio. EUR 3.700 erhöht.
Weiterhin liegt die Inflationsentwicklung gemessen am Inflationsindex 2023 (144,6) über dem Preisindex der Wasserversorgung 2023 (136,6). Inwieweit die Wasserpreiserhöhung 2024 diese Lücke schließen kann, hängt von weiteren wirtschaftliche Entwicklung 2024 ab.

(Quelle: BDEW, Wasserwirtschaftliche Entwicklung -Erste Zahlen-, 28.3.2024)

2.1.2. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

Das Verbandswasserwerk weist für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 einen Jahresüberschuss vor Einstellung in die Gewinnrücklagen von TEUR 1.828 aus. Die Umsatzerlöse sind um TEUR 1.582 gestiegen. Der Wasserverkauf weist eine Abweichung von TEUR 722 auf und liegt jedoch mengenbezogen unter unseren Erwartungen. Das Nebengeschäft (TEUR 464) und die Umsatzerlöse aus der Personalverrechnung (TEUR 396) bilden die weiteren großen Abweichungen.

Der Rohertrag ist insbesondere durch gestiegene Umsatzerlöse um TEUR 1.582, den gesunkenen aktivierten Eigenleistungen um TEUR -99 und den gestiegenen Materialaufwand um TEUR 912 auf TEUR 14.266 gestiegen. Der gestiegene Materialaufwand wird im Wesentlichen durch gestiegene Energiekosten, Wasserbezugskosten, Wasseraufbereitungskosten und durch die Bahnquerungskosten (Nebengeschäft) begründet. Trotz gesunkener sonstiger betrieblicher Aufwendungen (TEUR 56) und die Zunahme des Personalaufwands (TEUR 643) bei gestiegenen Abschreibungen (TEUR 12), ist das Betriebsergebnis um TEUR 41 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Unter Berücksichtigung des um TEUR -25 verschlechterten Finanzergebnisses und einem geringeren Ertragssteueraufwand ist ein um TEUR 39 gestiegener Jahresüberschuss erzielt worden. Gegenüber der Planung 2023 liegt das Ergebnis nach Steuern mit TEUR 686 über den Erwartungen (Plan: TEUR 1.142). Wesentliche Abweichungen zum Plan ergeben sich bei den Umsätzen (TEUR +159), aktivierten Eigenleistungen (TEUR -11), sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR +183), Material (TEUR +66), Personal (TEUR -350), Abschreibungen (TEUR -70) und sonstige betriebliche Aufwendungen (TEUR -25). Die geplante Absatzmenge wurde um 170,6 Tm³ verfehlt.

Wasserdarbietung

Aus dem eigenen Wasserrecht von 5,0 Mio. m³ pro Jahr und der möglichen Jahresbezugsmenge von 1,4 Mio. m³ aus Solingen und 1,2 Mio. m³ aus Leverkusen stehen insgesamt 7,6 Mio. m³ Wasser zur Verfügung. Der Gesamtwasserbezug betrug im Berichtsjahr rd. 69,6 % der möglichen Höchstmenge (2022: 71,8 %).

Wasserverkauf

Die Wasserabgabe bzw. der Wasserverkauf hat sich gegenüber dem Vorjahr um Tm³ 170 im Haushaltsbereich und bei den Industriebetrieben verringert. Wesentliche Gründe für den geringeren Wasserbrauch sind die feuchtere Witterung in 2023 und das Auslaufen von Coronamaßnahmen.

Die Verkaufsmenge entfällt wie folgt auf die beiden Städte:

	2023		2022	
	Tm³	%	Tm³	%
Langenfeld	3.181	60,1	3.279	60,0
Monheim am Rhein	2.111	39,9	2.183	40,0
Summe	5.292	100	5.462	100

Die Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf, die um 6% gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben, entfallen in folgender Höhe auf die Städte:

	2023		2022	
	TEUR	%	TEUR	%
Langenfeld	7.518	60,5	7.087	60,5
Monheim am Rhein	4.908	39,5	4.628	39,5
Summe	12.426	100	11.715	100

Investitionsmaßnahmen

Die Anlageninvestitionen im Geschäftsjahr 2023 von TEUR 2.252 entfallen hauptsächlich auf Verteilungsanlagen, insbesondere mit TEUR 1.244 (Vorjahr: TEUR 2.678) auf das Leitungsnetz und Hausanschlüsse sowie mit TEUR 202 (Vorjahr: TEUR 416) auf die Messeinrichtungen.

Maßnahmen im Personalbereich

Das gesamte Personal ist beim Verbandswasserwerk angestellt, jedoch verpflichtet, auch für die Stadtwerke tätig zu sein. Deshalb werden den Stadtwerken anteilige Personalkosten weiterberechnet. Die Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für das Verbandswasserwerk und die Stadtwerke tätig sind, werden nach Stundennachweisen oder dem allgemeinen Kostenverteilungsschlüssel verteilt, der im Berichtsjahr zu 47 % das Verbandswasserwerks (Vorjahr: 49 %) belastete.

Die Mitarbeiter, die ausschließlich für ein Werk beschäftig sind, werden vollständig dort hinzugerechnet. Bei den Löhnen erfolgt die Verteilung nach Stundenaufschreibungen. Im Durchschnitt des Jahres 2023 waren 98 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Geschäftsführung und Auszubildende beschäftigt.

2.2. Lage des Unternehmens

2.2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich wie folgt dar:

A K T I V A		
Anlagevermögen abzgl. BKZ	23.678	23.273
Umlaufvermögen	7.019	7.169
	30.697	**30.442**
P A S S I V A		
Eigenkapital	17.474	16.374
Rückstellungen	791	1.000
Verbindlichkeiten	12.252	12.880
Passive latente Steuern	180	188
	30.697	**30.442**

Die Bilanzsumme hat gegenüber dem Vorjahr um TEUR 255 auf TEUR 30.697 zugenommen. Der Anstieg des Anlagevermögen um TEUR 405 entfällt im Wesentlichen auf Investitionen in Rohleitungen und Hausanschlüsse.

Die Rückgang des Umlaufvermögens um TEUR -150 gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf dem Abbau von Forderungen.

Das Eigenkapital hat sich durch die Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von TEUR 1.100 auf TEUR 17.474 erhöht und beträgt bezogen auf die bereinigte Bilanzsumme 56,9 % nach 53,8 % im Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Einstellung in die Gewinnrücklagen von TEUR 728 ist unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ausgewiesen.

Die Abnahme der Rückstellungen um TEUR -209 auf TEUR 791 wird hervorgerufen durch die Inanspruchnahme von Pensionsrückstellungen und Risikorückstellungen.

Die um TEUR -628 auf TEUR 12.252 gesunkenen Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf Rückführung der Kredite, den Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten und dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern.

Finanzlage

Der Finanzmittelfonds beinhaltet die flüssigen Mittel in Höhe von TEUR 3.607 (Vorjahr: TEUR 3.411). Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	2023 TEUR	2022 TEUR
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.453	2.183
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-2.110	-3.848
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-1.148	2.015
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	195	350
Finanzmittelfonds am 1.1.	3.411	3.061
Finanzmittelfonds am 31.12.	**3.606**	**3.411**

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich um TEUR 1.270 erhöht durch das um die Abschreibung bereinigte gestiegene Jahresergebnis.

Der negative Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.738 reduziert.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit von TEUR -1.148 enthält insbesondere die Tilgung von langfristigen Darlehen und die Ausschüttung an die Gesellschafter.

Die vorhandenen liquiden Mittel und zugesagten Kreditlinien von Banken stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann.

Der Anlagendeckungsgrad als Verhältnis des langfristigen Fremdkapitals und des Eigenkapitals zum langfristig gebundenen Anlagevermögen beträgt 105,9 % (Vorjahr 106,2 %).

Ertragslage

Die Ertragslage setzt sich wie folgt zusammen:

	2023 TEUR	2022 TEUR
Umsatzerlöse	17.655	16.073
Andere aktivierte Eigenleistungen	259	358
Sonstige betriebliche Erträge	291	222
Materialaufwand	-3.939	-3.027
Personalaufwand	-7.521	-6.878
Abschreibungen	-1.742	-1.730
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.786	-2.842
Finanzergebnis	-221	-196
Ertragsteuern	-168	-191
Jahresüberschuss vor Einstellung in Gewinnrücklagen	**1.828**	**1.789**

Die Umsatzerlöse teilen sich im Berichtsjahr wie folgt auf:

	2023 TEUR	2022 TEUR
Erlöse aus Wasserverkauf	12.472	11.750
Erlöse aus der Personalüberlassung	4.067	3.671
Nebengeschäftserlöse	1.116	652
	17.655	**16.073**

Die Zunahme der Umsatzerlöse um TEUR 1.582 resultiert aus den gestiegenen Wasserverkaufserlösen bedingt durch Wasserpreisanpassungen. Des Weiteren haben sich die Erlöse aus der Personalüberlassung an die Stadtwerke um TEUR 396 erhöht. Die Weiterberechnung von Bauprojekten insbesondere die Bahnquerung führt bei den Nebengeschäftserlösen zu einer Abweichung von TEUR 464.

Der Materialaufwand ist gegenüber 2022 um TEUR 912 durch höhere Energiekosten und höhere Bezugskosten gestiegen.

Die Personalkosten haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 642 erhöht durch den Personalaufbau, dem vollen Effekt der tariflichen Lohnsteigerungen auf 2022 und der an die Mitarbeiter ausgezahlten Inflationsausgleichsprämie.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fallen um TEUR 56 geringer aus und bewegen sich auf dem Vorjahresniveau.

3. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

3.1. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem

Das Verbandswasserwerk hat ein Risikomanagementsystem installiert, um bestandsgefährdende und für die wirtschaftliche Lage wesentliche Risiken zu erkennen und effektiv zu steuern. Es kommt das softwarebasierte Risikomanagementsystem „Ready4Risk“ zur frühzeitigen Identifikation, Analyse und Steuerung von Risiken in der Versorgungswirtschaft zum Einsatz. Der zentrale Risikocontroller überwacht das Gesamtsystem und die dezentralen Risikobeauftragten übernehmen die Funktion von Ansprechpartnern in den einzelnen Abteilungen. Grundsätzlich wird als Risiko die Abweichung vom Wirtschaftsplan verstanden sowie solche Risiken, die einen negativen Einfluss auf die Versorgungssicherheit haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind auch derzeit nicht erkennbar.

Risiken und Chancen

Das erdgasbetriebene Notstromaggregat für die Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) ist einsatzbereit und stellt auch bei Stromausfall die Trinkwasserversorgung sicher.

Den Neubau des Wasserspeichers planen wir auf dem Gelände der TWA. Hierzu wurden die Machbarkeitsstudien abschlossen und die europaweite Planungsausschreibung vorbereitet, die Anfang 2024 starten wird.

Die Trinkwasserverordnung wurde Juni 2023 aktualisiert und führt zu Verschärfung bei Grenzwerten und Stoffen, die bis 2026 ungesetzt werden muss. Insbesondere per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) gehören zu den Stoffen, die im Fokus stehen.

Ebenfalls wurde im Laufe 2023 das Wasserversorgungskonzept der Städte Langenfeld und Monheim erstellt, das Mitte 2024 durch die Städte verabschiedet werden soll. Das Konzept soll die Wasserversorgung zur Entwicklung der Städte anpassen und eine sichere Wasserversorgung sicherstellen.

3.2. Prognosebericht

Für das Jahr 2024 wird mit einem Umsatz von Mio. EUR 18,6 und einer Wasserabgabe von 5,5 Mio. m³ gerechnet.

Insbesondere die Preissteigerungen beim Bezug von Frischwasser, Wasseraufbereitungskosten und Personalkosten werden durch die Wasserpreisanpassung zum 1. Januar 2024 aufgefangen und stabilisieren das Betriebsergebnis. Wir rechnen mit einem Betriebsergebnis in Höhe von TEUR 1.402.

Im Finanzplan 2024 sind für Investitionen Mittel von insgesamt rund Mio. EUR 4,5 geplant, zu deren Finanzierung die Aufnahme von Fremdmitteln in Höhe von Mio. EUR 3,0 vorgesehen sind. Es werden hauptsächlich Investitionen in die Verteilungsanlagen, insbesondere in das Rohrnetz und in Hausanschlüsse und in Wasserspeicher vorgenommen.

Die Umsatzerlöse 2023 liegen um TEUR 159 über dem Planniveau. Die Umsätze aus dem Nebengeschäft und der Personalverrechnung kompensieren den Umsatzrückgang (TEUR -299) durch den geringeren Wasserverkauf (-171 Tm³).

Der sonstige betriebliche Ertrag und die aktivierten Eigenleistungen fallen, bedingt durch Bewertungskorrekturen, um TEUR 182 besser aus. Die Material- und Personalkosten sowie die Abschreibungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen führen zu einer Planabweichung von insgesamt TEUR -395. Die Personalkostenabweichung wird durch unbesetzte Stellen und Langzeitkranke hervorgerufen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und die Materialkosten sind nahezu auf Planniveau.

Die Gesamtabweichung des Betriebsergebnisses beläuft sich somit auf TEUR 660. Das Finanzergebnis ist um TEUR 67 besser ausgefallen als geplant.

4. Öffentliche Zwecksetzung bzw. -erreichung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß den Vorschriften des § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW ist festzustellen, dass das Verbandswasserwerk den satzungsmäßigen Aufgaben nachgekommen ist und die Vorschriften hinsichtlich der Berichterstattung beachtet wurden. Für die Kunden des Verbandswasserwerks wurde auch im Geschäftsjahr 2023 wieder die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Wasserversorgung wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll durchgeführt.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 18,18 %). Damit wird der in § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Der Gleichstellungsplan nah § 5 LGG liegt für die Gesellschaft für das Jahr 2023 nicht vor.

3.4.2.5 Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis **Kommandisten**	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH 64,4% Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH 35,6%
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand Aufgaben im Bereich der Versorgung beinhaltet; insbesondere die Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei der für die Versorgung der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein mit Trink- und Brauchwasser zuständigen Kommanditgesellschaft Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG.
Gründungsdatum	23.05.2006
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 23.05.2006
Stammkapital	25.000,00 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 16.100,00 € Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH: 8.900,00 €
Geschäftsführung	Herr Stefan Figge (ab 26.01.2021) Herr Udo Jürkenbeck (bis 28.02.2021) Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtig mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft, mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Gesellschafter- **versammlung**	Daniel Zimmermann, Vorsitzender (ab 9. Dezember 2020) Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Frank Schneider, Vorsitzender (bis 9. Dezember 2020) Bürgermeister der Stadt Langenfeld Frank Schneider, stellv. Vorsitzender (ab 9. Dezember 2020)

	Bürgermeister der Stadt Langenfeld Daniel Zimmermann, stellv. Vorsitzender (ab 01. Dezember 2020 bis 9. Dezember 2020) Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein Sabine Noll, stellv. Vorsitzende (bis 31.11.2020) Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein, Geschäftsführerin der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH und der Monheimer Wohnen GmbH Thomas Grieger, Kämmerer der Stadt Langenfeld Martin Frömmer, Geschäftsführer der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin (ohne Kapitaleinlage) der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG mit Sitz in Langenfeld. Gesellschafter sind die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 16.100,00 Euro (64,4%) und die Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 8.900,00 Euro. Die Stammeinlage beträgt insgesamt 25.000,00 Euro.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVSEITE	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. **Immaterielle Vermögensgegenstände**		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	495,00	1.035,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	589,00	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	47,04
II. **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten**	27.681,06	28.166,12
	28.765,06	29.248,16

PASSIVSEITE	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	1.298,16	2.243,40
III. Jahresfehlbetrag	-586,17	-945,24
	25.711,99	26.298,16
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	2.794,00	2.712,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	238,00	238,00
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: laufendes Jahr: 238,00 € Vorjahr: 238,00 €)		
2. sonstige Verbindlichkeiten	21,07	0,00
(davon aus Steuern: laufendes Jahr: 21,07 € Vorjahr: 0,00 €)		
	28.765,06	29.248,16

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2023 €	2022 €
1.	Umsatzerlöse	3.100,00	3.100,00
2.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	540,00	540,00
3.	sonstige betriebliche Aufwendungen	3.146,17	3.505,24
4.	**Ergebnis nach Steuern**	**-586,17**	**-945,24**
5.	**Jahresfehlbetrag**	**-586,17**	**-945,24**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	89,39	89,66	-0,27
Eigenkapitalrentabilität	-2,28	-3,59	+1,31
Anlagendeckungsgrad 2	5.194,34	2.802,91	+2.391,43
Verschuldungsgrad	11,87	11,22	+0,65
Umsatzrentabilität	-18,91	-30,49	+11,58

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsmodell

Die Geschäftstätigkeit der Verbandswasserwerk Beteiligungs GmbH beschränkt sich auf die Beteiligung an der Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG (ohne Kapitalanteil) als persönlich haftende Gesellschafterin und die Geschäftsführungstätigkeit.

Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 belaufen sich die Umsatzerlöse unverändert zum Vorjahr auf € 2.500,00, während die laufenden Geschäftsaufwendungen um € 176,94 auf € 3.283,95 zugenommen haben, so ein Jahresfehlbetrag von € -903,95 erzielt wurde, nach einem Jahresfehlbetrag von € -678,21 im Vorjahr.

Die Guthaben bei Kreditinstituten, die aus dem Geschäftskonto bestehen, verringerten sich um € 5.243,11 auf € 25.253,21. Die vorhandenen liquiden Mittel stellen sicher, dass der Finanzmittelbedarf jederzeit gedeckt werden kann.

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresfehlbetrag von € 28.147,35 auf € 27.243,40 verringert.

Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Chancen und Risiken des Unternehmens

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben keine den Fortbestand gefährdende Risiken bestanden und sind derzeit nicht erkennbar.

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist durch die positive Entwicklung der Verbandswasserwerk Langenfeld – Monheim GmbH & Co. KG gesichert.

Für das Jahr 2022 wird ein ähnliches Jahresergebnis wie im Jahr 2021 erwartet.

3.4.2.6 Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis Kommandisten	Stadtentwicklungsgesellschaft mbH: 5,1 % Stadtwerke Langenfeld GmbH: 50 % Verbandswasserwerke Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG: 44,9 %
Gegenstand	Erwerb, die Bebauung, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, insbesondere der Erwerb und die Bebauung sowie Vermietung und Verwaltung eines Grundstückes in Langenfeld.
Gründungsdatum	11.08.2000
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 22.12.2005
Kommanditkapital	796.000.00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 40.596 € Stadtwerke Langenfeld GmbH: 398.000 € Verbandswasserwerke Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG: 357.404 €
Geschäftsführung	Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH, vertreten durch deren Geschäftsführer: Herr Stefan Figge
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (EversheimStuible)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist die Gewerbepark West Verwaltungs GmbH, das gezeichnete Kapital beträgt 25 T€. Die Komplementärin ist am Kapital der Gesellschaft nicht beteiligt. Kommanditisten sind die Stadtwerke Langenfeld GmbH, mit Kommanditeinlage in Höhe von 398.000,00 Euro (50%), das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH, mit Kommanditeinlage In Höhe von 357.404,00 T€ (44,9%) und die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 40.596,00 T€. Die Kommanditeinlage beträgt insgesamt 796.00,00 T€.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVSEITE

		31.12.2023	31.12.2022
	€	€	€
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		960,00	2.400,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Bauten	3.846.081,69		3.977.476,69
2. technische Anlagen und Maschinen	20.180,00		22.215,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.446,00	3.868.707,69	3.653,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	660,87		5.741,70
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00		75,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	6.491,07	7.151,94	14.215,23
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
Guthaben bei Kreditinsituten		53.896,63	26.169,92
		3.930.716,26	4.051.946,54

PASSIVSEITE

			31.12.2023	31.12.2022
		€	€	€
A. EIGENKAPITAL				
I. Kapitalanteile Kommandisten		796.000,00		796.000,00
II. Gewinnrücklagen		621.034,06		426.034,06
III. Ergebnisvortrag		0,00		114.471,82
IV. Jahresüberschuss		0,00		184.936,83
V. Bilanzgewinn		299.454,52	1.716.488,58	0,00
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen		5.761,00		12.844,00
2. Sonstige Rückstellungen		7.090,00	12.851,00	6.750,00
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.840.612,11		2.054.949,86
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		15.922,85		16.732,80
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		328.776,92		419.804,93
4. sonstige Verbindlichkeiten		12.284,80	2.197.596,68	14.634,24
davon aus Steuern	12.284,80			
(im Vorjahr	14.634,24)			
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
passiver Rechnungsabgrenzungsposten			3.780,00	4.788,00
			3.930.716,26	4.051.946,54

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2023	2022
	€	€	€
1. Umsatzerlöse		566.416,60	524.868,94
2. sonstige betriebliche Erträge		0,00	20.178,40
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00		0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	129.916,72		116.416,59
		129.916,72	
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		136.077,00	135.852,00
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		18.654,40	15.149,14
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		57.398,67	63.892,78
davon an verbundene Unternehmen			
laufendes Jahr	6.600,00		
im Vorjahr	7.837,50		
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		29.323,94	28.800,00
8. Ergebnis nach Steuern		**195.045,87**	**184.936,83**
9. sonstige Steuern		0,00	0,00
10. Jahresüberschuss		**195.045,87**	**184.936,83**
11. Ergebnisvortrag		169.408,65	0,00
12. Einstellung in die Gewinnrücklagen		65.000,00	0,00
13. Bilanzgewinn		**299.454,52**	**0,00**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	43,67	37,54	+6,13
Eigenkapitalrentabilität	11,36	12,16	-0,8
Anlagendeckungsgrad 2	91,95	89,83	+2,12
Verschuldungsgrad	129,00	166,07	-37,07
Umsatzrentabilität	34,44	35,24	-0,8

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.

Geschäftsentwicklung

1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Bebauung, Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, insbesondere der Erwerb und die Bebauung sowie Vermietung und Verwaltung eines Grundstückes in Langenfeld.

Die Gesellschaft ist Eigentümerin eines Gewerbeobjektes mit Büro- und Lagerhallenflächen im Gewerbegebiet Fuhrkamp-Ost im nördlichen Langenfeld. Die Stadtwerke, die außerdem Mieter der Lagerhalle sind, nutzen etwa drei Viertel der Flächen zusammen mit der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG (Verbandswasserwerk) als Unternehmensstandort.

Gesellschafter sind die Stadtwerke und das Verbandswasserwerk zu insgesamt 94,9 % sowie die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH zu 5,1 %.

2. Geschäftsverlauf

Die deutsche Wirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, stagniert im Jahr 2023 bzw. ist um -0,1 % geschrumpft. Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandproduktes sind wesentliche Sektoren rückläufig. Das produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnet einen Rückgang von -2 % gegenüber dem Vorjahr. Ebenfalls rückläufig sind die Bereiche Handel, Verkehr, Gasbewerbe (-1 %) und Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,4 %). Die übrigen Bereiche weisen einen Zuwachs von 0,3 % bis 4,9 % auf. Wesentliche Bereiche, die dem Rückgang entgegenwirken, sind die Bereiche öffentliche Dienstleister (+1 %), Unternehmensdienstleister (+0,3 %) und Grundstück- und Wohnungswesen (+1 %).

Der Verbraucherpreisindex ist gegenüber 2022 um 3,7 % auf 117,4 gestiegen.

Die Preissteigerung hat zu keiner weiteren Anpassung der Mieten 2023/2024 geführt. Es erfolgte somit nur die geplante Mieterhöhung zum Januar 2023.

(Quelle: Statisches Bundesamt, Verbraucherpreisindex: Deutschland, Jahre Genesis-online)

Das Bürogebäude war im Jahr 2023 voll vermietet.

3. Lage des Unternehmens

Die Entwicklung wichtiger Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

		2019	2020	2021	2022	2023
Eigenkapital	T€	1.052	1.171	1.337	1.522	1.716
Eigenkapitalquote	%	22,1	27,0	31,7	37,6	43,7
Bilanzsumme	T€	4.769	4.334	4.213	4.052	3.931
Jahresergebnis	T€	174	120	165	185	195

Im Geschäftsjahr 2023 ist ein Jahresüberschuss von 195 T€ nach einem Jahresüberschuss von 185 T€ im Vorjahr erwirtschaftet worden.

Das Sachanlagevermögen entfällt im Wesentlichen auf die Gewerbeimmobilie. Der Buchwert des Sachanlagevermögens ist um 135 T€ gesunken. Die Abnahme resultiert aus den Abschreibungen.

Die Schulden betreffen mit 1.841 T€ (Vorjahr: 2.055 T€) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch planmäßige Tilgungen bedingt. Die liquiden Mittel sind von 26 T€ auf 54 T€ gestiegen. Die Gesellschaft war auch im Geschäftsjahr 2023 jederzeit in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

(1) Chancen und Risiken

Die Finanzierung der Gewerbeimmobilie ist zu einem hohen Anteil durch langfristige Darlehen von Kreditinstituten sowie Gesellschafterdarlehen gedeckt, für elementare Schäden am Gebäude bestehen Versicherungen.

Das Vermietungsrisiko besteht lediglich für den nicht von den Stadtwerken genutzten Teil der Immobilie, der rund ein Viertel der gesamten Büroflächen ausmacht.

Im Jahr 2023 war die gesamte Bürofläche vermietet. Mit Beginn des Jahres 2023 erfolgte eine Mietanpassung dieser Flächen.

Die vorstehenden Ausführungen der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gelten aufgrund der engen Verflechtungen für die persönlich haftende Gesellschafterin analog.

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist durch die positive Entwicklung der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gesichert.

Langenfeld, den 1. März 2024

3.4.2.7 Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Elisabeth-Selbert-Straße 2, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld GmbH 5,1% Stadtwerke Langenfeld GmbH 50,0 % Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG 44,9 %
Gegenstand	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Immobilien, die wirtschaftlich als eigene Objektgesellschaften geführt werden und insbesondere die Beteiligungen und Übernahme der Geschäftsführung an Handelsgesellschaften, die einen entsprechenden Geschäftszweck haben.
Gründungsdatum	08.12.2005
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 22.12.2005
Stammkapital	25.000,00 € **Aufteilung der Kapitalverhältnisse:** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld GmbH: 1.275,00 € Stadtwerke Langenfeld GmbH 12.500,00 € Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG 11.225,00 €
Geschäftsführung	Herr Stefan Figge (ab 26.01.2021)
Organe	Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung
Anzahl der Mitarbeiter	Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.
Wirtschaftsprüfer	Aiko Schellhorn Marco Fuchs (beide EversheimStuible Treueberater GmbH)

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft gehört zu einem Konzern und ist Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB. Mutterunternehmen ist die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit Sitz in Langenfeld. Die Stadtentwicklungsgesellschaft ist aufgrund der größenabhängigen Merkmale von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit. Einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist der Geschäftsführer der Stadtwerke Langenfeld GmbH Herr Dipl.-Oec. Stefan Figge. Gesellschafter sind die Stadtwerke Langenfeld GmbH, mit einer Stammeinlage in Höhe von 12.500,00 Euro (50%), das Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH, mit einer Stammeinlage In Höhe von 11.225,00 Euro (44,9%) und die Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH mit einer Stammeinlage in Höhe von 1.275,00 Euro. Die Stammeinlage beträgt insgesamt 25.000,00 Euro.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine **wesentlichen** Finanz- und Leistungsbeziehungen innerhalb des Kommunalkonzerns Stadt Langenfeld.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals[6]

AKTIVSEITE	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
Immaterielle Vermögensgegenstände	495,00	1.035,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.190,00	0,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	0,00	5,98
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	24.713,29	25.172,62
	26.398,29	26.213,60

PASSIVSEITE	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Verlustvortrag	-1.200,40	-372,08
III. Jahresfehlbetrag	-476,95	-828,32
	23.322,65	23.799,60
B. RÜCKSTELLUNGEN		
sonstige Rückstellungen	2.675,00	2.101,00
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unterr	238,00	313,00
2. sonstige Verbindlichkeiten	162,64	0,00
(davon aus Steuern: 31.12.2023 -162,64 € 31.12.2022 0,00 €)		
	26.398,29	26.213,60

[6] Abgebildete Bilanzen und GuV-rechnungen können Rundungsdifferenzen enthalten

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

		2023 €	2022 €
1.	Umsatzerlöse	3.500,00	2.500,00
2.	sonstige betriebliche Erträge	6,00	28,53
3.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	540,00	540,00
4.	sonstige betriebliche Aufwendungen	3.442,95	2.816,35
5.	**Ergebnis nach Steuern**	**-476,95**	**-827,82**
6.	sonstige Steuern	0,00	0,50
7.	**Jahresfehlbetrag**	**-476,95**	**-828,32**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	88,35	92,31	-3,96
Eigenkapitalrentabilität	-2,05	-3,48	+1,43
Anlagendeckungsgrad 2	4.711,65	2.600,00	+2.111,65
Verschuldungsgrad	13,19	10,14	+3,05
Umsatzrentabilität	-13,63	-33,13	+19,5

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Der Personalanteil ist bei der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG angestellt.

Geschäftsentwicklung

Die Gewerbepark Langenfeld West Verwaltungs GmbH, Langenfeld, wurde am 22. Dezember 2005 gegründet. Gesellschaftszweck ist die Beteiligung an Immobiliengesellschaften und deren Geschäftsführung.

Im Jahr 2023 beschränkte sich ihre Geschäftstätigkeit auf die Beteiligung an der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG, Langenfeld, als persönlich haftende Gesellschafterin ohne Kapitalanteil.

Die hieraus erzielte Vergütung von 3.500,00 € führte, nach Abzug der Aufwendungen, zu einem Jahresfehlbetrag von 476,95 €. Der Verlustvortrag aus dem Vorjahr beträgt 1.200,40 €.

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist durch die positive Entwicklung der Gewerbepark Langenfeld West GmbH & Co. KG gesichert.

Risiken aus der Übernahme der persönlichen Haftung sind insoweit derzeit nicht erkennbar.

3.4.2.8 Digital- und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld mbH

Basisdaten

Anschrift	Solinger Straße 41, 40764 Langenfeld
Beteiligungsverhältnis	Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 100 %
Gegenstand	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau der öffentlichen Straßenbeleuchtung einschließlich der Errichtung und Vermarktung multifunktionaler Straßenbeleuchtungsmasten für Zwecke des Ausbaus der kommunalen Infrastruktur in Langenfeld. Weiterhin obliegt der Gesellschaft die Aufgabe, die Stadt Langenfeld bei Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben mit Informationstechnik zu unter-stützen um eine moderne, ordnungsgemäße und effiziente Verwaltung zu gewährleisten. Dabei ist die digitale Strategie der Stadt Langenfeld zu berücksichtigen.
Gründungsdatum	28.11.2019
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der Fassung vom 28.11.2019
Stammkapital	25.000,00 € **<u>Aufteilung der Kapitalverhältnisse:</u>** Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH: 25.000,00 €
Geschäftsführung	Frau Sabine Janclas
Organe	Geschäftsführung, Gesellschafterversammlung
Gesellschafterversammlung	Herr Frank Schneider, Vorsitzender, Bürgermeister der Stadt Langenfeld Frau Sabine Janclas Jürgen Brüne, Ratsherr Dominic Müller, Ratsherr André Sersch, Ratsherr Ingo Wenzel, Ratsherr Torsten Fuhrmann, Ratsherr Macus Rexfort, Ratsherr

	Jennifer Haacken, Sachkundige Bürgerin Dietmar Sonntag, Sachkundiger Bürger Dirk Niemeyer, Ratsherr Sascha Vilz, Ratsherr Frank Noack, Ratsherr
Anzahl der Mitarbeiter	5 Mitarbeiter
Wirtschaftsprüfer	Fuchs und Schellhorn (EversheimStuible Treueberater GmbH)

Zweck der Beteiligung und Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Durch die entsprechende Aufgabenerledigung wird dieser tatsächlich eingehalten.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Digital- und Infrastrukturgesellschaft mbH wurde rückwirkend zum 31.12.2023 auf die Stadtwerke Langenfeld GmbH aufgeschmolzen. Bis dahin bestanden umfangreichere finanzielle Verflechtungen zwischen der DIL und der Stadt Langenfeld, da die DIL insbesondere den Betrieb und die Bewirtschaftung aber auch die Modernisierung und Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Langenfeld vornimmt. Aufwendungen entfallen hier im Wesentlichen auf Aufwendungen für Dienstleistungen (140.048,76 €), Erweiterung Straßenbeleuchtung (122.622,41 €) und Kosten der Straßenbeleuchtung (790.240,95 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

AKTIVA

	€	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.065,00	2.932,00
II. Sachanlagen			
1. technische Anlagen und Maschinen	1.893.571,00		1.875.446,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.631,00		15.813,00
		1.905.202,00	
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.483,20		109.776,27
2. Forderungen gegen Gesellschafter	43.877,10		0,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	4.016,09		7.609,23
		50.376,39	
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstiuten		270.693,97	461.268,34
C. Rechungsabgrenzung		0,00	20.706,67
		2.228.337,36	2.493.551,51

PASSIVA

	€	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00
II. Kapitalrücklage	3.500.000,00		3.500.000,00
III. Bilanzergebnis	-1.777.233,69		-1.138.723,05
		1.747.766,31	
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		315.323,69	0,00
C. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen		122.000,00	27.200,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		38.136,53	66.990,25
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter		0,00	8.023,72
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern: 31.12.2023 5.110,83 € 31.12.2022 4.026,03 €) (davon aus sozialer Sicherheit: 31.12.2023 0,00 € 31.12.2022 577,52 €)		5.110,83	5.060,59
		2.228.337,36	2.493.551,51

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

			2023 €	2022 €
1. Umsatzerlöse			582.924,77	716.351,24
2. sonstige betriebliche Erträge			5.716,01	74.154,98
3. Materialaufwand				
bezogene Leistungen			295.972,14	450.497,00
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter:		416.161,79 €		283.298,18
b) soziale Abgaben:		66.395,69 €	482.557,48	52.360,39
(davon Altersversorgung:	0,00 €;	0,00 €)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen			332.347,78	276.881,30
6. sonstige betriebliche Aufwendungen			116.274,02	112.607,65
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,00	1.135,61
8. Ergebnis nach Steuern			-638.510,64	-386.273,91
9. Jahresfehlbetrag			**-638.510,64**	**-386.273,91**
10. Ergebnisvortrag			-1.138.723,05	-752.449,14
11. Bilanzergebnis			**-1.777.233,69**	**-1.138.723,05**

Kennzahlen

	2023	2022	Differenz
	%	%	%
Eigenkapitalquote	78,43	95,67	-17,24
Eigenkapitalrentabilität	-36,53	-16,17	-20,36
Anlagendeckungsgrad 2	91,74	127,40	-35,66
Verschuldungsgrad	9,45	3,35	+6,1
Umsatzrentabilität	-109,54	-53,91	-55,63

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt im Geschäftsjahr 2023 über 5 Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Digital und Infrastrukturgesellschaft Langenfeld (DIL) wurde gegründet, um die Digitalisierung in der Stadt Langenfeld zu beschleunigen. Zu Ihren Aufgaben gehören folgende Bereiche:

- der Betrieb, die Instandhaltung sowie die Modernisierung der Straßenbeleuchtung im Langenfelder Stadtgebiet
- Verwaltung, Gestaltung und Vermarktung des „Stadtschlüssels“
- Betrieb einer offenen, urbanen Datenplattform
- Leerstandsmanagement
- Beratung zur digitalen Infrastruktur

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtentwicklungsgesellschaft Langenfeld mbH (SEG) und ist damit als kommunales Unternehmen einzustufen. Es besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft mit dem Mutterunternehmen (SEG).

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf und Wirtschaftsplan 2023

Das Geschäftsjahr 2023 war grundsätzlich auf einen „Neustart“ ausgerichtet. Nach dem Ausscheiden von einem der zuvor zwei Geschäftsführer wurden im Auftrag der Gesellschafter sämtliche Geschäftsfelder auf den Prüfstand gestellt und hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit neu bewertet. Der Betrieb des „Stadtschlüssels“ wurde im April 2023 aufgrund mangelnder Potenziale und fehlender Wirtschaftlichkeit eingestellt. In den übrigen Bereichen wurden Machbarkeitsstudien und neue Strategien entwickelt; Neuentwicklungen wurden im Geschäftsjahr nicht finalisiert. Im Bereich Straßenbeleuchtung wurde neben dem standardmäßigen Betrieb auch der erste Bauabschnitt der Modernisierungsarbeiten durchgeführt. In 2024 soll die Straßenbeleuchtung in die Stadtwerke Langenfeld GmbH integriert werden.

Die Umsatzerlöse haben sich um 18,6 % reduziert von T€ 716 auf T€ 583. Der Rohgewinn reduzierte sich entsprechend um 13,8 %, von T€ 340 auf T€ 293. Die Gründe hierfür sind neben den Umsatzrückgängen in den Bereichen Stadtschlüssel, Datenplattform und Leerstandsmanagement, auch die geänderten vertraglichen Vereinbarungen mit der Stadt

Langenfeld. Seit 01.01.2023 werden investive Maßnahmen als echte Baukostenzuschüsse abgerechnet und fließen somit nicht in die Umsatzerlöse ein. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist daher nicht uneingeschränkt möglich. Im Geschäftsjahr wurden Baukostenzuschüsse in Höhe von T€ 319 abgerechnet.

Im Wirtschaftsjahr 2023 waren bis zu fünf Personen bei der DIL beschäftigt. Die Personalaufwendungen stiegen insbesondere aufgrund der Abfindungsverpflichtungen gegenüber dem ausgeschiedenen Geschäftsführer um 43,8 % auf T€ 483 (Vorjahr: T€ 336). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen befinden sich mit T€ 116 auf Vorjahresniveau (Vorjahr: T€ 113).

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von T€ -639 (Vorjahr: T€ -386). Der bisherige Verlustvortrag beläuft sich auf T€ - 1.139 und führt zu einem Bilanzverlust von T€ - 1.777.

2. Lage des Unternehmens/ Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzstruktur hat sich zum 31.12.2023 nicht wesentlich verändert, bei der Bilanzsumme zeigt sich eine Reduzierung um T€ 265. Das Anlagevermögen stellt mit T€ 1.907 wie im Vorjahr (T€ 1.894) die größte Bilanzposition dar. Es wurden planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 332 (Vorjahr: T€ 277) verrechnet. Das Umlaufvermögen hat sich von T€ 579 auf T€ 321 reduziert. Das langfristig gebundene Vermögen ist wie im Vorjahr zu 100 % durch Eigenkapital und Sonderposten für Baukostenzuschüsse finanziert. Der Abschreibungsgrad zum Bilanzstichtag lag bei 34,3 %.

Forderungsausfälle oder Einzelwertberichtigungen in nennenswertem Umfang waren nicht zu verzeichnen. Die Rückstellungen haben sich infolge einer Rückzahlungsverpflichtung von Baukostenzuschüssen gegenüber der Stadt Langenfeld in Höhe von T€ 96 erhöht.

Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von T€ 43 (Vorjahr: T€ 80) und resultieren überwiegend aus Lieferungen und Leistungen.

Im Geschäftsjahr wurden signifikante Investitionen (T€ 345), insbesondere im Rahmen des 1. Bauabschnitts der Modernisierungsarbeiten der Straßenbeleuchtung, getätigt. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr stets gegeben, ist aber aufgrund der anhaltenden Verlustsituation angespannt. Die liquiden Mittel sind zum Bilanzstichtag von T€ 461 auf T€ 271 gesunken.

Der (vereinfachte) Cash-Flow stellt sich wie folgt dar:

	2023 T€
Operative Geschäftstätigkeit	-160
Investitionen	-345
Finanzierung (inkl. BKZ)	315
Zahlungswirksame Veränderung der liquiden Mittel	-190

Von den Umsatzerlösen entfielen T€ 480 auf die Straßenbeleuchtung und T€ 103 auf die weiteren Bereiche. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von T€ 4.
Der Materialaufwand hat sich von T€ 450 auf T€ 296 reduziert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten periodenfremde Beträge in Höhe von T€ 2 (Vorjahr: T€ 26).

I. Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2024 wird die Verschmelzung der DIL auf die Stadtwerke Langenfeld GmbH erfolgen. Der Rat der Stadt Langenfeld hat hierzu am 05.12.2023 den entsprechenden Beschluss gefasst. Sämtliche Geschäftsfelder bis auf die Straßenbeleuchtung wurden im Geschäftsjahr 2023 eingestellt bzw. auf die Stadt Langenfeld übertragen. Der Betrieb der Straßenbeleuchtung wird bei der Stadtwerke Langenfeld GmbH weitergeführt; operativ erfolgt der Betrieb der Straßenbeleuchtung im Geschäftsjahr 2024 weiterhin durch einen Subunternehmer. Der entsprechende Vertrag wurde für die Übergangszeit um ein weiteres Jahr bis 31.12.2024 verlängert. Der Beginn des 2. Bauabschnittes der Modernisierungsarbeiten ist noch für das Jahr 2024 geplant. Der Förderantrag hierzu wurde bereits im Geschäftsjahr 2023 positiv beschieden, die europaweite Ausschreibung wurde im Jahr 2024 initiiert. Die Verschmelzung der Gesellschaften steht nach rechtlicher Prüfung nicht der Förderung entgegen.

Herr Stefan Figge, Geschäftsführer der Stadtwerke Langenfeld GmbH, wurde zum alleinigen Geschäftsführer der DIL ab dem 01.01.2024 bestellt. Seine Aufgabe besteht in der Übernahme der operativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Straßenbeleuchtung sowie in der Vorbereitung und Umsetzung der rückwirkenden Aufschmelzung zum 01.01.2024 in die Stadtwerke Langenfeld GmbH. Die letzten verbliebenen Mitarbeiter der DIL haben zum 31.03.2024 das Unternehmen verlassen. Insoweit entstehen hier keine weiteren Personalkosten.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Ein bestandsgefährdendes Risiko stellt nach wie vor die angespannte Liquiditätslage dar. Die liquiden Mittel der Gesellschaft haben sich um rund 41 % auf T€ 271 im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Ertragslage wird auch im Jahr 2024 negativ bleiben. Durch die Verschmelzung mit der Stadtwerke Langenfeld GmbH und die eingeleiteten Maßnahmen im Jahr 2024 kann dieses Risiko minimiert werden.

Risiken ergeben sich aus dem Betrieb der Straßenbeleuchtung im Wesentlichen aufgrund der Tatsache, dass hier die Verkehrssicherungspflicht erbracht wird. Hieraus können sich Risiken wie Personen- oder Sachschäden ergeben. Zudem ist auf die Schonung der Umwelt und insbesondere die sich ändernde Gesetzgebung sowie die Initiative Sternenhimmel Langenfeld zu achten. Die Straßenbeleuchtung stellt sich als äußerst umfangreicher elektrotechnischer Anlageapparat dar, der bei fehlender Sorgfalt zum Risiko für Bürger werden kann.

Da der Betrieb und die Modernisierung der Straßenbeleuchtung das einzig verbleibende Geschäftsfeld ist, sind keine weiteren Risiken aus den ehemaligen Geschäftsfeldern vorhanden.

Die Krisenlage und die damit einhergehenden weltweit unterbrochenen Lieferketten und steigenden Preise bis hin zur Inflation über die bisherigen Prognosen hinaus, lassen Folgejahrplanungen sehr unzuverlässig erscheinen. Gleiches gilt für unsichere förderrechtliche Rahmenbedingungen, steigende Energiepreise, die anstehende Abschaltung des Tonfrequenzrundsteuersignals sowie das Verbot von diversen in Langenfeld verbauten Leuchtmitteln (z.B. Natriumhochdrucklampen), welche eine schnellere Modernisierung der Straßenbeleuchtung erforderlich machen könnten.

2. Chancenbericht

Chancen bestehen darin, dass die Straßenbeleuchtung Langenfelds modernisiert wird und zu einem positiven Stadtbild beiträgt. Durch Reduzierung der Typenvielfalt, die in Langenfeld sehr hoch ist, wird zudem ein wirtschaftlicheres Betreiben ermöglicht. Durch den Wechsel auf LED-Leuchten sinken zudem die Energie- und Wartungskosten. Die Modernisierung und Digitalisierung der Straßenbeleuchtung ermöglicht weiterhin automatisierte Fehlermeldungen, die das bisherige Mängelmelder-System größtenteils ersetzen können - und eine schnellere Wiederherstellung der Verkehrssicherheit und damit eine Optimierung der Anlagenverfügbarkeit ermöglichen. Durch das Erfüllen eines Teils der Daseinsvorsorge für die Stadt Langenfeld ist die Betreuung der Straßenbeleuchtung eine verantwortungsvolle

Tätigkeit. Möglich ist zudem die Vermarktung der Masten der Straßenbeleuchtung im Bereich von 5G, um damit zusätzliche Erlöse erwirtschaften zu können.

V. Gesamtaussage

Die Liquiditätslage stellt zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts ein bestandsgefährdendes Risiko dar. Die Liquidität der Gesellschaft kann sich zum Jahresende 2024 weiter verschlechtern. Somit ist die getroffene Entscheidung, die DIL rückwirkend zum 01.01.2024 mit der Stadtwerke Langenfeld GmbH zu verschmelzen, als positiv zu bewerten.

Im Jahr 2023 konnten weitere Investitionen im Bereich der Modernisierung der Straßenbeleuchtung getätigt werden, die im Jahr 2024 fortgesetzt werden. Sämtliche weiteren Geschäftsfelder der DIL wurden auf- bzw. weitergegeben. Die Verschmelzung der DIL mit ihrem Geschäftsbereich „Straßenbeleuchtung“ auf die Stadtwerke Langenfeld sichert den Fortbestand dieses Geschäftsfeldes und trägt damit zu einer nachhaltigen und kostengünstigen Erfüllung der Daseinsvorsorge bei.